Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

# Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

RM

5. September 1986

Nummer 20/21

# Versprechungen sind kein Regierungsprogramm

von HELMUT WEISS

Laut Presseagenturen war es „der am meisten beachtete Kongreß einer westdeutschen Partei seit Godesberg" — die Rede ist vom Nürnberger Parteitag der SPD.

Vom Umfang der Berichterstattung her, der Zahl der Medienvertreter usw. spricht einiges dafür, daß es tatsächlich so war. Schließlich ging es darum, wie die größte Oppositionspartei der BRD nach vier Jahren Wenderegierung zur nächsten großen politischen Auseinandersetzung, dem kommenden Bundestagswahlkampf, antreten würde.

Und auch vom Inhalt her: Selten in den Jahren seit Kohls Amtsantritt hat die SPD so deutlich versucht, sich als Alternative für Arbeiter und Angestellte, Frauen, Jugendliche, Rentern und Umweltschützer zu profilieren. Selten, wenn überhaupt, das sei dahingestellt.

Die Reaktionen waren denn auch durchaus entsprechend. In den Stellungnahmen von Unternehmerverbänden und Konzernzentralen wurden regelrechte Sozialisierungsängste mobilisiert, die Regierungsparteien sahen Moskau, die Grünen und das Chaos gleichzeitig am Werk. Das „Programm gegen die Arbeitslosigkeit" und die Beschlüsse über die AKW-Politik waren die beiden Fragen, die zusammen mit sozialpolitischen Themen im Mittelpunkt standen — außerdem die atomare Rüstung. Gegen die „Ergänzungsabgabe", die Mitbestimmung, die sozialpolitischen Versprechungen und die Ausstiegsdebatten richteten sich dann auch die meisten Kritiken von Seiten des Kapitals und der konservativ-liberalen Regierungsmannschaft.

Zwei Elemente sind in diesen Parteitagsbeschlüssen deutlich auszumachen: Zum einen eine Reihe ganz konkreter Versprechungen, zum anderen die Deutlichkeit, mit der sozialpartnerschaftliche Vorstellungen sich in all diesen aktuellen Fragen durchziehen.

Natürlich: Vom Standpunkt des Klassenkampfes aus muß immer wieder die Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Vorstellungen über Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsprogramme usw. geführt werden — was in dieser Zeitung in der Vergangenheit geschehen ist und auch künftig passieren wird. Ebenso deutlich aber ist, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen heute im Unternehmerlager nahezu gar keinen Anhang mehr haben — und daß damit alle Spekulationen über die Möglichkeit einer großen Koalition nach diesem Parteitag aktuell noch unrealistischer sind.

Eindeutig auch Raus Versuch, gegen das Drängen auf ein „rot-grünes" Regierungsbündnis den Kampf um jene Wähler zu führen, die zu den Grünen neigen — was zum Teil gelingen mag, mit dem vorgestellten Programm.

Dazu wurden konkrete Versprechungen gemacht — die offensichtlich den Akteuren selbst als zu „einklagbar" erscheinen, fühlte Rau sich doch bereits verpflichtet zu unterstreichen, es handele sich bei den Nürnberger Parteitagsbeschlüssen um „noch kein Regierungsprogramm".

Zur konkreten Beurteilung der Nürnberger Beschlüsse gehört sicher eine ganze Reihe von Dingen: Die bisherigen Erfahrungen mit SPD-Regierungspolitik ebenso wie die Politik in SPD-regierten Bundesländern und der Vergleich der Parteitagsdebatten mit aktuellen Stellungnahmen etwa zu AKWs im „eigenen Bereich" und dergleichen mehr (siehe dazu auch Artikel auf Seite 5).

Eines aber dürfte wesentlich sein: Ein Anknüpfen an den Versprechungen der SPD in Nürnberg dürfte es erleichtern, im Wahlkampf dazu beizutragen, Positionen gegen das Kapital zu verbreitern — wenn dieses Anknüpfen verbunden ist mit einer Kritik an den sozialdemokratischen, sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen.




# ... bis alles in Scherben fällt?

von KARIN WAGNER

„Die Deutschen, hat Heiner Geißler vor kurzem erklärt, „sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige politische Führung haben." Genau. Ohne richtigen Führer, pardon, richtige Führung sind wir nichts als ein schlapper, verweichlichter Haufen. Aber mit — das sind wir doch wer in der Welt! Deshalb: weiter so — Deutschland!

Strengen wir uns an, damit wir noch großartiger werden!

Es muß doch möglich sein, Deutschlands Unternehmer spürbarer als bisher von ihrer furchtbaren Steuerlast zu befreien. Es muß doch möglich sein, daß deutsche Arbeiter vor allem an Deutschland denken und nicht an die 35-Stunden-Woche. Es muß doch möglich sein, das öffentliche Gejammer über Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und was sich sonst noch alles hinter dem Schlagwort von der „neuen Armut" verbirgt, endlich zu stoppen. Deutschland ist reich. Dafür sollten wir dankbar sein, statt über Einzelschicksale zu lamentieren.

Verteidigen wir diesen Reichtum — gegen Bettler und Schmarotzer aus dem Ausland und gegen deutsche Querulanten. Lassen wir uns von den Weltuntergangspropheten nicht beirren: Deutschland hat noch Platz für viele neue Raketen und Atomkraftwerke.

Weiter so — Deutschland!



**ASYL:** Argumente gegen die Mobilmachung des latenten Rassismus und für ein uneingeschränktes Asylrecht auf den **Seiten 7 - 11**. **LEITSÄTZE:** Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat Leitsätze zur Sozial- und Gesellschaftspolitik herausgegeben. Uns paßt wieder einmal die ganze Richtung nicht. **Seite 11**. **SCHIFFBAU:** Ein Genosse aus Kiel hält ein Ende der Werftenkrise für möglich — durch totalen Kahlschlag. Steht die Werftindustrie vor dem Einstieg in den Ausstieg aus dem zivilen Schiffbau? **Seite 13**.

## Der Dolchstoß

*Jeder weiß, daß das bayerische Staatsvolk in diesen Tagen zusammenhalten muß. Denn zwar wissen wir durch den ungekrönten König der Bayern, daß mit dem Bau der WAA SEIN Wille geschieht. Aber wenn ein Herrscher von so vielen Feinden umgeben ist wie Franz Josef, dann braucht er nicht nur Gottes Hilfe, dann braucht er auch ein Volk, das hinter ihm steht wie ein Mann.*

*Ausgerechnet in dieser schweren Zeit, in der nicht nur die zugereisten Chaoten, die unbelehrbaren Roten und von Moskau ferngesteuerte Diversanten bekämpft werden müssen, sondern Franz Josef auch Österreich immer wieder den Krieg erklären muß, nun dieser Verrat in den eigenen Reihen, der Dolchstoß aus Schwandorf.*

*Eine Städtepartnerschaft mit Salzburg hat Schwandorf vor einem Monat vollzogen — zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen die WAA! Aber mit dieser Kollaboration mit dem Feind soll es jetzt ein Ende haben. Die Regierung der Oberpfalz hat nämlich herausgefunden, daß die Schwandorfer nicht nur vaterlandslose Gesellen, sondern auch Rechtsbrecher sind. Landkreisordnungsbrecher nämlich. In einem Schreiben selbiger Regierung an den Schwandorfer Kreistag heißt es, daß die Partnerschaft gegen die Landkreisordnung verstößt, da „die Ablehnung und Verhinderung der Errichtung einer WAA nicht eben zu den gewiesenen Aufgaben eines Landkreises gehört." Weshalb, so die Regierung weiter, diese Partnerschaft sofort freiwillig aufzulösen sei, andernfalls die Regierung sie auflösen werde.*

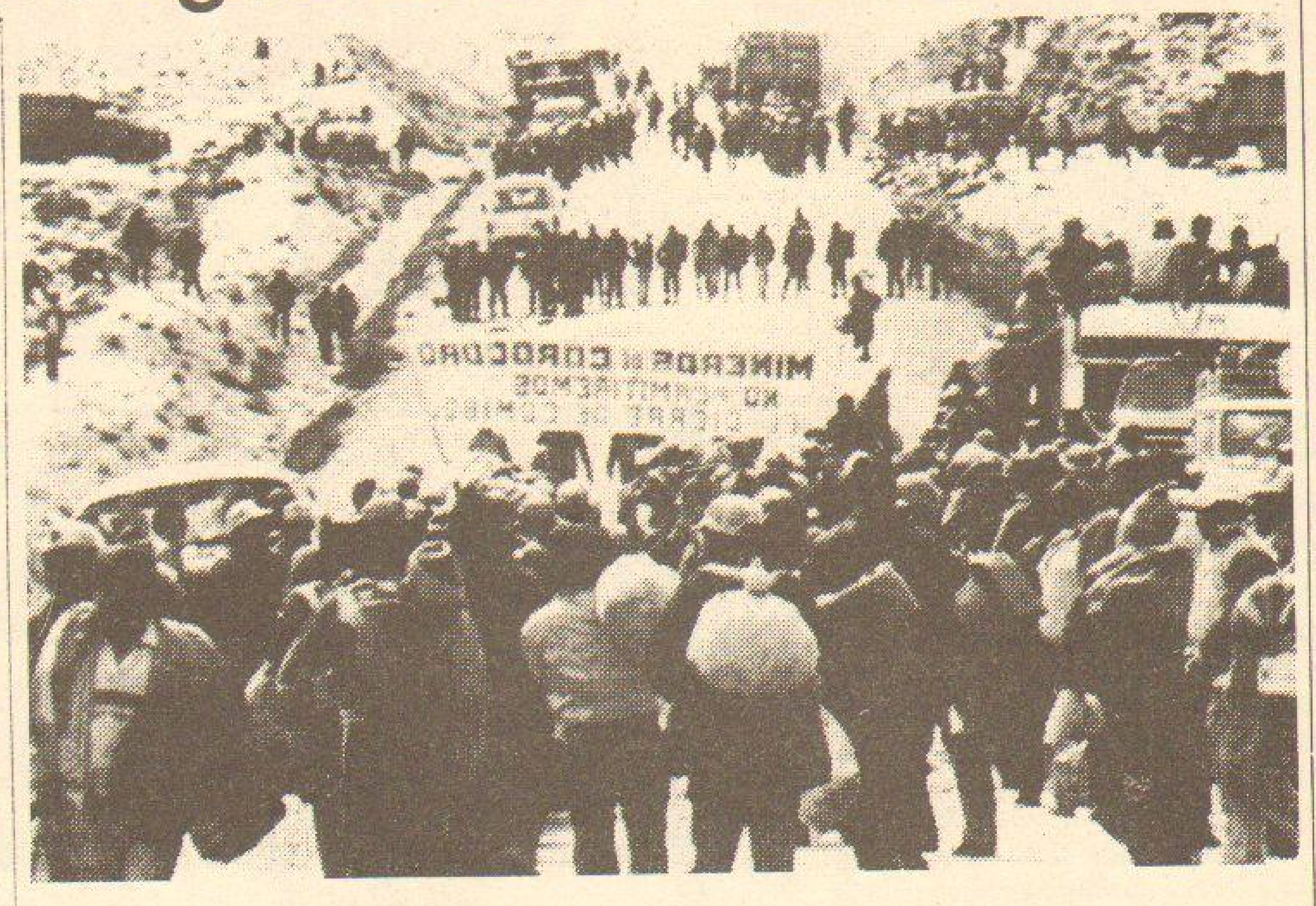
*Und nun? Nun gibt es drei Möglichkeiten. Entweder Schwandorf und Salzburg kapitulieren. Oder es gibt eine politische Lösung. Oder es gibt Krieg. Informierte Beobachter wollen bereits von erheblichen Lieferungen von Mozartkugeln nach Schwandorf gehört haben ...*

## Zu teuer

*Zu teuer ist der Bürgerschaft von Lübeck die Volkszählung, die 1987 stattfinden soll. Allein in Lübeck soll die Bürgerausfragung nämlich 1,8 Millionen DM kosten. 500000 DM davon wollen Bund und Land zahlen, den Rest der Kosten soll Lübeck tragen. In Abwesenheit der CDU, die demonstrativ den Saal verlassen hatte, beschlossen deshalb die Fraktionen von SPD und Grünen in der letzten Woche, ab sofort keine Vorbereitungen für die Volkszählung mehr durchzuführen. Der Lübecker Bürgermeister, der der CDU angehört, hat gegen diesen Beschluß Widerspruch angekündigt.*

*Kritisch, was die Kosten der Volkszählung betrifft, äußerte sich auch der deutsche Städte- und Gemeindebund in Düsseldorf. Er fordert, daß die Kosten für die Durchführung der Volkszählung den Kommunen voll erstattet werden müßten.*

# Belagerungszustand in Bolivien



Der „Marsch auf La Paz" von 5000 Minenarbeitern aus Oruro wurde von der bolivianischen Armee durch Einkesselung zweier Dörfer gestoppt. Zur gleichen Zeit wurde der Belagerungszustand ausgerufen und zahlreiche Repräsentanten der politischen Linken und des Gewerkschaftsbundes COB festgenommen.

Anlaß des Marsches war der Plan der konservativen Regierung Paz Estenssoro, die seit 1952 verstaatlichten Zinnminen zu dezentralisieren und anschließend wohl auch zu reprivatisieren. Dazu sollten zunächst 12000 Minenarbeiter entlassen werden — ohne jegliche sozialen Zugeständnisse. Solche Märsche der stark organisierten Bergarbeiter Boliviens hatten in der Geschichte dieses Landes immer wieder eine ausgesprochen wichtige Rolle gespielt und zahlreiche Pläne von Imperialismus, Kapital und Reaktion durchkreuzt. Aus dieser Erfahrung heraus war die Regierung Estenssoro wohl bereit, dieses Mal bis zum Äußersten zu gehen, um ihre Wirtschaftspolitik im Sinne des Internationalen Währungsfonds durchzupeitschen.

Die Führung des Gewerkschaftsbundes COB ist aufgrund dieser Entwicklung „in die Illegalität" gegangen, um die Arbeit der Gewerkschaften zu sichern und hat für Freitag dieser Woche zu einem Generalstreik aufgerufen — die Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden. Bereits im Herbst letzten Jahres hatte der Präsident gegen einen Generalstreik des COB zum Mittel der Ausrufung des Belagerungszustands gegriffen, hatte damals auch den Streik damit beenden, jedoch nicht den Widerstand brechen können.

## Neue Drohungen gegen Libyen

Am 27. August sind erneut 18 Langstreckenbomber der US Air Force nach Großbritannien verlegt worden — genau dorthin, von wo aus im April der Bombenüberfall auf Libyen stattfand.

Was diese Maßnahme besonders gefährlich macht, sind die Töne, die seitdem aus Washington herüberklingen. Es sind unverhüllte Drohungen gegen Libyen, das, nach amerikanischen Geheimdiensterkenntnissen, neue Terroranschläge vorbereite. Nun: Der amerikanische Geheimdienst hat noch immer die Erkenntnisse geliefert, die für die aggressive Politik Washingtons gerade gebraucht wurden — das wird auch dieses Mal kaum anders sein.

Zwar: Die Regierungssprecher konnten wieder einmal keinerlei konkrete Angaben darüber machen, was denn nun wie vorbereitet werden und vor allem, was die libysche Regierung denn damit zu tun habe, aber ein guter Amerikaner (und ein guter Westeuropäer) glaubt halt den Reagan-Leuten aufs Wort. Und diese „guten" Leute sitzen offenbar nicht zuletzt in den Redaktionen bundesdeutscher Zeitungen, die die Töne aus USA originalgetreu wiedergeben.

Während Libyen verschiedene Versuche unternimmt, sich auf der Ebene des internationalen Rechts gegen eine erneute Aggression des USA-Imperialismus zu schützen, häufen die USA eine Provokation auf die andere, von drohenden Stellungnahmen bis hin zu erneuten Flottenmanövern im Mittelmeer und der Verlegerung von Schiffen dorthin. Das ist der Stoff, aus dem Aggressionen sind — und einen konkreten Anlaß könnten verschiedenste Geheimdienste notfalls bestimmt schnell liefern.



## Solidarität verboten?

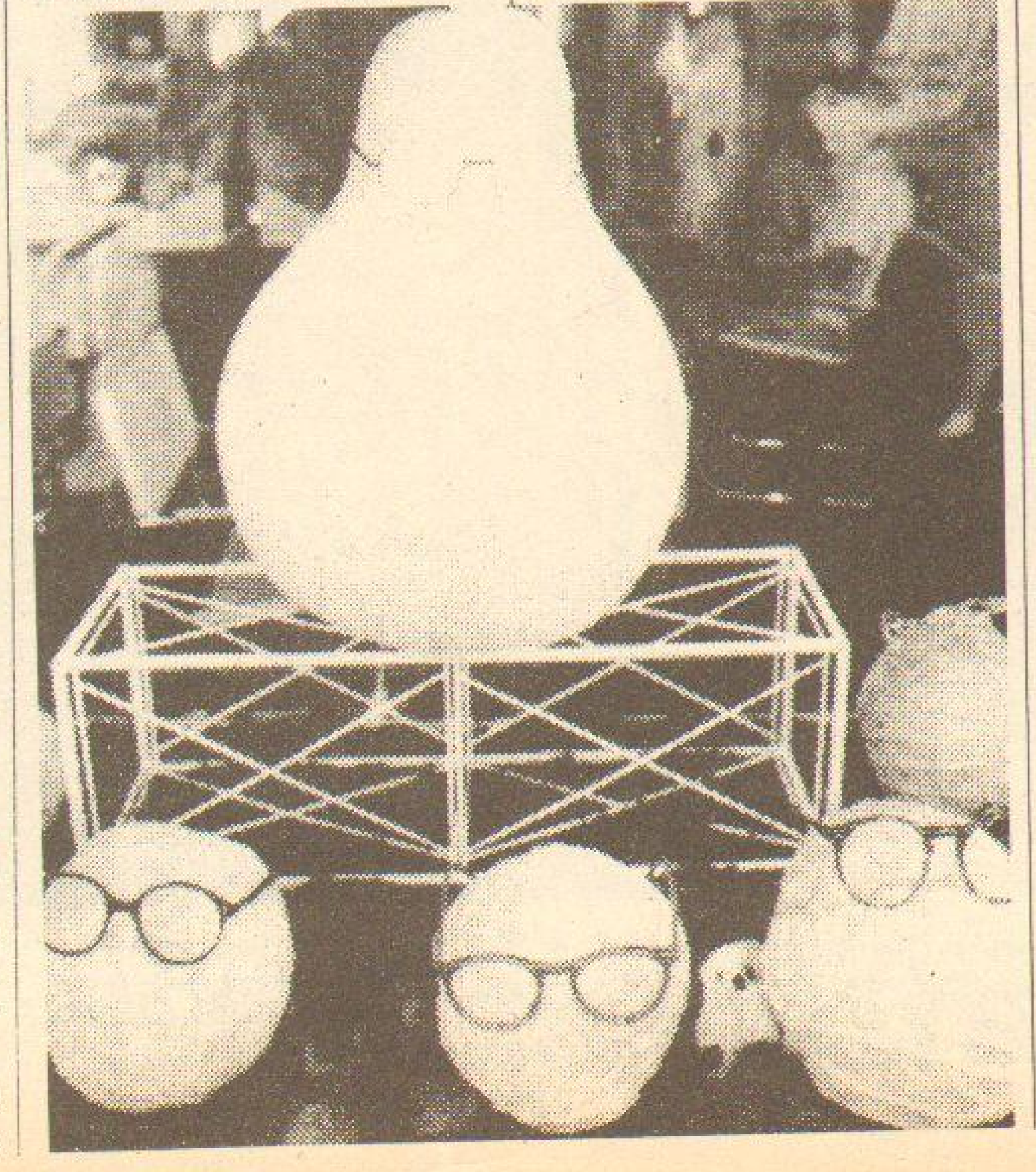
Am Dienstag letzter Woche hatten Bewohner einer WG in Duisburg ein Transparent aufgehängt, mit dem sie die Freilassung von Barbara Perau, Norbert Hofmeier und Thomas Thoene forderten. Die drei Duisburger waren Mitte August verhaftet worden, weil das BKA in ihnen die Verantwortlichen für einen Sprengstoffanschlag auf eine Fernmeldeeinheit des BGS sah. Als „Beweis" diente dem BKA u.a. die Tatsache, daß sie in der Wohnung von Thomas T. einen fotokopierten Bekennerbrief zu diesem Anschlag fanden.

Am Sonntag abend erschienen sechs Polizisten in der WG. Als die Beamten, die keinen Durchsuchungsbefehl hatten, nicht eingelassen wurden, sprühten sie sich den Weg frei, durchsuchten das Haus und nahmen das Transparent mit. Einige Zeit später kamen sie mit einem Durchsuchungs- und einem Sicherstellungsbeschluß wieder. Begründung für die Aktion: Verdacht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Im Zusammenhang mit den Verhaftungen wurden noch etliche andere Wohnungen durchsucht und auch der besetzte Bahnhof in Neumühl.

## Kohl beschlagnahmt

Brillenwerbung einmal anders gab es in München, allerdings nur für kurze Zeit, denn dann schritt die Polizei ein. Das Schaufenster einer Münchner Optikerin war — wie das Foto zeigt — mit einigen Kohlköpfen dekoriert, die die neueste Brillenmode trugen und außerdem ein kleines, schwarz-rot-goldenes Papierfähnchen. Zwischen den Kohlköpfen: ein Bild von Helmut und Hannelore. Über all dem war eine Leinwand angebracht, auf der ein durchgestrichenes Herz und ein Kohlkopf zu sehen waren. Kommentar der Optikerin dazu: „Das sollte heißen: I don't like Kohl." Und nur weil die Dame keinen Kohl mag, bekommt sie es jetzt mit dem Staatsanwalt zu tun. Die ermittelt nämlich mittlerweile wegen Vergehen gegen die Staatsschutzparagraphen 90a und 90b. Die originelle Brillenwerbung wurde beschlagnahmt ...



## Immer mehr arbeiten an Wochenenden

Vor kurzem wurden die Ergebnisse einer Untersuchung des „Instituts zur Erforschung sozialer Chancen" über Nacht- und Schichtarbeit veröffentlicht. Danach hat sich die Zahl der Beschäftigten, die am Wochenende arbeiten, seit 1965 mehr als verdoppelt. Damals waren es rund 2,1 Mio (ca. 20 Prozent aller Lohnabhängigen). Heute sind es fast 5 Mio, also 40 Prozent, die kein regelmäßiges freies Wochenende haben. 6 Prozent müssen „regelmäßig" am Wochenende arbeiten, 10 Prozent „oft" und 24 Prozent „gelegentlich". 15 Prozent der Beschäftigten arbeiten Schicht (in NRW sogar 18 Prozent). 2 Prozent von ihnen arbeiten grundsätzlich nachts, 8 Prozent „oft" und weitere 8 Prozent „gelegentlich".

## Peinlich

*„IG Metall vorn: Erster Förderplan für Frauen" — verkündet die Schlagzeile der „Welt der Arbeit" vom 7. August 1986. Und: „Signalwirkung auch für DGB". Frau ist beeindruckt — von der Größe der Lettern und von der Findigkeit der WdA-Redakteure, der größten Industriegewerkschaft selbst da noch eine Spitzenposition zu verschaffen, wo sie hoffnungslos hinterherhinkt. Denn eine gehörige Portion Findigkeit braucht es schon, den Förderplan der IG metall als „ersten Förderplan" zu verkaufen und doch nicht zu lügen, nachdem inzwischen nicht nur verschiedenste Institutionen, fast alle Bundesländer und sogar die Bundesregierung (für die Bundesverwaltung) eben solche Förderpläne längst beschlossen haben. Des Rätsels Lösung: Der Förderplan der IG Metall ist der erste Förderplan, den eine der 17 DGB-Gewerkschaften beschlossen hat!*

*Aber vielleicht taugt er ja mehr als die anderen? Gudrun Hamachers Kommentar läßt Bahnbrechendes vermuten: „Dieser Plan wird auch die Frauen in anderen Gewerkschaften, in Parteien, Staat und Kirchen unterstützen, ihren Kmapf um eine gleichberechtigte Teilhabe an den Meinungs- und Entscheidungsprozessen in ihren Bereichen fortzusetzen." „Gleichberechtigte Teilhabe" — das kann doch nur heißen, 50prozentige Teilhabe. Gibt es also endlich einen Förderplan, der ein solches Ziel mit festen Vorgaben anpeilt?*

*Mitnichten. Hinter den großen Worten steht ein mehr als bescheidener Beschluß. In drei Jahren soll nämlich der Frauenanteil an den 250 Gewerkschaftssekretären im Vorstandsbereich, in den Bezirksleitungen und Bildungsstätten von 12,8 auf 14,7 Prozent geteigert werden. Anstelle der jetzt dort tätigen 32 Frauen sollen es in drei Jahren also fünf (!) mehr sein. Wenn alles förderplanmäßig verläuft, versteht sich.*

**Roter Morgen** RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vora. ·rechnung zu zahlen. Sobald die ·chnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

## Praktische Solidarität?

Auch Hochschullehrer lernen nie aus. Rund 20 Hochschullehrer konnten jetzt lernen, was „praktische Solidarität" ist. Den Nachhilfe-Unterricht erteilte die DGB-Führung. Die Wissenschaftler, unter ihnen die Professoren Eberhard Schmidt, Elmar Altvater, Ulrich Mückenberger und der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, hatten in einem Schreiben an DGB-Chef Ernst Breit gegen die Kündigung des Technologie-Experten Ulrich Briefs durch das DGB-eigene WSI-Institut protestiert. Ausdrücklich im Auftrag von Breit antwortete ihnen WSI-Geschäftsführer Dr. Wolfgang Spieker: „Die Solidarität mit dem Kollegen Briefs" werden die Wissenschaftler belehrt, sollte sich „vordringlich darin äußern, für ihn eine adäquate anderweitige Verwendung — z.B. im Wissenschafts-Hochschulbereich — zu finden."

Die Hochschullehrer hatten in ihrem Protestbrief u.a. geschrieben: „Die Vorwürfe, die dem Kollegen Dr. Briefs gemacht werden, rechtfertigen unseres Erachtens eine Kündigung nicht. (...) Eine solche Disziplinierungsmaßnahme würde dem gewerkschaftlichen Ansehen in der Gemeinschaft der Wissenschaftler — nicht nur derer, die in ihrer öffentlichen Tätigkeit den Mitbestimmungsgedanken stützen — schwer schaden."

Daß Spiekers absurde Antwort geeignet ist, Schaden vom gewerkschaftlichen Ansehen abzuwenden, muß bezweifelt werden. Zumal Spieker in seinem Antwortschreiben auch noch wahrheitswidrig behauptet, die Kündigung von Ulrich Briefs hätte keine politischen Hintergründe, wenig später aber eine offen politisch begründete außerordentliche Kündigung gegen U. Briefs ausgesprochen wurde.

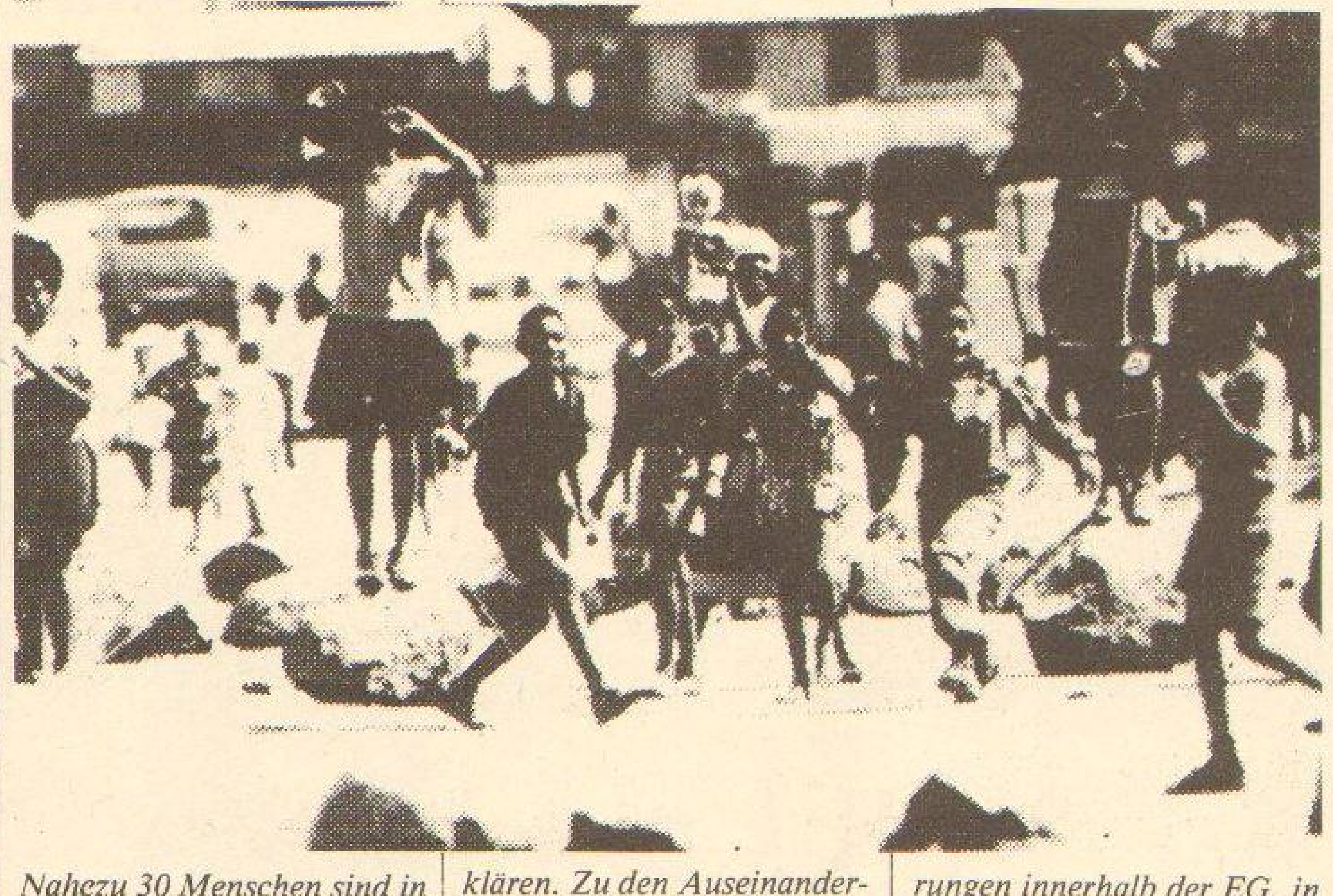
Solidarität mit Ulrich Briefs ist weiter angesagt, wenn auch nicht im Sinne Spiekers.

## Warum kein Teststopp?

*Den sowjetischen Vorschlag, ein Abkommen über den Stopp von Atomtests zu unterzeichnen, hat die amerikanische Regierung abgelehnt. Der Vorschlag, über dessen gesamte Nützlichkeit zur Sicherung des Friedens durchaus gestritten werden kann, ist nun bestimmt weder abseitig noch unklar. Und unklar ist auch die Haltung Washingtons nicht. Die Weigerung, solch ein Abkommen zu unterzeichnen, wurde ausdrücklich damit begründet, es würden solche Tests weiterhin benötigt.*

*Damit unterstreicht Washington, daß es nicht bereit ist, auf irgendeine Maßnahme seines Aufrüstungsprogramms, wie wichtig sie auch immer sein mag, zu verzichten. Damit wird auch demonstriert, daß kein Interesse auch nur daran besteht, sogenannte atmosphärische Verbesserungen zu erreichen, sondern der*

# Massenmord in Südafrika



*Nahezu 30 Menschen sind in der letzten Woche in Soweto einem Feuerüberfall der Polizei zum Opfer gefallen — das rassistische Regime selbst sprach von „nur" 20 Todesopfern. Die Polizei, so verlautete in Pretoria, habe sich gegen einen Handgranatenangriff verteidigen müssen. Da alle Augenzeugenberichte wieder einmal das krasse Gegenteil besagten, verweigerte sich die Regierung auch der Forderung nach einem unabhängigen Untersuchungsausschuß, sondern wollte lediglich einen Polizeiausschuß beauftragen, die Vorfälle zu [ver-]klären. Zu den Auseinandersetzungen mit der Polizei des Regimes kam es aus Anlaß einer neuerlichen Protestwelle gegen die Mieterhöhungen in den schwarzen Townships. Die Mietboykottbewegung hat sich im Laufe der letzten beiden Jahre immer mehr verbreitert und konnte auch durch die Verhängung des sogenannten Ausnahmezustands nicht zum Stillstand gebracht werden.*

*Dieses erneute Verbrechen des rassistischen Regimes in Pretoria zeigt noch deutlicher als schon zuvor, wie verlogen all die Beteuerungen innerhalb der EG, in Bonn und London sind, man wolle auf eine „Demokratisierung" hinwirken, auf einen Dialog. Die südafrikanische Regierung führt bereits seit langem ihre Art von Dialog: Über Kimme und Korn hinweg. Wirtschaftlich gestützt von den USA, der BRD und Großbritannien versucht dieses Regime alles, um die Apartheid zu retten. Der Druck auf diese Regierungen, echte Sanktionen zu verhängen, wird weltweit immer größer und muß auch hierzulande weiter verstärkt werden.*

*Kurs der Konfrontation ohne Einschränkungen fortgesetzt werden soll.*

## Abgelehnt

Abgelehnt wurde der Gesetzentwurf der hessischen Grünen für ein kommunales Ausländerwahlrecht von allen Parteien des Landtages — außer den Grünen. Wie so oft sind sich dann, wenn es ernst wird, eben doch in der Ausländerfrage wieder alle einig. Kommentar von IGM-Vorstandsmitglied Willi Sturm: ein enttäuschender Rückschlag in der Ausländerpolitik.

## Solidarität mit N. Stratmann

Die Geschäftsleitung des bundeseigenen Unternehmens VAW Leichtmetall in Hannover hat den Betriebsrat Norbert Stratmann fristlos entlassen. Drei Monate lang, seit April dieses Jahres, hatte die Abteilung, in der Autoräder für Daimler hergestellt werden, jeden Samstag Sonderschichten gefahren. Die Zustimmung des Betriebsrats galt zunächst für ein Vierteljahr, doch die Geschäftsleitung wollte die Sechs-Tage-Woche weiterführen. Zwei Tage vorher, am 5. Juli, setzte die Samstagsabendschicht der Räderabteilung ein deutliches Zeichen: 26 Kollegen, unter ihnen Norbert Stratmann, verließen den Betrieb um 18 Uhr statt um 22 Uhr. Sie wollten mit diesem Warnstreik deutlich machen, daß es mit der erzwungenen Samstagsarbeit ein Ende haben müsse.

25 der 26 Teilnehmer an dem Warnstreik erhielten Abmahnungen. Norbert Stratmann aber bekam gleich zwei fristlose Kündigungen. Die erste, weil die Geschäftsleitung ihn als „Rädelsführer" ausgemacht hatte. Die zweite wegen eines Flugblattes, das er nach der ersten Kündigung vor dem Betrieb verteilt hatte. In diesem Flugblatt setzte Norbert Stratmann sich u.a. mit dem Vorwurf auseinander, er habe den Streik im Auftrag der MLPD angezettelt. Dieses Flugblatt und ein Interview, das er der MLPD-Zeitung „Rote Fahne" gegeben hat, sind auch Anlaß für ein von der IGM-Ortsverwaltung eingeleitetes Ausschlußverfahren.

Auf den Vorwurf der Unterstützung einer gegnerischen Organisation entgegnete Norbert Stratmann: „Man müßte richtiger sagen, daß diese Organisation meine Abteilungskollegen und mich unterstützt hat."

Eine traurige Rolle spielt der VAW-Betriebsrat: Er hat sowohl der ersten als auch der zweiten fristlosen Entlassung des Betriebsratskollegen zugestimmt. Bei der ersten Entlassungsbegründung schloß sich der Betriebsrat faktisch der Rädelsführer-Theorie der Geschäftsleitung an.

Nach der Betriebsversammlung hat der Betriebsrat zwar seine Zustimmung zur Verlängerung der Vereinbarung über die Sonderschichten verweigert, trotzdem wird bei VAW weiterhin Samstags gearbeitet. Die Geschäftsleitung rekrutiert Freiwillige, ohne daß der Betriebsrat dagegen Einspruch erhob.

Inzwischen haben sich in Frankfurt Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben solidarisch mit Norbert Stratmann erklärt, obwohl die rechte Ortsverwaltung mit massiven Repressionen versucht, das Zustandekommen einer Solidaritätsbewegung zu verhindern. So sollte die Musikgruppe Blaumann auf einer Informationsveranstaltung des Solidaritätskomitees spielen. Auf der Veranstaltung teilten die Musiker mit, daß ihnen von der IGM-Ortsverwaltung erklärt worden sei, sie müßten den Auftritt absagen, wenn sie weiterhin bei Gewerkschaftsveranstaltungen spielen wollten.

Solidaritätsadressen gegen die Entlassung von Norbert Stratmann und gegen das Ausschlußverfahren können an folgende Adressen gerichtet werden: Vertrauenskörperleitung VAW AG, Göttinger Chaussee 12-14, 300 Hannover 91 und Norbert Stratmann, Lister Kirchweg 33, 3000 Hannover.



**Zahlreiche Aktivitäten am vergangenen Wochenende und am Montag dieser Woche markierten den Antikriegstag 1986. Die Redner des DGB kritisierten auf den Kundgebungen immer wieder auch die Aufrüstungspolitik auf Kosten der Sozialpolitik.**

## Beschäftigung gefördert?

Der HBV-Hauptvorstand legte im August das detaillierte Befragungsergebnis im Einzel- und Großhandel über die ersten Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes zu.

**Einzelhandel:** Die Auswertung beruht auf Fragebogen aus 360 Betrieben wie Waren- und Kaufhäusern, Versandhäusern, Lebensmittelfilialen und Fachgeschäften mit rund 60000 Beschäftigten. Die wichtigsten Ergebnisse in Stichpunkten: 1. In 50 Prozent der befragten Betriebe waren die Beschäftigungszahlen gegenüber Frühjahr 1985 gesunken. 2. In 37,5 Prozent aller Betriebe gab es mehr befristete Arbeitsverhältnisse. 3. Bereits 13,83 Prozent aller Arbeitsverhältnisse waren KAPOVAZ-Arbeitsplätze (im Vorjahr 11,18 Prozent). 4. Nur noch 40,84 Prozent der Arbeitsplätze waren Vollzeitarbeitsplätze (Vorjahr 43,18 Prozent). 5. In 40 Prozent der Betriebe wurden Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. In 17,77 Prozent Betrieben wurden Vollzeitarbeitsplätze in befristet besetzte Arbeitsplätze umgewandelt. 6. 72,5 Prozent der Betriebsräte gaben an, daß die Überstunden nicht zurückgegangen sind.

**Großhandel:** Fragebogen kamen aus 51 Betrieben mit rund 13500 Beschäftigten. 1. Die Beschäftigungszahlen gingen um 5,66 Prozent zurück. 2. Die unbefristeten Vollzeitarbeitsplätze gingen überproportional um 11,27 Prozent zurück. 3. 1985 bestanden 1,84 Prozent KAPOVAZ-Arbeitsplätze, 1985 bereits 2,22 Prozent. 4. Die Überstunden haben sich nicht verringert. 5. In 7 von 51 Bestrieben wird das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen nicht mehr seitens der Geschäftsleitung beachtet.

Quelle: Rundschreiben A 57/1986 Einzelhandel, Fachgruppe Einzelhandel.

## Bomben auf Kurdistan

In verschiedenen Städten der BRD demonstrierten in den letzten Wochen kurdische und türkische Oppositionelle gegen Bombardements kurdischer Dörfer im Irak durch die türkische Luftwaffe.

Regierungschef Özal — durch Protestaktionen in ganz Westeuropa herausgefordert — gab bekannt, die Proteste seien ohne Grund, da die letzte Aktion der türkischen Armee am 15. August stattgefunden habe — eine reichlich offene Bekanntgabe solcher Militäraktionen.

Die Bombardierung kurdischer Dörfer im Irak durch die Luftwaffe der Türkei ist möglich dank eines entsprechenden Abkommens, das die Regierungen in Ankara und Bagdad vor einiger Zeit schlossen zum gemeinsamen Kampf gegen den kurdischen nationalen Widerstand. Darin sind die Möglichkeiten solcher grenzübergreifender Aktivitäten für beide Seiten vorgesehen. Die Bombenüberfälle im August waren nicht die ersten, verschiedenen Berichten zufolge aber die bisher heftigsten mit einer hohen Zahl von Todesopfern unter der Dorfbevölkerung Kurdistans.

Seit dem Militärputsch Evrens vor nunmehr rund sechs Jahren ist die reaktionäre Politik der türkischen Regierungen gegenüber den Kurden nicht nur immer weiter verschärft und systematisiert worden, sondern zu einem regelrechten Krieg der türkischen Armee gegen Kurdistan ausgebaut worden, bislang ohne den kurdischen Widerstand zu brechen.

# Verhaftungswelle in Pakistan



Während der Diktator Zia sich auf Auslandsreise begab, um die Festigkeit seines Regimes zu dokumentieren, rast in Pakistan der Terror. In nur drei Tagen wurden über 2000 Personen festgenommen unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen die jüngsten Regierungserlasse über einen Ausnahmezustand.

Alle politischen Aktivitäten wurden verboten, nachdem insbesondere die Festnahme von Benazir Bhutto breite Protestaktionen in verschiedenen Provinzen des Landes hervorrief.

Damit wurde die sogenannte Demokratisierung mit der Zias Finanziers in USA und EG hausieren gegangen waren, abrupt als Farce entlarvt, die von der Oppositionsbewegung von Beginn an so charakterisiert worden war. Mit Zias Ismalisierung Pakistans waren insbesondere auch die Rechte der Frauen nahezu vollständig beseitigt worden — weshalb es für die innere Reaktion eine besondere Herausforderung ist, daß ausgerechnet eine Frau heute die populärste Figur der Opposition im Lande ist.

## Zwangsarbeiter verlangen Entschädigung von Bosch

Stuttgart. — Die Robert Bosch GmbH in Gerlingen bei Stuttgart wurde vom Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Rgime, Alfred Hausser, anläßlich des 125. Geburtstages des Firmengründers und des hundertjährigen Bestehens des Unternehmens aufgefordert, eine materielle und moralische Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiter bei der Firma Bosch zu leisten. In dem Schreiben Haussers an die Firmenleitung heißt es: „Als Sprecher der Interessengemeinschaft ... bin ich beauftragt, Sie daran zu erinnern, daß während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Zwangsarbeiter aus dem In- und Ausland in den verschiedenen Werksteilen von Bosch eingesetzt waren." Er, Hausser, selbst habe von 1938 bis 1943 mit vielen anderen politischen Gefangenen bei Bosch für 40 Pfennig pro Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen. („Blick nach rechts")

## Der Kardinal

Josef Kardinal Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hat verkündet, daß die GRÜNEN für einen gläubigen Katholiken nicht wählbar seien, weil sie erstens die Institution Ehe in Frage stellen würden, zweitens dem „ungeborenen Leben" den „staatlichen Schutz" entziehen wollten.

Das Engagement ihrer Exzellenz in Sachen Ehestand erscheint wenig legitimiert. Entstammt Höffner doch einer Scene, die sich seit Jahrhunderten geschlossen dem heiligen Ehestand entzieht. Gemessen daran leistet nach unseren Beobachtungen die Mitgliedschaft der grünen Partei Erhebliches zur Weiterführung der Ehe als Institution.

Des Kardinals Einlassung zum Thema „Schutz des ungeborenen Lebens" reiht sich ein in die Unsäglichkeiten, die andere Kirchenfürsten von Zeit zu Zeit absondern. Daß eine Organisation, die in der Geschichte und gegenwärtig, hier und weltweit so sehr beim Schutz des geborenen Lebens versagt hat und versagt, sich ausgerechnet in der Frage des „ungeborenen Lebens" zum Richter über die Menschheit aufschwingt ist — weiß Gott — schon schwer erträglich. Aber Höffner reicht es nicht: wenn der Staat schon auf unsere Kosten für ihn die Kirchensteuer eintreibt, soll er auch gleich das Geschäft der heiligen Inquisition für Rom miterledigen.

Von der Fristenlösung zum Scheiterhaufen-Modell — das wäre doch vielleicht der passende Einfall für das Hirtenwort

# DGB-Jugend: Aktionsherbst 86

Ab Mitte September läuft der Aktionsherbst 86 der DGB-Jugend. Die geplanten Aktionen richten sich gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit. Die Auftaktkundgebungen finden am 13. September in Kiel und München statt. Von den Auftaktkundgebungen werden zwei Busse starten, die während der folgenden zwei Monate über 100 Orte anfahren werden, um die örtlichen Aktionen zu dokumentieren. Die DGB-Jugend fordert u.a. eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen, weitere massive Arbeitszeitverkürzungen und ein Jugendbeschäftigungsprogramm. Ilse Brusius, zuständiges DGB-Vorstandsmitglied für den Jugendbereich, wies auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Aktionsherbstes darauf hin, daß es in diesem Jahr voraussichtlich 241 000 Jugendliche ohne ausreichende Berufsperspektive bleiben werden.

Aus dem Aufruf der DGB-Jugend:

### Stop Jugendarbeitslosigkeit – wer nicht ausbildet, muß zahlen!

Mehr als 1 Million junge Menschen sind derzeit in der Bundesrepublik Deutschland ohne Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz.

Viele scheitern bereits an der ersten Hürde. 325 000 Jugendliche blieben 1985 ohne Ausbildung. Sie stecken in irgendwelchen Warteschleifen, besuchen weiterhin Schulen, arbeiten – entgegen ihrem Willen – als Ungelernte oder sind arbeitslos.

Auch die zweite Hürde wird immer höher. Nur etwa die Hälfte der ausgebildeten Jugendlichen wird laut Umfrage innerhalb der ersten sechs Monate nach Abschluß der Ausbildung im erlernten Beruf unbefristet weiterbeschäftigt.

Von der Berufsnot und Jugendarbeitslosigkeit besonders betroffen sind junge Frauen und ausländische Jugendliche.

Unternehmer und Bundesregierung haben viel versprochen und wenig getan. Ohne die Initiativen von Jugendvertretungen, Betriebs- und Personalräten zur Sicherung und Neuschaffung von Ausbildungsplätzen sähe die Situation wesentlich schlechter aus. Selbstheilungskräfte der Wirtschaft, die uns wie ein Wunder von der Jugendarbeitslosigkeit erlösen, gibt es nicht. Wenn diese Bundesregierung nichts unternimmt, werden auch 1986 Tausende von Jugendlichen nach der Schule oder Berufsausbildung auf der Straße stehen. Deshalb mischen wir uns ein!

Die Bundesregierung hat die hohe Arbeitslosigkeit ausgenutzt, um Schutzrechte abzubauen und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zu beschneiden.

**Dagegen wehren wir uns! Darum: Aktionsherbst 1986**

## 1,4 Millionen Dollar

So viel bekam die Familie von Karen Silkwood vom US-Atomkonzern Mc Gee. So viel Geld war es den Konzerngewaltigen wert, nach zwölf Jahren endlich zu einem Ende der Affäre zu kommen: Mit dieser Zahlung werden weitere Prozesse und damit auch Nachforschungen eingestellt. Karen Silkwood, mancher mag den Film kennen, arbeitete bei Mc Gee, wurde mit Plutonium kontaminiert und auch ihre ganze Wohnung. Daraufhin deckte sie weitere 39 ähnliche Fälle auf — und wurde auf dem Weg zum Treffen mit Journalisten Opfer eines ausgesprochen mysteriösen Autounfalls (die Spuren an ihrem Wagen wiesen darauf hin, daß sie von der Straße gedrängt wurde). Jetzt hofft der Konzern, die Sache unter dem Teppich zu haben — es gibt allerdings bereits genügend Stimmen, die diese Zahlung ganz anders bewertet wissen wollen.

## Wie schon einmal...

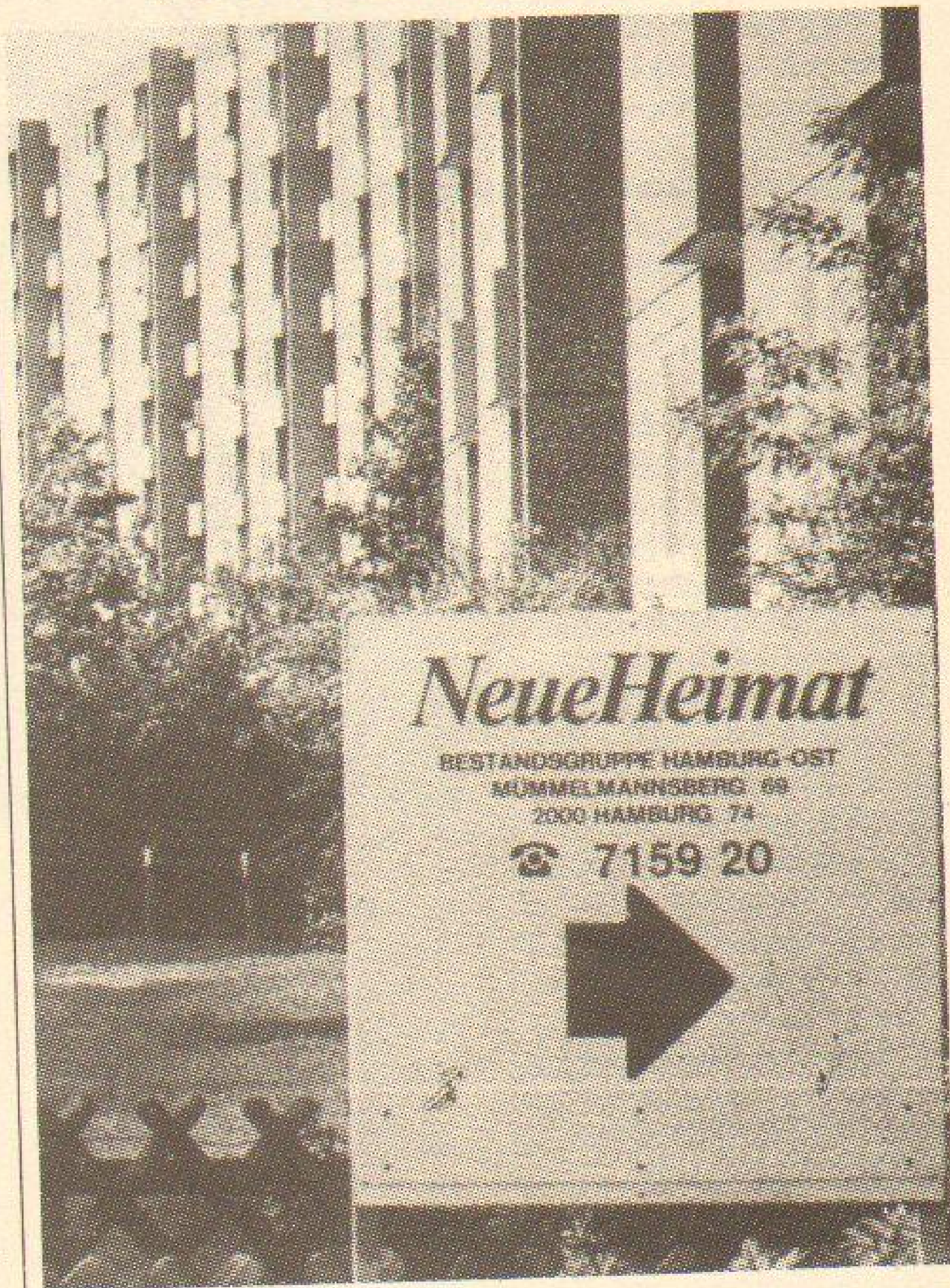
*Reagans Aufruf, die nicaraguanische Regierung zu stürzen — eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und eine verbrecherische Drohung gegen das nicaraguanische Volk zugleich — paßt ins Bild. Zu dem Millionensegen an Dollars für die Contrabanden und vor allem zu dem Beschluß, die Ausbildung der Contras in die Hände der Elitetruppe Green Berets zu legen.*

*Zuerst militärische Berater, dann mehr Militärhilfe und dann der Einsatz der Green Berets — Die Abstufungen nach entspricht dieses Vorgehen genau der Geschichte der Aggression der USA gegen Vietnam. Die direkte Intervention begann damals mit der Entsendung dieser Killertruppe nach Südvietnam. Sicherlich gibt es dazu wesentliche politische Unterschiede, es wird aus dem Ausland her auf den Sturz der gewählten Regierung Ortega hingearbeitet. Aber die Art und Weise der Eskalation durch Washington ist dadurch nur noch eindeutiger. Die Green Berets sind Symbol für die imperialistische, verbrecherische und arrogante Politik der USA gegenüber den Völkern der Welt und insbesondere gegenüber jenen aus Mittelamerika — die Solidarität mit Nicaragua verstärken!*

## DGB-Beschwerde

In einem Schreiben an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Nichteinhaltung des Übereinkommens Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts in der BRD gerügt. Anlaß für diesen Schritt ist die Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Protestaktionen im Februar und März 1986 gegen die reaktionäre Änderung des §116 AfG von verschiedenen Gerichten behindert worden sind.

# Skandal um den NH-Skandal




*Daran, daß der Skandal um die DGB-eigene Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat rückhaltlos aufgedeckt wird, können jede Gewerkschafterin und jeder Gewerkschafter nur interessiert sein. Gewiß, was da alles bekannt wird, schadet dem Ansehen der Gewerkschaften. Aber wenn jetzt nicht Luft drankommt, wird es noch Jahre stinken. Aus einem „Schrecken ohne Ende" würde der Gewerkschaftsbewegung mit Sicherheit der größte Schaden erwachsen. Darum muß und soll jetzt alles auf den Tisch.*

*Es ist in Wirklichkeit auch kein besonders schwerwiegendes Problem, wenn in Bonn ein Untersuchungsausschuß darauf besteht, unbedingt auch jene Arbeit noch einmal zu wiederholen, die ein Untersuchungsausschuß in Hamburg schon geleistet hat. Verwunderlich ist es allerdings schon, daß ausgerechnet jene Konservativen und Liberalen, die im Flick-Ausschuß so auf Rationalisierung bedacht waren, in Sachen Neue Heimat offensichtlich keine Mühe und keinen Zeitaufwand scheuen.*

*Wir wollen auch nicht hauptsächlich darüber streiten, ob und inwieweit es rechtens ist, daß der Ausschuß Einsicht in Unterlagen der DGB-Beteiligungsgesellschaft verlangt, obwohl bezweifelt werden muß, daß die offensichtlich angestrebte Durchleuchtung des Gewerkschaftsvermögens tatsächlich nur dem lauteren Streben nach Wahrheitsfindung dient. Erstaunlich ist es allerdings schon, daß ausgerechnet jene Konservativen und Liberalen, die ein Bruch des Geschäftsgeheimnisses normalerweise mehr empört als sämtliche Folterungen in mit der BRD befreundeten Staaten, in diesem Fall das Geschäftsgeheimnis so überaus geringschätzen.*

*Kurzum: Die Aufdeckung der Vorgänge in der Neuen Heimat ohne Wenn und Aber ist angezeigt. Alles, was tatsächlich diesem Ziel dient, soll und muß begrüßt werden.*

*Aber festgestellt werden muß auch: Die politische Ausschlachtung des Skandals Neue Heimat durch die Reaktion wächst sich zum Skandal eigener Art aus. Aus dem Büro des Unions-Fraktionsvorsitzenden Dregger wird ein Papier bekannt, das sich ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie das Thema Neue Heimat optimal im Wahlkampf für die Unions-Parteien ausgenutzt werden kann. Es enthält einen detaillierten Zeitplan, der offenbart, daß die Koalitionsparteien ihre Mehrheit im Untersuchungsausschuß nutzen, um diesen für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren. Selbst die Ladung des Kanzlerkandidaten der Opposition, Johannes Rau, vor den Ausschuß wurde in Dreggers Büro schon terminiert.*

*Es ist offenkundig: Das Koalitionslager ist nicht daran interessiert, daß eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Neuen Heimat gefunden wird. Also wird ein politisches Klima geschaffen, durch die sie praktisch unmöglich wird. Also werden auf Länderebene praktische Lösungsversuche sabotiert.*

*Sollte es der Reaktion gelingen, die Neue Heimat in den Konkurs zu zwingen, hätte sie dreifach profitiert: Die Wahlchancen der SPD würden gemindert, die Gewerkschaften geschwächt, der soziale Wohnungsbau erhielte faktisch den Todesstoß, weil drei Jahre nach einem Konkurs die Sozialbindung aller NH-Wohnungen entfallen würde. Diesen Skandal gilt es zu verhindern. Die Forderung nach uneingeschränkter Aufklärung des NH-Skandals bleibt davon unberührt.* (hdk)




# Eine neue Politik?

**Selten hat ein einziger Parteitag in der Öffentlichkeit so viel Diskussionen hervorgebracht, wie der diesjährige der SPD in Nürnberg. Dieses Mal befassen wir uns im RM mit drei Themen dieses Parteitages: Kernkraft, Arbeitslosigkeit, Atomraketen. Umständehalber nur sehr knapp, aber sicher nicht zum letzten Mal. (Siehe dazu auch Seite 1).**

von HELMUT WEISS

## Kernkraft: Ausstieg, Umstieg — Seiteneingang

**Die große Abrechnung, von bürgerlichen Medien und der politischen Konkurrenz gleichermaßen prognostiziert, hat es auf dem Nürnberger Parteitag der SPD um das Thema AKWs nicht gegeben. Der zum Leitantrag verarbeitete Bericht der von Volker Hauff geleiteten Kommission wurde nahezu einstimmig angenommen: Zwei Gegenstimmen, eine davon vom Chefredakteur der IGBE-Zeitung „Einheit" Horst Niggemeier.**

Die Reaktion auf diese Entscheidung des Parteitages auf Seiten von CDU und Kapital waren eindeutig, ja, manches Mal hätte man fast glauben können, die SPD habe die Revolution beschlossen. Wallmann und Kohl, die Konzerne der Elektrizitätswirtschaft und alle, die am Geschäft mit der Atomkraft profitieren, heulten unisono auf.

Was ist nun von diesem Beschluß zu halten, was bedeutet er wirklich für die weitere Auseinandersetzung um AKWs in der Bundesrepublik? Ein Aspekt, der vor allem von linken und grünen Kritikern der SPD hervorgehoben wird, ist die frühere AKW-Politik der SPD-geführten Bundesregierungen. Auch die CDU benutzt diese Tatsache als Argument, um der SPD „Opportunismus" vorzuwerfen. Wallmann, Original: „17 von 20 laufenden AKWs sind unter der SPD installiert worden". Diese Tatsache hervorzuheben, ist sicher richtig — keiner sollte aber glauben, daß damit die SPD in den Augen ihrer Anhänger „entlarvt" werden kann, ihre jetzigen Beschlüsse unglaubhaft gemacht werden können usw. Die SPD-Führung hat hierzu bereits die Parole ausgegeben „Wir sind lernfähig", und die allermeisten ihrer Anhänger werden die Sache so betrachten, daß endlich etwas Positives durchgesetzt wurde. Ähnlich war es ja auch bei der Veränderung bezüglich der sogenannten Nachrüstung der NATO — insofern nun ein weiterer Hinweis darauf, daß mit Hinweisen auf die Vergangenheit in der breiten Öffentlichkeit selten erfolgreich politische Einflußnahme möglich ist.

Nein, die Notwendigkeit besteht, sich mit diesem Beschluß so auseinanderzusetzen, wie er jetzt gefaßt wurde. Und da stellt er zunächst einmal tatsächlich eine Veränderung der SPD-Politik dar, und die Besorgnis der Atomwirtschaft ist sicher nicht nur gespielt oder „just for show". Es wird gegen die Atomenergie Stellung bezogen, auch als Übergangsenergie, und es werden erstmals auch Fristen genannt. Die Furcht, die die Atomindustrie (und das heißt wesentliche Teile des bundesdeutschen Großkapitals) dabei bewegt, dürfte nicht zuletzt die sein, daß ein solcher Beschluß den ganzen Gang der Debatte um AKWs insofern nachhaltig beeinflußt als die sozialdemokratische Anhängerschar nun anders, offensiver, geschlossener usw. an ihr beteiligt ist, was bei dieser großen Zahl von Menschen natürlich die gesamte öffentliche Debatte verändert. Daß dabei von Seiten Hauffs auch solche zentralen Fragen wie das berüchtigte Energiewirtschaftsgesetz der Nazis von 1935, das heute noch gilt, angesprochen werden, macht dies nur deutlicher. So weit — so gut. Aber dies ist nur ein Teil, der der politischen Atmosphäre, um es so auszudrücken. Wichtig genug, gerade auch für die politische Arbeit der AKW-Gegner, aber eben wiederum nur ein Aspekt der Sache.

Der andere ist der, welche realen, konkreten Schritte aufgezeigt werden, wie wirklich Position bezogen wird. Und da macht es sicher als erstes nachdenklich, wenn jemand wie Hermann Rappe diesem Beschluß zustimmt. Zwar werden im Bericht und wurden auf den Parteitagsdebatten große Auseinandersetzungen angekündigt, aber der Grundzug der Argumentation ist eindeutig: Es kommt auf einen großen Konsens an. Verschiedentlich ausdrücklich gesagt: Die Energiewirtschaft muß mitspielen. Wird sie aber nicht tun. Das haben ihre Sprecher bereits während des Parteitages nachdrücklich unterstrichen. Auch hier soll eine von der Sachlage, von der Interessenlage her zutiefst gespaltene Gesellschaft auf dem Wege der Versöhnung zu Lösungen geführt werden — die klassische sozialdemokratische Politik, wie sie der Kandidat so treffend popularisierte. Was gemacht werden soll, wenn die Energiewirtschaft auch nach großen Diskussionen, die ihr aufgezwängt werden sollen, nicht mitspielt — darüber wurde nichts gesagt. Und darüber wiederum kann nur der letzte Aspekt, unter dem die Lage betrachtet werden muß, Aufschluß geben, der nämlich, welche Politik die SPD heute dort macht, wo sie in der Regierung ist.

Und da wiederum ist es naheliegend, das Land NRW zu betrachten, wo der Kandidat regiert, alleine, ohne Koalitionspartner, so wie er das nach eigenem Bekunden auch in Bonn gerne tun möchte.

Dazu gibt es vor allem zwei aktuelle Stichworte: Der HTR in Hamm, der weiter von der Landesregierung getragen und unterstützt wird, und die Stellung der SPD gegen alle Bestrebungen nach einem Volksbegehren in NRW. Zwei Punkte, die eine Nagelprobe auf politische Veränderungen darstellen. Zwei Punkte, an denen die Politik der sozialdemokratischen Landesregierung des Johannes Rau eindeutig ist — zugunsten der AKW-Politik.

Zusammen mit dieser Tatsache, zusammen mit den verschiedensten zahlreichen Einwänden und Einschränkungen, wie sie auf dem Parteitag gemacht werden, erst da wird das Argument der Tradition der SPD-Politik dann wieder wirklich ein politisch wirksames. Zum nunmehr groß propagierten Ausstieg, zum Umstieg auf andere Energiearten — da hat die SPD wieder einmal einen Seiteneingang offengelassen, der groß genug ist, daß die Interessen des Kapitals durchpassen. Die andauernde Relativierung der zeitlichen Festlegungen, das verlogene Argument mit den Arbeitsplätzen, der Eiertanz um die Finanzierung dieser „Energiewende", einschließlich der angekündigten Abgabe — alle diese Argumente sind der Türrahmen dieses Seiteneingangs. Und sie wurden auf dem Parteitag sehr massiv vorgebracht. Und das sollte man bewußt in die Debatte einbringen.

## Arbeitslosigkeit: Programm gegen die Arbeitslosigkeit?

**Wirtschaftspolitische Beschlüsse standen an erste Stelle der Tagesordnung des Nürnberger Parteitages. Der Kanzlerkandidat selbst machte in seiner Zweistundenrede ausführliche Aussagen zu einem Aktionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit, zur ökologischen und sozialen Erneuerung der bundesdeutschen Wirtschaft.**

Dabei wurden eine ganze Reihe von konkreten Versprechungen gegeben, was eine SPD-geführte Bundesregierung machen werden. Zwar: An jene Aussagen Raus, er werde alle sozialpolitischen Einschnitte der Wenderegierung rückgängig machen, erinnerte nicht mehr allzu viel. Im Zeitalter der neuen Bescheidenheit aber ist die Liste von Versprechungen denn doch recht lang. Ob es die Rücknahme der Änderung des § 116 AFG betrifft, die Reform der Arbeitsgesetze, Kindergeld, Bafög oder die gesamte Steuerreform a' la Stoltenberg in Frage gestellt wurde — eine Reihe konkreter Auseinandersetzungspunkte und Alternativen zur jetzt geübten Wendepolitik wurden da deutlich. Entsprechend auch wiederum die ersten Reaktionen von Unternehmerseite, die vor allem Rothsche Mitbestimmungspläne und verschiedene Steuervorstellungen, insbesondere die angesprochene Ergänzungsabgabe attackierten. Das reicht heute schon, um „Sozialisierungsängste" zu mobilisieren.

Verschiedene Sprecher der Unternehmerverbände, einzelner Konzerne und der Bonner Regierungsparteien widmeten sich in entsprechenden Stellungnahmen zu den Nürnberger SPD-Beschlüssen vor allem den Steuerfragen und der Ergänzungsabgabe, die sie sozusagen als einen mittleren Weltuntergang darzustellen versuchten. Und mit Sicherheit ist es auch insgesamt so, daß die Summe der verschiedenen Versprechungen, die vor allem Rau in seiner Rede ausdrücklich machte, ein Ergebnis darstellen würde, das dem Kurs und den Wünschen der herrschenden Klasse keinesfalls entspricht. Das Aktionsprogramm fand deswegen von dieser Seite aus auch keinerlei Beifall — und dies wird wohl auch während des Wahlkampfes so bleiben.

Die Vorstellungen, die den politischen Inhalt von Aktionsprogramm und sonstigen Entschließungen ausmachen, sind dabei keineswegs neu, noch für sozialdemokratische Parteitage ungewohnt oder ähnliches. Es ist nur so, daß die Kapitalisten, daß ihre Interessen heute zunehmend in Gegensatz zu einer sozialpartnerschaftlich orientierten Politik geraten. Das angekündigte Instrumentarium ist eher das alte, das schon von der Schmidt-Regierung entweder angewandt oder zumindest diskutiert wurde, vor allem die garnierenden politischen Thesen (etwa Roths Aufwärmen der Wirtschaftsdemokratie) sind expliziter als früher.

Ohne hier die inhaltliche Auseinandersetzung führen zu können, muß darauf verwiesen werden, daß die Ergebnisse beispielsweise des ZIP von 1978 erst so schön dargestellt werden, seit es lange her ist.

Investitionsbeihilfe, Anreize für ökologischen Umbau und dergleichen mehr, das konnte auch nach den Debatten um das Rothsche Wirtschaftspolitische Papier im Frühjahr nicht mehr überraschen. Es sind aber, bis auf wenige konkrete Aussagen, alles samt die bekannten politischen Anstrengungen für eine sozialdemokratische Variante eines Solidarpakts. Mehr als die allerkonkretesten Punkte an Einklagbarem wollte der Parteitag aber auch nicht haben: Weder Spöris Steuerparteitag wurde akzeptiert, noch wurde gar eine ganz ausdrückliche Unterstützung für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgesprochen.

Ein machbares Aktionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit ist dabei jedenfalls nicht herausgekommen, denn alle Angaben stehen auf der angenommenen Basis, die Unternehmer würden mitziehen — und auch hierzu haben sie sich bereits erklärt. Vom Kampf gegen die Unternehmerpolitik aber wollten die Strategen der Marktwirtschaft — und sei es auch in reformierter Fassung — verständlicherweise nichts hören.

## Atomraketen: Spielraum für Rau

**Selten war auf dem Nürnberger Parteitag so viel vom Spielraum für den Kandidaten die Rede wie in der Frage der „Nachrüstung".**

Die Auseinandersetzung gerade um dieses Thema hat ja eine lange Geschichte auf den SPD-Parteitagen seit 1979, als der NATO-Beschluß zur weiteren atomaren Aufrüstung unter maßgeblicher Beteiligung von Helmut Schmidt und Co. gefaßt wurde. Von deutlicher über knappe Mehrheiten für den NATO-Beschluß, bis zu Mehrheiten dagegen war die Entwicklung gegangen. 1983 war beschlossen worden, von der US-Regierung zu fordern, die neuen Atomraketen wieder abzuziehen. Der Spielraum, der hier für den Kandidaten geschaffen wurde, besteht nun darin, statt dessen einen Atomwaffenrückzug beider Seiten, von NATO und Warschauer Pakt also, zu fordern — also statt einer deutlichen und einseitigen Forderung wieder ein allgemeiner Appell an Verhandlungen und gegenseitige Übereinkunft, von denen nach Jahrzehnten solcher Praxis bekannt ist, daß das reale Ergebnis noch nie in wirklichen Abrüstungsschritten bestanden hat.

Nicht ganz so stark wie in manchen theoretischen Debatten wurde im Rahmen der Debatte um die sogenannte Sicherheitspolitik die europäische Variante als Alternative zur NATO (bzw. als Ergänzung) in den Vordergrund gebracht — trotzdem kam diese Orientierung eindeutig durch, auch bei solchen Versprechungen wie der Kündigung des SDI-Abkommens.

Wenig übrig geblieben war in der „sicherheitspolitischen Debatte" des Nürnberger Parteitages von jenen Passagen des vor einiger Zeit veröffentlichten Bülow-Papiers, die damals zu öffentlichen Auseinandersetzungen geführt hatten, weil sie neuralgische Punkte der NATO-Strategie zumindestens angesprochen hatten. Jetzt blieben davon faktisch nur noch ausgesprochen allgemeine, appellartige Feststellungen über die Notwendigkeit der Umorientierung der Armeen von NATO und Warschauer Pakt usw. usf.

Der Kandidat hat also, sollte er Kanzler werden, jenen Spielraum, der er selbst und den besonders auch sein „Vorgänger" in einer großen Rede gefordert hatte.

So läßt sich die beschlossene Politik, die Fortsetzung der „Bündnistreue" unter Versuchen, selbst einen verstärkten Einfluß zu gewinnen, ohne grundsätzliche Probleme mit der Beschlußlage der Partei fortführen.

# Ein gefundenes Fressen?

## Der „Killer von St. Pauli", die Springer-Presse und die Wahl

von HELMUT WEISS

„Ein Kronzeuge erschießt seinen Staatsanwalt". — Mit diesen Worten kommentierte die Hamburger „Zeit" den Tod von Mucki Pinzer, seiner Frau und Staatsanwalt Bistry.

Konstallation und Tatsachen sind zunächst einmal eindeutiger, als behördliche Nachrichtensperre und darauf aufbauend die reaktionäre, von der Springerpresse angeführte Hetzkampagne glauben machen möchten.

1. Tatsache ist, daß Pinzer seine Tat nur deshalb ausführen konnte, weil er die Sonderrechte eines Kronzeugen der Anklage genoß. Von daher erscheint es besonders verlogen, wenn ausgerechnet jene politischen Kräfte, die am meisten für „law and order" und eben auch für die offizielle Einführung von V-Leuten, Kronzeugen usw. eintreten, nun eine Kampagne gegen die Laschheit sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, wie das dann so vornehm genannt wird, initiieren.

2. Tatsache ist ebenfalls, daß genau jene Polizeiabteilung, die im Mittelpunkt der Vorfälle steht, die Fachdirektion 65 (zur Bekämpfung organisierter Kriminalität) eine jene Sondertruppen ist, die der SPD-Senat (in Person des damaligen und nun wieder jetzigen Innensenators Pawelczyk) in größter Übereinstimmung mit der CDU-Opposition gründete.

3. ist schließlich Tatsache, daß das einzige echte „Personenopfer" das im Zuge der Ereignisse gebracht wurde, die so gut wie nicht beteiligte frühere Justizsenatorin Leithäuser war, die, wie weit auch immer zu Recht, als Repräsentantin des „reformierten Strafvollzugs" zurücktreten mußte.

Das sind die Tatsachen, doch daneben gibt es noch drei andere Dinge, die im Verlauf der bisherigen Ereignisse eine Rolle spielen. Das erste sind die Maßnahmen der verschiedenen Behörden, das zweite die Welle von Spekulationen — nicht zuletzt durch die behördlichen Maßnahmen erst ermöglicht und das dritte schließlich ist die Vorgeschichte der jetzigen Entwicklungen. Alles zusammen ergibt dies den Stoff, aus dem reaktionäre Kampagnen geschmiedet werden.

Von den behördlichen Maßnahmen ragen vor allem zwei heraus. Die Verhaftung der Rechtsanwältin Pinzners, mit der sofort eine Kampagne gegen Rechtsanwälte überhaupt gestartet wurde, die sich allesamt beim Mandantenbesuch „absonden" lassen mußten. Eine Festnahme überdies, die ihrerseits Grund für Nachfragen bietet: Die Aussagen eines Mitgefangenen Pinzners, aufgrund derer die Festnahme erfolgt sein soll, wurden genau zur selben Zeit gemacht, zu der die Festnahme bereits erfolgte, am Abend des 8. August. Der Haftbefehl enthielt keinerlei Angaben zu Beweismitteln. Gekrönt wurde diese Vorgehensweise von der zweiten Maßnahme, einer zumindest teilweisen Nachrichtensperre.

Teilweise Nachrichtensperre, das bedeutet konkret: Es wurde mitgeteilt, daß Verdacht auf Drogeneinschmuggel besteht, sonst aber nichts. Und so wird erst Raum geschaffen für die entsprechende Kampagne von „Bild" und Co. Die vermeldeten Tatsachen lassen sich so erst recht in der üblichen, üblen Mischung aus Sexismus („Die Sexbombe" und Blutarien (serienweise Mordgeständnisse) eingebettet in Reeperbahn-Flair zusammenmischen. Der Gossenjournalismus feiert Triumphe, weit über die Springer-Blätter hinaus, die seine Speerspitze darstellen.

Die Vorgeschichte: Zweierlei wiederum. Seit langem ist der Hamburger Strafvollzug, vor allem ob der Regelungen zum Hafturlaub, Ziel einer Kampagne der Rechten, die die Sachlage so darstellen möchte, daß allzu großzügige Regelungen zu immer neuen Straftaten führen. Da werden statistische Zahlen so zurechtgebogen, wie es paßt, absolut bedeutungslose Fälle aufgebauscht, kurz: alle bekannten Register solcherart Kampagnen gezogen. Die Sehnsucht nach Zuchthäusern und Heimweh nach „Santa Fu", dem einst berüchtigsten Zuchthaus der BRD scheinen da durch. (Denn auf die Abschaffung dieser Spitzen ganzer Eisgebirge beschränkte sich faktisch die reale Bedeutung der Strafvollzugsreform).

Der zweite Teil der Vorgeschichte ist wesentlich jüngeren Datums: Der Tag des sogenannten „Hamburger Kessels". Null Konsequenzen damals — handelte es sich doch nur um solch zweitrangige Dinge wie Masseneinkesselung von Demonstranten. Jetzt dafür: Pawelczyk kehrt zurück. Seit langem der Repräsentant der Hamburger „eisernen" Rechtsfraktion in der SPD und sicherlich in Polizeifragen mit der CDU koalitionsfähig.

Die CDU wittert, mit eben der Unterstützung der Pressekampagne, für die kommende Bürgerschaftswahl in gewissem Umfang Morgenluft, mit einer erfolgreichen „law-and-order"-Kampagne. Die SPD setzt ganz offensichtlich dagegen: auf das gleiche Pferd.

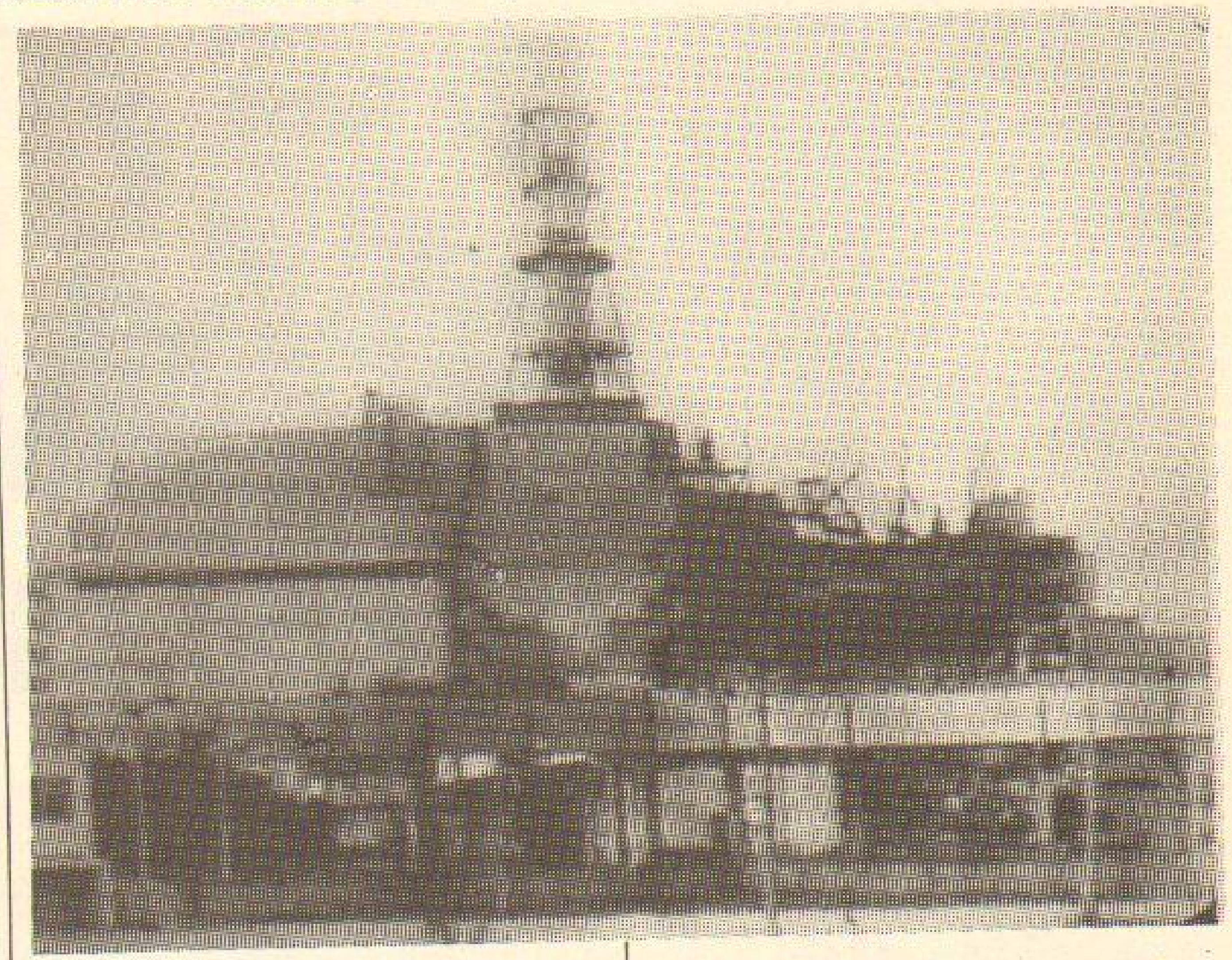
Hamburg war in den letzten Jahren mehrfach eine Hochburg von Enthüllungen, die die —verschiedenartigste — Zusammenarbeit von Polizei und Banden an die Öffentlichkeit brachten, zumindest ansatzweise. Beim Wegkehren solcher Vorfälle blieben auch Tote auf der Strecke. Das ist der Grund, auf dem die Kronzeugentaktik aufgebaut wurde.

Was immer auch an Erkenntnissen in diesem Zusammenhang noch an die Öffentlichkeit kommen wird, was immer auch hinter dem Vorhang der Nachrichtensperre für Erklärungsvarianten ausgearbeitet werden, es bleibt die Tatsache, daß es die Behandlung Pinzners als Kronzeuge war, die überhaupt erst die Möglichkeit für das Zustandekommen dieser letzten Bluttat schuf. Dabei sind die Motive zweitrangig, selbst wenn Pinzner konkrete und dann gebrochene Versprechen gemacht worden sein sollten. Die Ereignisse um Pinzner sind Ergebnis eben jener Art Politik, die jetzt verstärkt eingefordert wird.

# Augen zu und durch

## Sowjetischer Tschernobyl-Bericht

von KARIN WAGNER



Der Bericht, den die sowjetische Expertenkommission jetzt über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vorgelegt hat, ist in mehrfacher Hinsicht erschreckend. Erschreckend sind zum einen die Hinweise auf das Ausmaß der Katastrophe, die man diesem Bericht entnehmen kann — die Tatsache etwa, daß praktisch der gesamte europäische Teil der Sowjetunion mit rund 75 Millionen Menschen ganz konkret durch Tschernobyl bedroht war und ist. Zum ersten Mal gibt die sowjetische Führung in diesem Bericht auch Einschätzungen über die Folgen der atomaren Verseuchung von Tschernobyl. 4750 Menschen, so die Schätzung der Autoren des Berichts, werden in den nächsten Jahren an den Folgen der Strahlen sterben. Das ist eine Zahl, die mit Sicherheit sehr wenig verläßlich und denkbar niedrig angesetzt ist. Zumal über die Langzeitfolgen und generelle gesundheitliche Schäden gar nichts gesagt wird.

Erschreckend ist aber auch, was dieser Bericht über die Mängel bei der Bekämpfung der Katastrophe ans Tageslicht bringt (z.B. dauerte es 37 Minuten, bis der Rettungsdienst alarmiert war). Noch schlimmer: Wie vor allem in den ersten Tagen bedenkenlos Leben und Gesundheit von Tausenden und Abertausenden aufs Spiel gesetzt wurden, weil die sowjetische Führung das wahre Ausmaß der Katastrophe nicht bekanntgeben wollte. So stand z.B. bereits am 3.5.86 fest, daß der 925 qkm große Stausee, der Kiew mit Wasser versorgt, in höchstem Maße mit Jod 131 verseucht war. Gewarnt aber wurde niemand.

Am erschreckendsten aber ist sicher, daß die sowjetischen AKW-Betreiber, genauso wie ihre westlichen Kollegen, auch nicht eine Sekunde den Gedanken in Erwägung gezogen haben, als Konsequenz aus Tschernobyl die AKWs abzuschalten. Stattdessen werden die auch bei uns üblichen Erklärungsmuster für die Katastrophe präsentiert, die vor allem den Zweck haben, der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu hämmern, daß es keine grundsätzlichen Probleme bei der Gewinnung von Atomenergie gibt.

Da wird vor allem „erklärt", „grobes menschliches Versagen" sei die Ursache der Katastrophe. Im Anhang zum Bericht der Expertenkommission ist dann allerdings auch die Rede von Schwächen im Sicherheitssystem. Und ein Autor des Berichts, Walerij Legassow, geht in einem Interview mit dem „Spiegel" so weit, zu erklären, daß er schon immer Bedenken gegen den Reaktortyp von Tschernobyl hatte.

Wobei Legassow die grundsätzliche Schwachstelle dieser Sicherheitslogik an anderer Stelle des Interviews selbst deutlich macht, wenn er sagt: „Die Sicherheitssysteme von Atomkraftwerken und anderen Bereichen sind so organisiert: Zuerst gibt es das Projekt, dann zeigen sich schwache Stellen. Um diese zu beseitigen, schafft man zusätzliche Sicherheitssysteme. Dann ergeben sich neue Schwachpunkte. Und wiederum Sicherheitssysteme." Was Legassow nicht dazu sagt, ist, daß dieses trial-and-error-Verfahren auf dem Gebiet der Atomenergiepolitik lebensgefährlich ist. Denn in Kauf zu nehmen, daß immer neue Schwachpunkte auftreten, bedeutet nichts anderes, als den nächsten GAU in Kauf zu nehmen.

# NRW — Volksbegehren gegen Atomanlagen

Am 8. September wollen die Initiatoren des Volksbegehrens gegen Atomanlagen in NRW den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens der Landesregierung vorlegen. 3000 Unterschriften für diesen Antrag sind gesetzlich vorgeschrieben, 100000 Unterschriften waren nach Angaben der Initiatoren Mitte August gesammelt. Die SPD-Führung hatte Anfang August in einem parteiinternen Papier gegen das Volksbegehren, das auch von den Jusos in NRW unterstützt wird, mobil gemacht und gefordert, daß sich kein Sozialdemokrat „an dieser irreführenden Aktion der politischen Konkurrenz beteiligen sollte." Indirekt wurde Unterstützern sogar mit Parteiordnungsverfahren gedroht. Erfreulicherweise ließen die Jusos sich aber nicht irremachen und blieben im Trägerkreis.

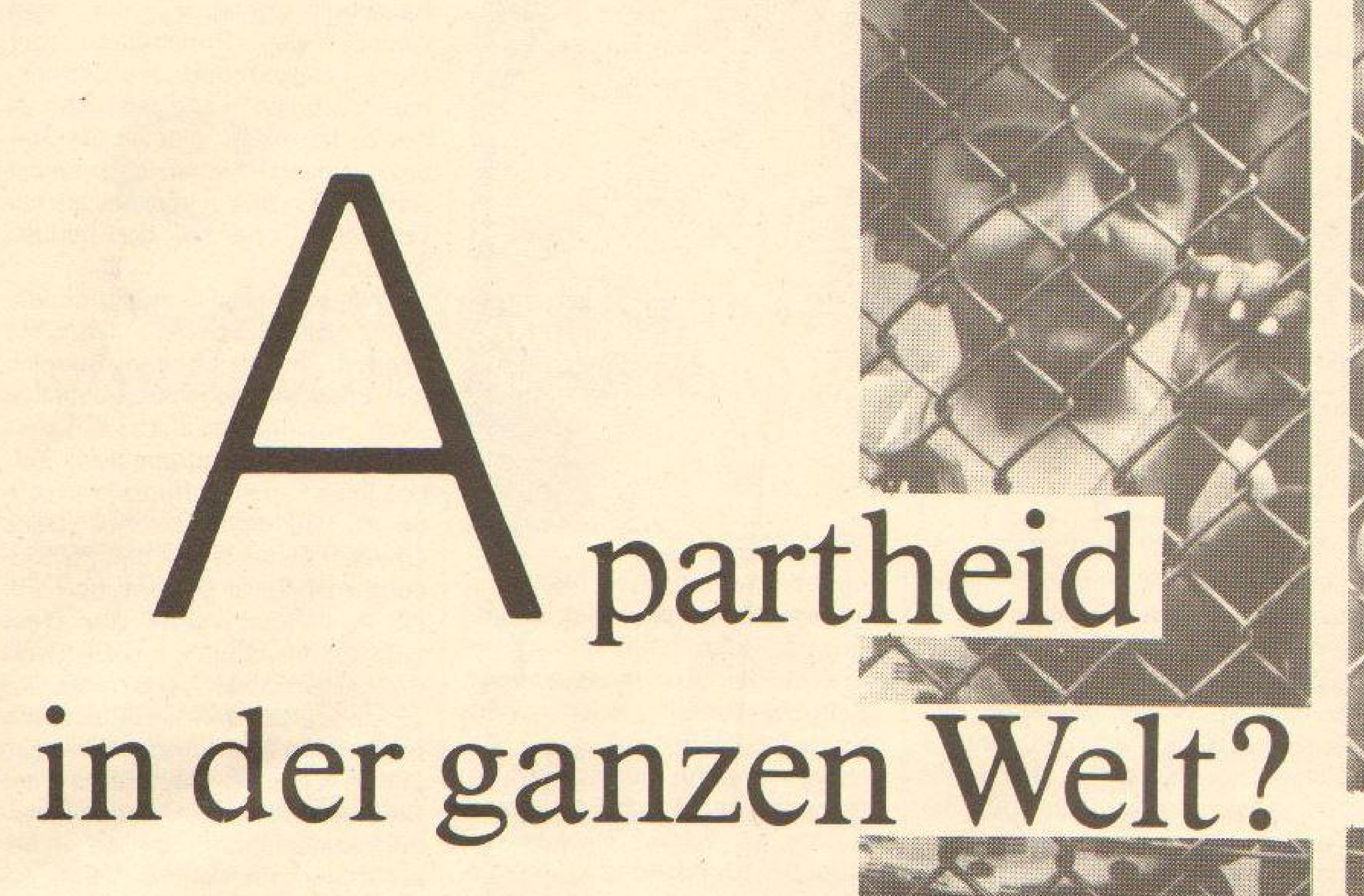
Diese Hetze der SPD gegen die Aktion Volksbegehren macht es natürlich nicht gerade wahrscheinlicher, daß die Landesregierung das Volksbegehren zuläßt. In dieser Beziehung hatten die Initiatoren allerdings von Anfang an die Einschätzung, daß nur massiver öffentlicher Druck hier etwas ausrichten könnte. Um so unverständlicher ist, daß die gesamte 1. Phase dieser Aktion Volksbegehren faktisch in den Sommerferien in NRW liegt, wo der Mobilisierung und der öffentlichen Diskussion erhebliche Grenzen gesetzt sind. Örtliche Trägerkreise und andere Gruppen wie z.B. die Initiative NRW-Gewerkschafter/innen für die Stillegung aller Atomanlagen hatten deshalb massive Kritik an der Terminplanung der Initiatoren geübt und einen späteren Abgabetermin für den Zulassungsantrag gefordert. Allerdings ohne Erfolg.

Nun ist also erst einmal die Landesregierung NRW am Zug. Lehnt sie den Antrag ab, werden die Initiatoren vor das Landesverfassungsgericht in Münster gehen. Es ist dann mit einem langwierigen juristischen Verfahren zu rechnen. Stimmt die Landesregierung zu, dann beginnt die zweite Phase, das eigentliche Volksbegehren, bei dem sich innerhalb von 14 Tagen 2,5 Millionen Wahlberechtigte für einen Volksentscheid aussprechen müssen. Zur Vorbereitung dieser Phase ist am 13.9.86 eine landesweite Aktionskonferenz geplant.

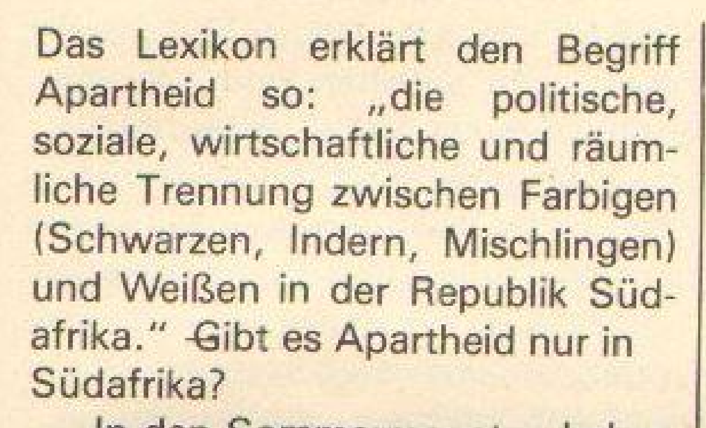
# Stur



Nach dem Brand vor wenigen Wochen nun die Überflutung der Reaktorblöcke 1 und 2 im AKW Cattenom. Es ist das gleiche Trauerspiel wie auch bei verschiedensten deutschen AKWs, die bereits vor ihrer Inbetriebnahme ihre (Un-)Sicherheit durch zahllose Pannen unter Beweis stellten. Die CDU ficht das allerdings alles nicht an. Cattenom entspricht deutschen Sicherheitsansprüchen, hat der Kanzler erklärt. Was kann dann also noch schiefgehen?



# Apartheid in der ganzen Welt?



Das Lexikon erklärt den Begriff Apartheid so: „die politische, soziale, wirtschaftliche und räumliche Trennung zwischen Farbigen (Schwarzen, Indern, Mischlingen) und Weißen in der Republik Südafrika." Gibt es Apartheid nur in Südafrika?

In den Sommermonaten haben die CDU/CSU-Politiker Strauß, Zimmermann, Geißler und Kohl ihre Propaganda-Trommeln gerührt. Sie wollen das System der Apartheid über die ganze Welt ausdehnen. Genau wie in Südafrika teilen sie die Welt in die Gebiete der armen Farbigen und der reichen Weißen auf. Eine Minderheit von reichen Weißen bestimmt darüber, was die armen Farbigen machen dürfen. Arme Farbige dürfen sich nur in den Gebieten ihres gleichen aufhalten, nicht aber die Länder der




reichen Weißen betreten. Sollten sie es dennoch tun, trifft sie der geballte rassistische Zorn. Sie werden als Schmarotzer und Untermenschen beschimpft, die die Existenz der reichen Weißen bedrohen und sofort wieder vertrieben werden müssen ...

Die Rede ist von den politischen Flüchtlingen, die auch als Asylanten bezeichnet werden. Ein scheußliches Wort — klingt nach: „Simulant" und „Bummelant".

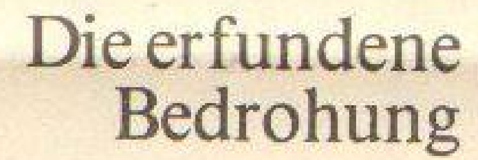
## Die Realität auf den Kopf gestellt

Es ist erst 41 Jahre her, da waren 800000 Deutsche auf der Flucht. Sozialdemokraten, Kommunisten, Antifaschisten und Juden flohen vor den KZs der Hitler-Diktatur und suchten im Ausland politisches Asyl. Millionen Menschen mußten in Folge des Krieges ihre Heimat als Flüchtlinge verlassen und fanden in der Fremde eine neue Bleibe. Haben wir all das vergessen? Nur weil wir heute in mehr Wohlstand leben als die Mehrzahl der Menschen in der Welt?

Für deutsches Kapital und deutsche Waren werden alle Grenzen niedergerissen. DM-Fluten dürfen Europa und die Welt überschwemmen. Aber umgekehrt macht die Bundesregierung die Grenzen dicht, wenn Menschen aus anderen Ländern kommen. Wohlgemerkt ausgerechnet gegen Menschen.

Die Bundesregierung behauptet stets, ein Musterschüler der europäischen Integration zu sein. Von einem Europa ohne Grenzen ist die Rede. Jeder Urlauber empört sich zu Recht über die langen Schlangen und Kontrollen an der Grenze. Doch geht es um politische Flüchtlinge, wird das Mittelalter wieder aktuell. Die BRD als große Festung mit Wassergräben und hochgeklappten Brücken an den Grenzen?

Als die Mauer in der DDR gebaut wurde, schrieen Politiker wie Strauß und Zimmermann: Die Mauer muß weg. Heute sind die gleichen Politiker plötzlich froh, daß es die Mauer gibt. Am liebsten würden sie ihre eigenen Baukolonnen losschicken, um „die Löcher in der Mauer zu schließen", weil die DDR es nicht macht. Hat man über den Begriff „antifaschistischer Schutzwall" noch gelacht, so ist heue ein „Schutzwall gegen Kanaken" entdeckt ...



## Die erfundene Bedrohung

Niemand kann bestreiten, daß die Zahl der Flüchtlinge gegenüber dem vergangenen Jahr gestiegen ist. Um dies zu verstehen, brauchen wir uns nur die Tagesschau anzusehen: Krieg zwischen Iran und Irak, Bürgerkrieg im Libanon, Völkermord an den Tamilen auf Sri Lanka, blutige Unterdrückung der Opposition in Ghana, Folter in der Türkei ...

Dennoch gehört die Bundesrepublik zu den Ländern, die am wenigsten Flüchtlinge aufnehmen. Nach Angaben der UNO gibt es nur 126600 Flüchtlinge bei uns, 0,2 Prozent der Bevölkerung. Ungleich ärmere Länder nehmen erheblich mehr Flüchtlinge auf: der Sudan 690000 (3,4 Prozent der Bevölkerung), Somalia 700000 (13,2 Prozent der Bevölkerung). — Haben Sie schon einmal eine Welle von 0,2 Prozent gesehen, die einen Deich von 99,8 Prozent überflutet?

Die „Asylantenflut, in der wir alle zu ersaufen drohen" ist reine Erfindung. Genauso wie die Zeltunterkünfte nicht notwendig sind. Mehrere Wohlfahrtsverbände haben inzwischen nachgewiesen, daß genügend anderer Wohnraum für Asylbewerber vorhanden ist. Westberlin wäre schließlich aus den Schlagzeilen, wenn alle Grenzübergänge für politische Flüchtlinge erreichbar und offen sind.

Das allerdings widerspricht dem politischen Kalkül der Neonationalisten und Neorassisten, die das „Asylanten-Gespenst" an die Wand geschmiert haben. Sie lügen weiter: Politische Flüchtlinge sind eine Bedrohung und Belastung. Die Betroffenen, die ohne Menschenrechte in Sammellagern zusammengepfercht wurden, sagen dazu, daß es Hunden in Deutschland eindeutig besser geht. Rechtsanwalt Freckmann, Rechtsberater für ausländische Flüchtlinge, erklärte: „Nachdem sie (die Flüchtlinge) auf der Flucht vor physischer Zerstörung zu uns gekommen sind, zerstören wir sie psychisch."

## Grundrecht außer Kraft

Die Bundesrepublik rühmt sich gerne damit, daß sie das liberalste Asylrecht der Welt besitzt. Ginge es nach Strauß, Kohl und Geißler, wäre dieses Grundrecht, daß auch heute nur auf dem Papier steht, längst gestrichen oder geändert.

Was nützt der Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", wenn die betroffenen Menschen nicht die Möglichkeit haben, die Grenzen der Bundesrepublik zu erreichen? Das ist durch die Ausweitung des Visum-Zwangs aber inzwischen der Fall!

Was nützt dieses Grundrecht, wenn Bundesverwaltungsrichter entscheiden: Folter, wie in der Türkei, oder Völkermord an Minderheiten, wie den Tamilen auf Sri Lanka, ist kein hinreichender Grund, für die Anerkennung als politischer Flüchtling? — Experten sind sich einig: Die aufständischen Juden aus dem Warschauer Getto hätten nach geltender Rechtssprechung bei uns kein Asyl bekommen!

Schlimmer noch: Laut Genfer Konvention, die die BRD unterzeichnet hat, darf ein Ausländer „nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist." Dieses international geltende Menschenrecht will Innenminister Zimmermann brechen, indem er pauschal für die Personengruppen aus Indien, Ghana, Bangladesch und Pakistan die Abschiebung fordert.

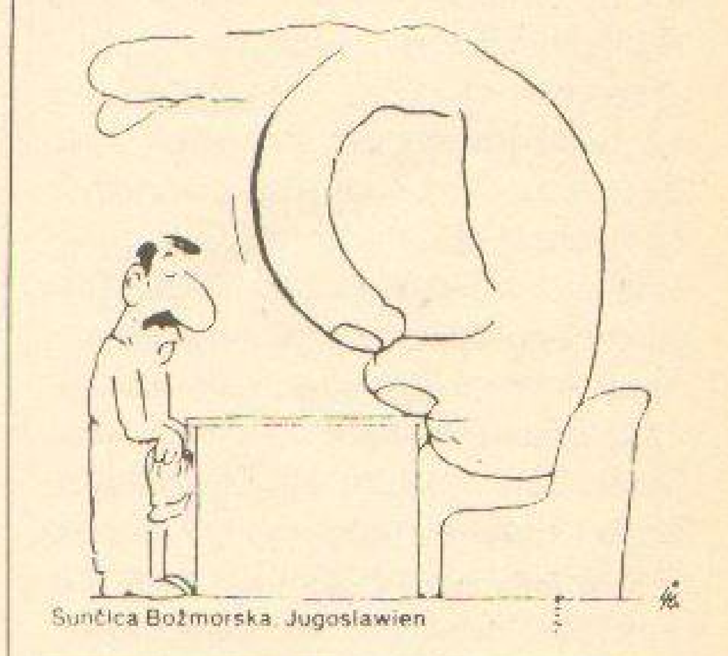
## Elefanten im Porzellanladen

Das eigentliche Problem liegt nicht bei den 100000 Flüchtlingen, sondern in der erschreckenden Tatsache, daß einer neuer deutscher Nationalismus und Rassismus hochkommt. Heute sind die politischen Flüchtlinge dran. Morgen werden es wieder einmal unsere türkischen Kollegen und Nachbarn sein. Und danach bist du an der Reihe: die deutschen „Schmarotzer" — die „Doppelverdiener", die deutschen „Drückeberger" — die Arbeitslosen ... Haß läßt sich gegen jede und jeden schüren, den Nutzen haben die reaktionärsten Elemente in dieser Gesellschaft.

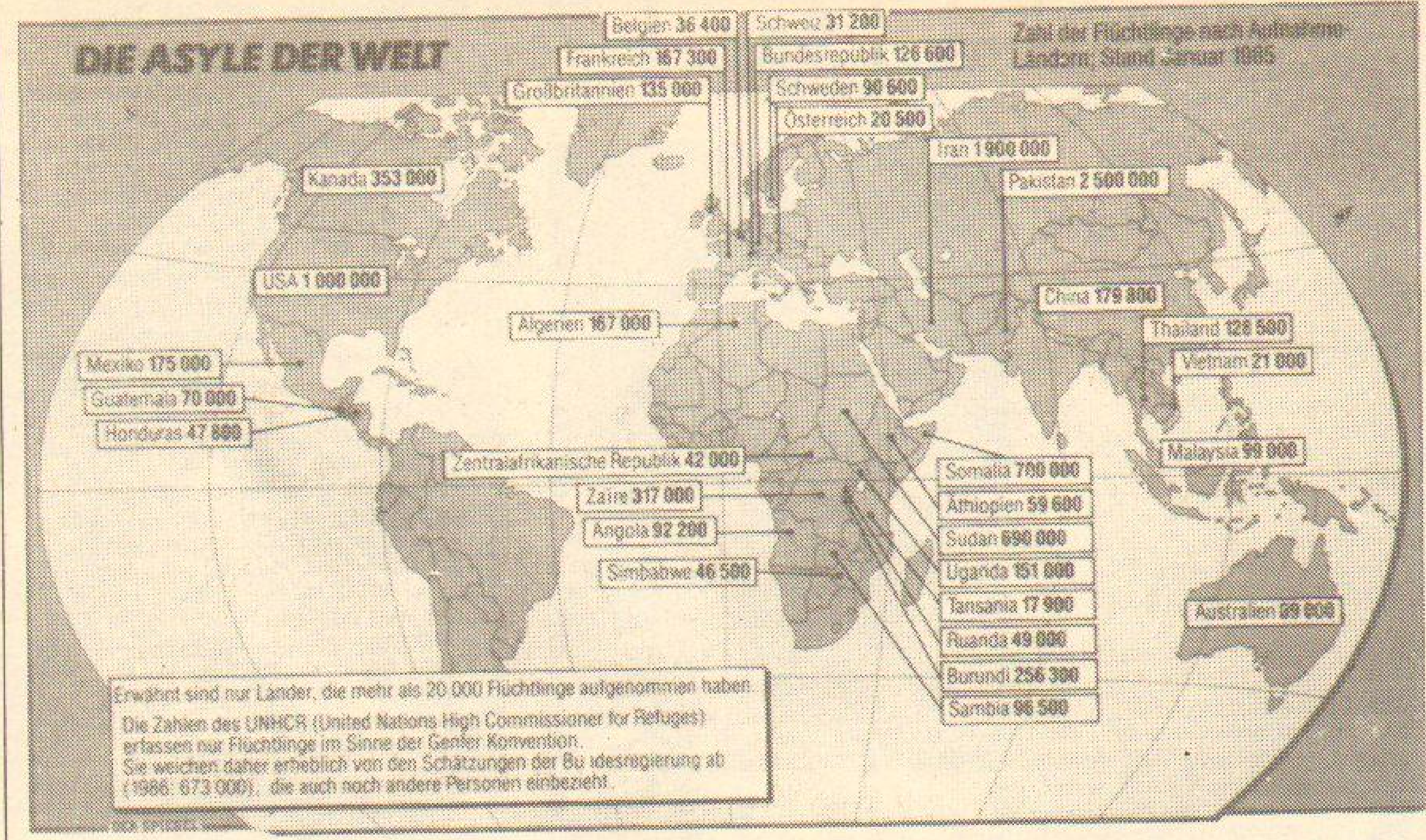
Wer in der heutigen Welt als engstirniger Nationalist leben will, der gleicht einem Geisterfahrer auf der Autobahn! — in der Ausländer- und Asylpolitik ist schon zuviel Porzellan zerschlagen worden. Die rassistischen Trampeltiere müssen endlich aus dem Porzellanladen verschwinden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß das System der Apartheid auf die ganze Welt ausgeweitet wird.

Allen Menschen, die um politisches Asyl bitten, muß ein Aufenthaltsrecht garantiert werden. Abschiebungen sind generell zu verbieten. Der Visa-Zwang muß wieder aufgehoben werden. Die politischen Flüchtlinge müssen aus den Sammellagern heraus und menschenwürdigen Wohnraum bekommen. Die Einschränkung ihrer Freizügigkeit muß genauso wie das Arbeitsverbot aufgehoben werden. Ausländer und Deutsche — gleiche Rechte!

**Denken wir immer daran: Vor 41 Jahren waren es 800000 Deutsche, die im Ausland Asyl suchen mußten!**




Hinweis: Dieser Text liegt auch als KPD-Flugblatt vor.




# Das kleine Flüchtlings-abc

**Um dem interessierten Leser die Möglichkeit zu geben, sich in der recht verwirrenden Asyldebatte noch zurechtzufinden, haben wir uns bemüht, zu den wichtigsten Stichpunkten Fakten, Argumente und politische Einschätzungen zusammenzutragen, die so abgefaßt sind, daß sie für Flugblätter oder Zeitungen gerne übernommen werden können.**

von JÜRGEN TOBEGEN

## „Flüchtlingswellen" — die von Rassisten erfunden werden

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß die Zahl der politischen Flüchtlinge aus dem Iran, dem Libanon, Sri Lanka oder Ghana im letzten halben Jahr angewachsen ist. Die politischen Verhältnisse in diesen Ländern lassen den Menschen keine andere Wahl. Wobei darauf hinzuweisen ist, daß die BRD als einer der wichtigsten Waffenhändler für die Gegner im Golfkrieg wesentlich zu den Umständen von Flucht und Vertreibung aus dem dortigen Kriegsgebiet beiträgt, genauso wie durch die Unterstützung der Militärdiktatur in der Türkei ...

Uns soll es hier um die „bedrohliche Flüchtlingswelle" gehen, die aus all dem zimmermanntiert wird. Sie verdient es, genauer hinterfragt zu werden.

Ein Blick auf die offizielle Statistik der UNO verpflichtet eigentlich jeden von uns zu peinlichem Schweigen. Wie kann es sich ein reiches Land wie die BRD leisten, nur 126600 Flüchtlinge aufzunehmen? Von den 31 Staaten, die über 20000 Flüchtlinge aufgenommen haben, liegt die BRD gerade einmal an 16. Stelle. Bezogen auf den Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung gehört die reiche BRD zu den Schlußlichtern mit nur 0,2 Prozent weit hinter ärmeren Ländern wie dem Sudan (3,3 Prozent) oder Somalia (13,2 Prozent) ...

Ganz anders argumentiert Zimmermann. Er behauptet, im ersten Halbjahr 1986 hätten 42000 einen Antrag auf Asyl gestellt. Diese Zahl wird nach Schätzungen des Innenministeriums bis Jahresende auf voraussichtlich 100000 anwachsen. Diese Zahl ist den 673000 Flüchtlingen hinzuzurechnen, die bereits hier leben, wovon 270000 „De-facto-Flüchtlinge" sind. (Zeitschrift: „Innenpolitik-Informationen des Bundesministeriums des Innern.")

Beginnen wir mit der ersten Zahl. Sie soll die Neuzugänge an Flüchtlingen, die schon länger hier leben und deren Asylantrag schon einmal abgelehnt wurde. Ein Großteil der neuen Asylanträge von Menschen aus dem Iran, Afghanistan, Libanon und Polen ist ferner ebenfalls nicht mit einem Neuzugang verbunden gewesen. Das heißt, diese Menschen haben auch bereits 1985 hier gelebt. Ihnen wurde dies auch ohne Asylantrag gestattet, weil bis Jahresbeginn 86 für Flüchtlinge aus Krisengebieten ein sogenanntes Aufenthaltsrecht auch ohne Asylantrag bestand. Dieses Recht wurde gestrichen, was natürlich die Zahl der Bewerber um Asyl ansteigen läßt.

**10 Personengruppen stellen 88 % der Asylbewerber**
(Stand: 1. Januar bis 30. Juni 1986)

| Herkunft | Asylsuchende | | Anerkennungsquote |
|---|---|---|---|
| | Zahl | in % | in % |
| Libanesen und Palästinenser | 8 900 | (21.1) | 0.4 |
| Iraner | 7 700 | (18.2) | 49.0 |
| Türken | 4 400 | (10.4) | 7.5 |
| Polen | 3 900 | ( 9.3) | 19.0 |
| Inder | 3 300 | ( 7.9) | 0.0 |
| Ghanaer | 3 100 | ( 7.3) | 0.3 |
| Personen aus Sri Lanka | 1 900 | ( 4.4) | 6.1 |
| Afghanen | 1 500 | ( 3.6) | 72.0 |
| Pakistaner | 1 400 | ( 3.3) | 2.3 |
| Personen aus Bangladesch | 1 400 | ( 3.3) | 0.3 |

Über die zweite Zahl 100000 läßt sich erst zum Jahresende befinden, heute tut man gut daran, sie als Zweck-Schätzung zu behandeln. Regelrecht kriminell wird es, wenn wir die angsterzeugende Zahl von 673000 Flüchtlingen hinterfragen. Kirchliche Organisationen, die Flüchtlinge betreuen und selbst von maximal 250000 Flüchtlingen sprechen, die legal oder illegal, mit oder ohne Asyl bei uns leben, verweisen auf drei Manipulationen, mit denen das Haus Zimmermann arbeitet.

1. In der Statistik werden die Asylbewerbern belegen. Tatsächlich ist es aber die Zahl der neuen Asylanträge, die im ersten Halbjahr beim Bundesamt in Zirndorf eingingen.

Ein Zehntel der 86 in Zirndorf gestellten Anträge sind aber sogenannte Folgeanträge, Anträge von „heimatlosen Ausländer" mitgerechnet, die zum Teil schon seit 40 Jahren in der BRD leben. 2. Mitgerechnet wurde ein Teil der Menschen, die in den fünfziger und sechziger Jahren aus den Ländern Osteuropas flüchteten. 3. Für die Gesamtstatistik wird die Zahl der Asylbewerber kurzer Hand mal drei genommen, um auf diese Weise die Familienangehörigen zu erfassen. In Rheinland-Pfalz wird die Statistik gar mit 5 manipuliert. Die kirchlichen Organisationen weisen hingegen darauf hin, daß ein erheblicher Teil der Asylberechtigten ohne Familienangehörige geflohen ist. Familienangehörige, die mit auf der Flucht sind, stellen in der Regel eigene Asylanträge. Sie werden in der Statistik als Asylbewerber gezählt und nach Innenminister-Art abermals verdreifacht.

## Wirtschaftsflüchtlinge, die es nicht gibt

Sie werden auch als „Fahnenflüchtlinge" oder „Scheinflüchtlinge" beschimpft. Fast jeder gibt vor, sie zu kennen, doch wer sind diese Menschen, „in deren Flut wir angeblich zu ersaufen drohen?"

Ein Blick auf die Statistik der Asylbewerber führt uns der Antwort näher. Für auffallend viele Länder aus Asien und Afrika liegt die Anerkennungsquote deutlich unter 10 Prozent, oft unter 1 Prozent. Darunter die Länder, über die heute in der Asyldebatte am heftigsten gestritten wird: Indien, Ghana, Bangladesch, Libanon, Pakistan, Sri Lanka und die Türkei. Es sind alles Länder, in denen politische Unterdrückung, Verfolgung, Folter oder Bürgerkrieg herrschen. Dennoch erklären Bundesregierung und Bundesverwaltungsgerichtshöfe für diese Länder pauschal: Es gibt keine politisch Verfolgten. Also müssen es nach herrschender Logik „Scheinasylanten" oder „Wirtschaftsflüchtlinge" sein.

Hinzu kommt, daß sich der Typ des politischen Flüchtlings verändert hat, so daß die Rassisten-Lügen in der Bevölkerung leichter geglaubt werden. In früheren Jahrzehnten wurde das Bild des politischen Flüchtlings durch den Intellektuellen im Exil geprägt. Die Menschen aus Sri Lanka, Ghana oder dem Libanon, die heute zu uns fliehen, entsprechen ganz und gar nicht diesem Klischee. Es sind keine prominenten Oppositionspolitiker, keine nahmhaften Schriftsteller oder Künstler. Sie stammen oft nicht einmal aus der Mittelschicht, sondern sind Analphabeten aus den Slums, auf der Flucht vor Verfolgung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Not in ihrer Heimat. In den Flüchtlingsbewegungen, die die Welt heute erlebt, läßt sich an Hand objektiver Kriterien keine Trennung in politische Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge vornehmen. Die Trennungslinien, die die öffentliche Debatte bei uns beherrschen, wurden künstlich und aus politischer Absicht gezogen. Sie stammen aus dem Arsenal rassistischer Ideologie und Hetze. Der sogenannte „Wirtschaftsflüchtling" ist Ergebnis imperialistischer Außenpolitik. Sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge" gibt es immer nur in den Ländern, in denen imperialistische Staaten wie die BRD oder die USA ihr schmutziges Geschäft der Ausbeutung und Unterdrückung betreiben.

## Kriminell sind nicht die Flüchtlinge, sondern die Verhältnisse, in denen sie leben müssen

Um die Bedrohung, die angeblich für jedermann und -frau von den Flüchtlingen ausgehen soll, perfekt zu machen, reicht den Rassisten die Hetze vom „drohenden Dammbruch", der „Überflutung" und „Überfremdung" nicht aus. Der Flüchtling braucht auch ein mediengerechtes, abschreckendes Äußeres. Im Lummer-Zimmermann-Deutsch ist der Flüchtling ein Rauschgift-Container, der zum Zwecke der Prostitution, der Mafia-Tätigkeit und des Terrorismus in „unser" Land reist. Um all das zu beweisen, gibt es die Statistik, in der die Kriminalitätsrate der Asylanten höher ausfällt als die der Deutschen und die der übrigen Ausländer.

Wie wird ein Flüchtling „kriminell"? Der „Spiegel" (25.8.86) nennt dafür ein treffendes Beispiel: Im niedersächsischen Goßlar halfen neun Flüchtlinge aus Sri Lanka einer Pfadpfindergruppe beim Aufbau ihres Ferienzentrums im Nachbarort Bündigheim. Als Dank erhielten sie dafür von den Pfadfindern einen Teller Erbsensuppe. Für die Ausländerbehörde war diese gute Tat allerdings kriminell. Einen Bußgeldbescheid über 80 Mark plus 15 Mark Gebühren und Zustellung mußten die Neun bezahlen wegen „unberechtigten Verlassens des Stadtgebietes". Ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen „Beschäftigungsaufnahme ohne Arbeitserlaubnis" ist noch anhängig ...

Doch es sind nicht nur diese Delikte, die ein Deutscher überhaupt nicht begehen kann, die die Statistik in die Höhe treiben. „Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die deutschen Lebensverhältnisse ist durch bewußt karge lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Er muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden. Eine Arbeitsaufnahme ist im Interesse abschreckender Zustände abzulehnen." Diese Anweisung der CSU an ihre Landräte vom 26. Juli 1978 ist inzwischen bundesweit, auch in SPD-regierten Bundesländern, zur Richtlinie in der Asyl-Politik geworden. Die Folgen dieser unmenschlichen Zwangskasernierung beschreibt ein Bericht der Caritas-Sozialberatung so: „Die psychische Auswirkung der Sammelunterkunftskonzeption auf Asylbewerber ist bedrohlich. Je länger Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern auf engstem Raum zum gemeinsamen Warten verurteilt sind, wenn dieses Warten vor allem über den Zeitraum von sechs Monaten hinausgeht, stellen wir folgende Erscheinungsformen fest: Labilität, Depressionen, totale Apathie, Verfolgungswahn, psychosomatische Krankheiten, Agressionen gegen andere Personen, gegen Sachen und Autoaggressivität, Streitereien auch wegen Kleinigkeiten, häufige Arztprobleme, offensichtlich auch wegen Belanglosigkeiten, Eheprobleme, Erziehungsprobleme, Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch und eine steigende Zahl von durchgeführten Abbrüchen, Äußerungen von Selbstmordabsichten ... Nach mehreren Monaten oder Jahren des Lageraufenthaltes sind Asylberechtigte nur sehr

schwer in der Lage, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen."

In Landshut traten 47 Iraner, Inder und Bengalen in den Sitzstreik, weil sie nicht in ein provisorisches Heim eingewiesen werden wollten. Ihre Begründung: „Im Iran haben die Gefängnisse größere Räume."

dennoch nicht." Und weiter in der Begründung: Der von Singhalesen beherrschte Staat versucht nur, „seine staatliche Einheit und seinen territorialen Bestand zu sichern". Gewalttaten, die „auf staatliche Herrschaftssicherung gerichtet" sind, dürfen aber — für sich betrachtet — nicht als politische Verfolgung eingeschätzt werden.

In der schleswig-holsteinischen 350-Seelen-Gemeinde Norstedt, die zwölf junge Pakistani beherbergt, klagte der Bürgermeister Johannes Hansen, daß „eine solche Gruppe nicht ins Dorf paßt" und sich vor allem im Schwimmbad störend bemerkbar macht.

***

Im Dorf Neurent im Bayerischen Wald versperrten die Einheimischen 60 Asylbewerbern, die in einem leerstehenden Gasthof unterkommen sollten, den Weg: „Wir wollen kein Bayerisch Kongo".

***

# Schandurteile im Auftrag der Rassisten

In kaum einer anderen Frage wird das Zusammenspiel zwischen reaktionärer Politik und Justiz so deutlich wie in der Asylpolitik. Wir wollen dies an zwei Beispielen verdeutlichen. 1980 putschten in der Türkei die faschistischen Militärs um General Evren. Die Zahl der politisch verfolgten Menschen aus der Türkei stieg sprunghaft an. Viele kamen, nachdem sie Folter und Terror bei der Verhaftung und in den Gefängnissen der Militärs ertragen mußten. Erschreckende Bilder der Folter gingen um die Welt.

Den ersten Asylanträgen wurde in der Regel schnell stattgegeben, oder die Antragsteller kamen im Widerspruchsverfahren in der ersten Instanz vor den Gerichten durch. Als die Zahl der Asylanträge „zu viel" wurde, schritt der Bundesverwaltungsrichter ein. In einem skandalösen Grundsatzurteil stellt er für die Türkei fest: „Werden im Ermittlungsverfahren Folterpraktiken angewendet, weil man etwa infolge unterentwickelter Kriminaltechnik in besonderem Maße auf Geständnisse angewiesen ist, so tragen derartige Übergriffe nicht aus sich heraus politischen Charakter" — auch dann nicht, wenn der Gemarterte wegen Verteilung einer verbotenen Zeitung verhaftet wurde, wie es in dem Grundsatzverfahren der Fall war.

Ähnlich der zweite Fall: das Tamilen-Urteil. Auf Sri Lanka tobt seit drei Jahren ein Bürgerkrieg der bisher schätzungsweise 8000 Tote gefordert hat. Die überwiegend hinduistischen Tamilen führen einen Guerillakampf gegen die singhalesische Armee, die Macht und Privilegien der buddhistischen Singhalesen schützt. Verschiedene Verwaltungsgerichte sprachen den Tamilen das begehrte Recht auf Asyl zu. So das Verwaltungsgericht Braunschweig, daß bei den singhalesischen Machthabern „eine Tendenz zum Völkermord" feststellte, „vergleichbar mit dem Verhalten der Nationalsozialisten gegenüber der jüdischen Bevölkerungsminderheit." Anfang dieses Jahres schritt dann der 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichtshofes, nach dem er mehrfach von damaligen Berliner Innensenator Lummer dazu aufgefordert war, ein und hob alle tamilenfreundlichen Urteile wieder auf. An die tausend Urteile der unteren Instanzen wurden bislang gekippt.

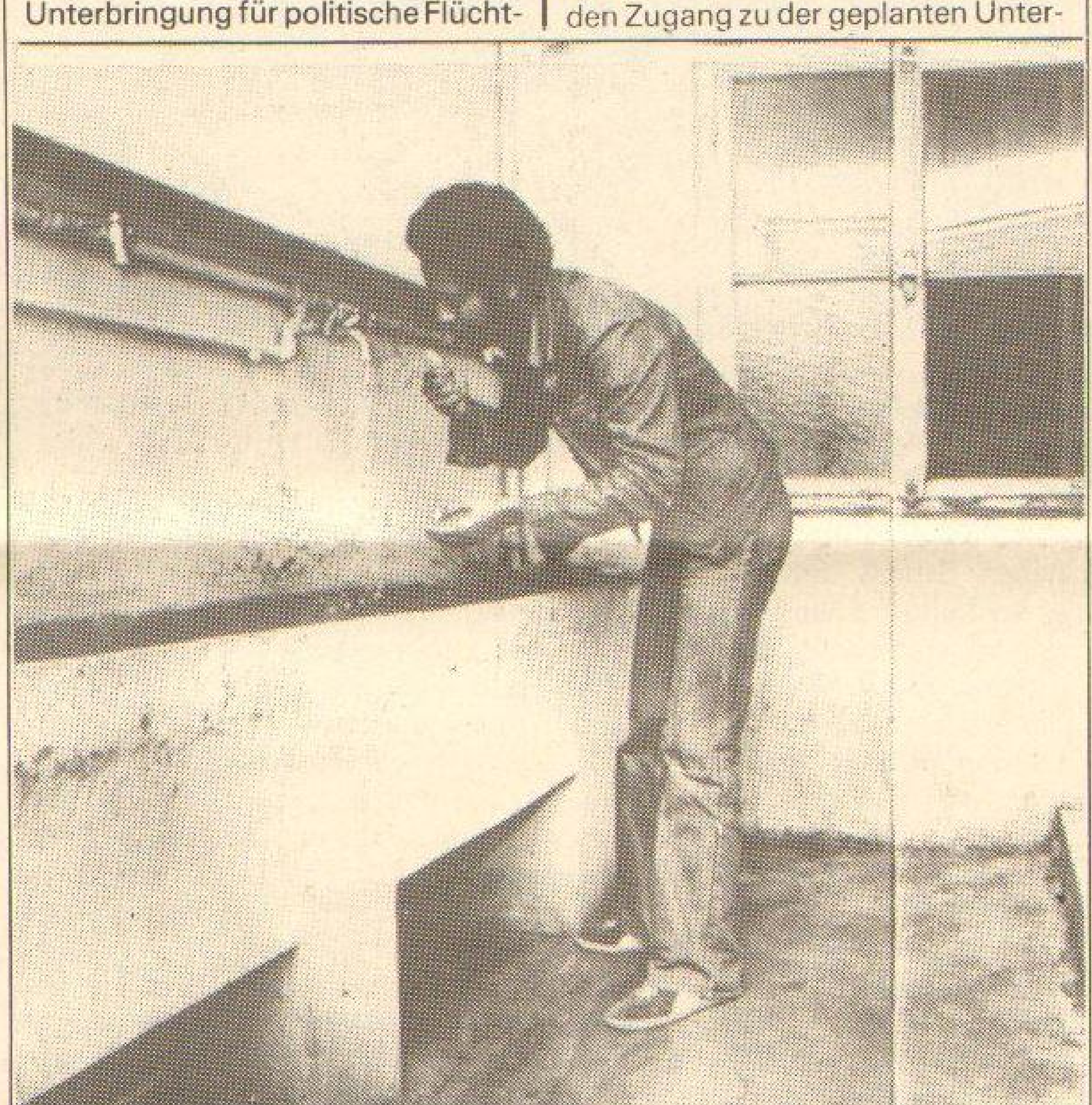
Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts heißt es: „Die besonders brutalen Vergeltungsaktionen der Streitkräfte erscheinen zwar in ihrer Überreaktion in besonderem Maße verabscheuungswürdig — politische Verfolgte im Sinne des westdeutschen Asylgrundrechts sind sie

# Lieblingsflüchtlinge

Auch der übelste Rassist hat ein Herz für Flüchtlinge — doch nur für seine „Lieblingsflüchtlinge". Franz Josef Strauß etwa wagte im Sommerloch den weitestgehenden Angriff auf das Asylrecht. Seiner Meinung nach darf das Grundrecht auf Asyl nicht mehr allgemein für alle gelten, sondern nur noch „nach Maßgabe der Gesetze". Das heißt: Im jeweiligen Fall entscheidet das Parlament/die Regierung darüber, ob Flüchtlingen aus einem Land Asyl gewährt werden soll oder nicht. Die Aufnahme von Asylbewerbern ist generell zu „kontingentieren". Politische Flüchtlinge aus „gewissen Ländern" der Dritten Welt (also Sri Lanka, Ghana, Libanon, Iran ...) sollen bereits an der Grenze abgewiesen werden (Einführung von Grenzrichtern). Blieben im Ergebnis nur noch die „Lieblingsflüchtlinge" von Strauß: aus den Ländern des Warschauer Vertrages. Bei ihnen handelt es sich nicht um „Wirtschaftsflüchtlinge", denn es sind per se alles „Freiheitskämpfer", die uns auch nicht „überfluten" oder „überfremden" können ...

Genau wie Strauß hat auch Zimmermann seine „Lieblingsflüchtlinge", die, legte man Zimmermannsche Richtlinien zu Grunde, keinen Anspruch auf Asyl hätten. Doch auch sie kommen aus dem „kommunistischen Machtbereich". Die Rede ist von den 30000 „Kontingent-Flüchtlingen", bekannt auch als „Boat-People". Zimmermann: „Wer möchte sich dem Schicksal eines vietnamesischen Kindes entziehen, das aus den Stürmen des südchinesischen Meeres kommt und mit großen Augen um Aufnahme bettelt?"

In der „Passauer Aktuellen Zeitung" gab der Vilshofener CSU-Bürgermeister Rainer Kiewitz ein Interview und ließ dabei seine rassistisch-faschistische Gesinnung nicht hinterm Berg. Beim Thema Unterbringung für politische Flüchtlinge fiel dem Rassisten ein, daß sich auch früher einmal Machthaber Lager ausgedacht hatten, wo sie bestimmte Personengruppen „konzentrieren" ließen: „Asylbewerber müssen an der Grenze gesammelt, ernährt und betreut werden. Dort wird die Spreu vom Weizen getrennt." „Übertriebene Menschlichkeit schadet den Interessen des deutschen Volkes". „Heute geben wir den Asylanten Fahrräder und morgen unsere Töchter". Auszubildenden, die umsonst ins Freibad möchten, empfiehlt der CSU-Bürgermeister schließlich, sich „schwarz anzumalen, um dadurch die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zu erhalten". — SPD und Grüne haben Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt.



**Vierzig Flüchtlinge teilen sich diesen Waschraum, bei dem außerdem die Fenster eingeschlagen sind. — Deutsche würden diese Behausung nicht einmal ihren Hunden zumuten!**

# Rassisten-Vokabular

In einem Horror-Papier, das die Arbeitsgruppe „Inneres, Umwelt und Sport" der Bonner CDU/CSU-Fraktion verbreitet, wird dreist behauptet: „Als — nach der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte — mögliche Asylberechtigte, kommen Afrikaner und Asiaten in der Größenordnung von 50 Millionen in Betracht. Jeder zweite Einwohner Westdeutschlands kann dann eines Tages ein Asylant sein."

***

# Die Saat geht auf!

Mönchneversdorf, ein kleines Dorf in der Nähe des Bungsbergs in Schleswig-Holstein, knapp 200 Leute wohnen dort, leben von Landwirtschaft und Fremdenverkehr. Dieser Flecken ist wohl selbst für einen Kaufmannsladen zu klein und zur großen weiten Welt gibt es nur den Schulbus.

Hier soll in einer ehemaligen Reiterpension auf Beschluß der Kreisverwaltung Ostholstein ein Sammellager für 60 politische Flüchtlinge eingerichtet werden.

Zu solchen Anlässen hatte es schon in der Vergangenheit in anderen betroffenen Orten Proteste und Unmut gegeben, doch in Mönchneversdorf bleibt es nicht bei dem Protest. Ein Großteil der Einwohner beteiligt sich an einer Blockade der ehemaligen Reiterpension nach Bekanntwerden des Beschlusses der Kreisverwaltung. Mit Treckern und Transparenten blockieren sie den Zugang zu der geplanten Unterkunft. „Wir werden nicht zulassen, daß die Asylbewerber hier einziehen" und „notfalls bis Weihnachten" soll die Blockade dauern. Beteiligte an dieser Blockade werden am nächsten Tag mit folgenden Aussagen in den „Lübekker Nachrichten" zitiert: „Bald sind hier mehr Schwarze als Weiße", „Wir bekommen bei der nächsten Wahl einen schwarzen Bürgermeister", „Jetzt haben wir noch Hühner und Schafe, aber wie lange noch?", „Wir sind keine Fremdenhasser und haben auch Verständnis für die Probleme der Asylbewerber. Doch wer denkt an unsere Probleme?" „Meine Töchter lasse ich doch morgens nicht mehr allein zur Bushaltestelle gehen. Wir haben hier im Dorf ja nicht einmal Lampen." „Wenn hier erst die Schwarzen durchs Dorf streichen, bleiben doch die Touristen weg" und zur Bekräftigung erzählen sie von Sommergästen, die jedes Jahr kommen, aber jetzt erklärt haben, daß sie nur wiederkommen, wenn keine Asylanten da sind.

Eine Flut von Solidaritätsbekundungen der bundesweiten Nazi-Szene erreichte die Mönchneversdorfer. Aber nicht nur von denen. Kanzler Kohl höchstpersönlich bekundete auf einer Wahlkampfauftaktveranstaltung im nahegelegenen Neumünster "Verständnis" für den Unmut der Bürger über das Asylantenproblem. Blockaden bei anderen Anlässen heftig verfolgt, werden hier für den Kanzler zur verständlichen Unmutsaktion, und auch die Staatsanwaltschaft Lübeck, sonst eher rührig in solchen Sachen, hält sich bescheiden zurück.

„Wir sind keine Fremdenhasser", heißt es von den Blockierern, aber daß Asylanten klauen und Mädchen überfallen, das scheint für diese Menschen eine ausgemachte Sache. Sicherlich sind die Mönchneversdorfer kein Stoßtrupp der Faschisten, aber ein willkommenes Instrument der ausländerfeindlichen Politik allemal. Welche bessere Methode gibt es eigentlich, um unterschwellige Ängste und reaktionäre Vorurteile zu mobilisieren, als 60 „Fremde" in die Wallachei zu verfrachten, mitten in die „dörfliche Idylle", wo bei nicht einmal 200 Einwohnern der Gedanke an „Überfremdung" geradezu provoziert wird. Und dann noch in ein Sammellager, das, wenn nicht ohnehin geplant, ist gedeihlicher Nährboden für rechten Bürgerprotest. Und diesen Protest kann die Bonner Regierung für ihre neuen Angriffe auf das Asylrecht und auf die Ausländer bestens gebrauchen.

3000 politische Flüchtlinge in ganz Schleswig-Holstein, und die meisten in solche Käffer wie Mönchneversdorf gesteckt. So ist die Isolierung dieser „Fremden" und die bessere Überwachung gewährleistet, und der „Unmut", der ist ihnen sicher.

Wie menschenverachtend diese Unterbringung in den Sammellagern ist, veranschaulicht ein Bericht in den „Lübecker Nachrichten" über ein Lager in einem anderen kleinen Dorf. Unter dem Titel "Zehn Kinder frieren im Kollower Asylantenheim" heißt es dort: „Seit zwei Wochen hausen die Libanesen in Kollow, zusammen mit rund 160 Asylanten aus Pakistan, Ghana, Indien, Iran, Sri Lanka. Tagsüber vertreiben sich die Kinder die Zeit auf dem langen dunklen Flur der Sammelunterkunft, Spielzeug haben sie nicht, die Nächte verbringen die Asylanten auf ungemütlichen Etagenbetten. Sechs bis acht Betten stehen in einem Raum. Es gibt nur ein Waschbecken, die Toiletten sind im Keller.

Die Essenszuteilung ist nach wie vor ein Hauptproblem der Heimbewohner. Die Inder essen aus religiösen Gründen nur Rindfleisch, die Libanesen nur Schweinefleisch. Natürlich ist es unmöglich, die Essenswünsche jedes einzelnen zu berücksichtigen. Der Heimleiter versichert, daß es sich um normales Kantinenessen handele. Als Alternative zum Fleisch stehen den Asylanten trockener Reis, gekochte Kartoffeln oder hartgekochte kalte Eier zur Verfügung. Der Wunsch der Heimbewohner, Essensgutscheine zu erhalten, um die ihnen vertraute Nahrung selbst zusammenzustellen, stieß bisher auf taube Ohren.

(th)

# Das Asylrecht — immer wieder im Zentrum reaktionärer Kampagnen

von HELMUT WEISS

Die Töne, wie sie heute klingen, sind nicht neu — nur besonders intensiv. „Eine afro-asiatische Bevölkerungsmehrheit" drohe der BRD, befindet ein prominenter FAZ-Kolumnist. Handelte es sich nicht um eminent wichtige politische Frage, so könnte man darüber zum Thema übergehen, da eine solche Mehrheit allemal besser erscheint als ein solcher „kluger Kopf".

Aber: Selten gab es eine solch intensiv geführte Kampagne, die dermaßen mit Reizworten und Angstbildern gearbeitet hätte wie diese jetzige. Beteiligt daran ist zunächst einmal alles, was Rang und Namen hat in der BRD: Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien vorneweg, die Verwaltungsgerichte — so äußerte sich der höchste Verwaltungsrichter der BRD mehrfach und eindeutig gegen das bestehende Asylrect, die zuständigen Behörden aller Regionen usw. Und: Daß es ein „Asylantenproblem" gäbe, wird in keiner Zeitung abgestritten und auch nicht von der SPD. Wo es Streit gibt, ist allenfalls um die Methoden. Das Verlangen von Seiten der Regierungsparteien, eine Änderung des Grundgesetzes zu organisieren — auf das nun zunächst verzichtet werden soll —, darf dabei nicht unterschätzt werden. Sicher: Die Unterschiede zwischen dem Papier und der Wirklichkeit sind enorm, eine bewußt vollzogene Änderung des Grundgesetzes aber hätte mit seiner eindeutigen Signalwirkung den Weg für nach ganz andere Willkürmaßnahmen freigemacht.

Diese Unterschiede zwischen dem verkündeten Recht und dem realen Vorgehen der Behörden bzw. ihren entsprechenden Vorschriften — sie wuchsen mit jeder der bisherigen Kampagnen gegen das Asylrecht.

Dreimal innerhalb der letzten zehn Jahre organisierte vor allem die CDU/CSU solche Kampagnen. 1977, nach der verlorenen Bundestagswahl, war es Franz Josef Strauß, der, in Vorbereitung seiner eigenen Kandidatur 80, vorpreschte. Er ließ das bis dahin zentrale Aufnamelager Zirndorf schließen und schickte seinen damaligen Innenminister Tandler vor, der verschiedene Vorschläge der Konzentration in Lagern ausarbeiten ließ und in die öffentliche Debatte einbrachte. 1978 reagierte die damalige SPD/FDP-Bundesregierung mit ersten Einschränkungsmaßnahmen.

Im Umfeld der folgenden Bundestagswahl wurde diese Kampagne von Seiten der CDU/CSU verstärkt — aufgehört hatte sie in der ganzen Zeit nicht. Nun stellten sich neben Strauß und die CSU vor allem Lothar Späth und seine baden-württembergische Landesregierung und Walter Wallmann mit der Stadt Frankfurt, die unter seiner Leitung als erste Asylanten wieder abtransportieren ließ. Im Essener SPD-Oberbürgermeister Kaczor fand er damals sehr schnell einen Nachahmer ...

Eneut endete diese Auseinandersetzungsperiode mit Maßnahmen der Bundesregierung wie die Einführung des Visazwangs für Bürger bestimmter Staaten — Maßnahmen, die nicht nur zur selben Zeit getroffen wurden, da der damalige Innenminister Baum (FDP) im Bundestag mit großen Worten das Asylrecht „verteidigte", sondern die auch genau dem entsprachen, was im Zentrum der Forderungen der CDU/CSU-Kampagne gestanden hatte.

Die dritte Kampagne gegen das Asylrecht kam kurz darauf im Jahr 81, und sie zeichnete sich durch ihre besonders enge Verbindung mit der allgemeinen Kampagne zur Schürung von Ausländerfeindlichkeit in der BRD aus — was von daher relativ leicht zu verbinden war, weil damals der Hauptstrom von Asylsuchenden aus der Türkei kam, kurz vor und nach dem Militärputsch der Generalsclique um Evren. Ausdehnung des Visazwangs, des Arbeitsverbots und weitere Maßnahmen zur angeblichen Beschleunigung der Verfahren waren das reale Ergebnis dieser Kampagnen — an der sich erstmals in militanter Form faschistische Kräfte beteiligten, denen diese Kampagne ein ideales Betätigungsfeld verschaffte — wie in diesen Wochen des Jahres 86 auch. Die neue konservative Bundesregierung beschloß relativ rasch eine Verlängerung des Arbeitsverbots, eine weitere Ausdehnung des Visazwangs und weitere „Beschleunigung" — was hieß, daß nun auch vor Verwaltungsgerichten Einspruchsrechte abgeschafft wurden. Ins Stocken geriet diese Politik nach dem Tod von Kemal Altun und der doch relativ breiten Protestwelle, die sich diesem Opfer bundesdeutscher Asylpolitik anschloß.

Vor allem aber geriet sie ins Stocken, weil die zahlreichen getroffenen Maßnahmen ihre Ergebnisse zeitigten — immer mehr asylsuchende Menschen dieser Welt trauten sich nicht mehr, in der BRD um Asyl zu bitten. De Zahl der Bewerber sank rapide.

Daß in erster Linie Libanesen, Palästinenser, Iraner und Ghanesen, früher Türken und Kurden auf der Suche nach Asyl waren und sind — die Ereignise in jenen Ländern und Regionen legen es nahe.

Dies und die chronologisch aufgezeigte Tatsache, daß die Kampagnen gegen das Asylrecht stets zu ganz bestimmten allgemeineren Zwecken dienten oder Auftakt zu noch weitgehenderen Kampagnen waren, machen deutlich, wie heuchlerisch es ist, wenn sich nun ein Heiner Geißler — der Mann, der diese Kampagne angekurbelt hat wie kaum ein Zweiter — hinstellt und beschwört, es dürfe kein Wahlkampfthema werden. Es ist längst eines und bewußt dazu gemacht worden. Er mag aus taktischen Gründen befürchten, daß eine allzu scharfe Auswirkung unter Umständen eine breitere Gegenbewegung hervorrufen könnte — aber das ändert nichts an den Absichten, die mit dieser Kampagne verfolgt werden.

Diese Absichten beschränken sich auch dieses Mal keineswegs auf eine Bescheidung oder Abschaffung des Asylrechts: Die rassistische Hetzkampagne, die dabei getrieben wird, weist darauf hin, daß damit erneut „allgemeine ausländerpolitische Maßnahmen" vorbereitet werden, die Zimmermannschen Pläne konnten schließlich nicht so durchgesetzt werden, wie gewünscht. Und die Unsicherheitspropaganda, die damit verbunden ist, weist auf die Vorbereitung weiterer polizeistaatlicher Maßnahmen hin, von der erwünschten Veränderung der politischen Stimmungslage einmal ganz abgesehen.

Kein Visazwang — weg mit dem Arbeitsverbot — Schluß mit der „Lagerpolitik" — Hände weg vom Asylrecht: Das waren die Forderungen, die die demokratische Öffentlichkeit bei den bisherigen Kampagnen der Reaktion diesen stets entgegengehalten hat, das muß auch dieses Mal geschehen.

Revolutionäre Politik, deren Ziel es ist, jegliche besondere Ausländergesetzgebung abzuschaffen, für die volle Gleichberechtigung einzutreten, muß dies auch in bezug auf Bewerber um Asyl vertreten.

## 1980 — Strauß will Kanzler werden ...



**Juli 1980: Die Stadt Frankfurt (Oberbürgermeister Wallmann, CDU) verweigert Asylbewerbern die Aufnahme. 100 Ausländer werden ins Ausländerlager nach Zirndorf abgeschoben und dort in Zelten untergebracht.**

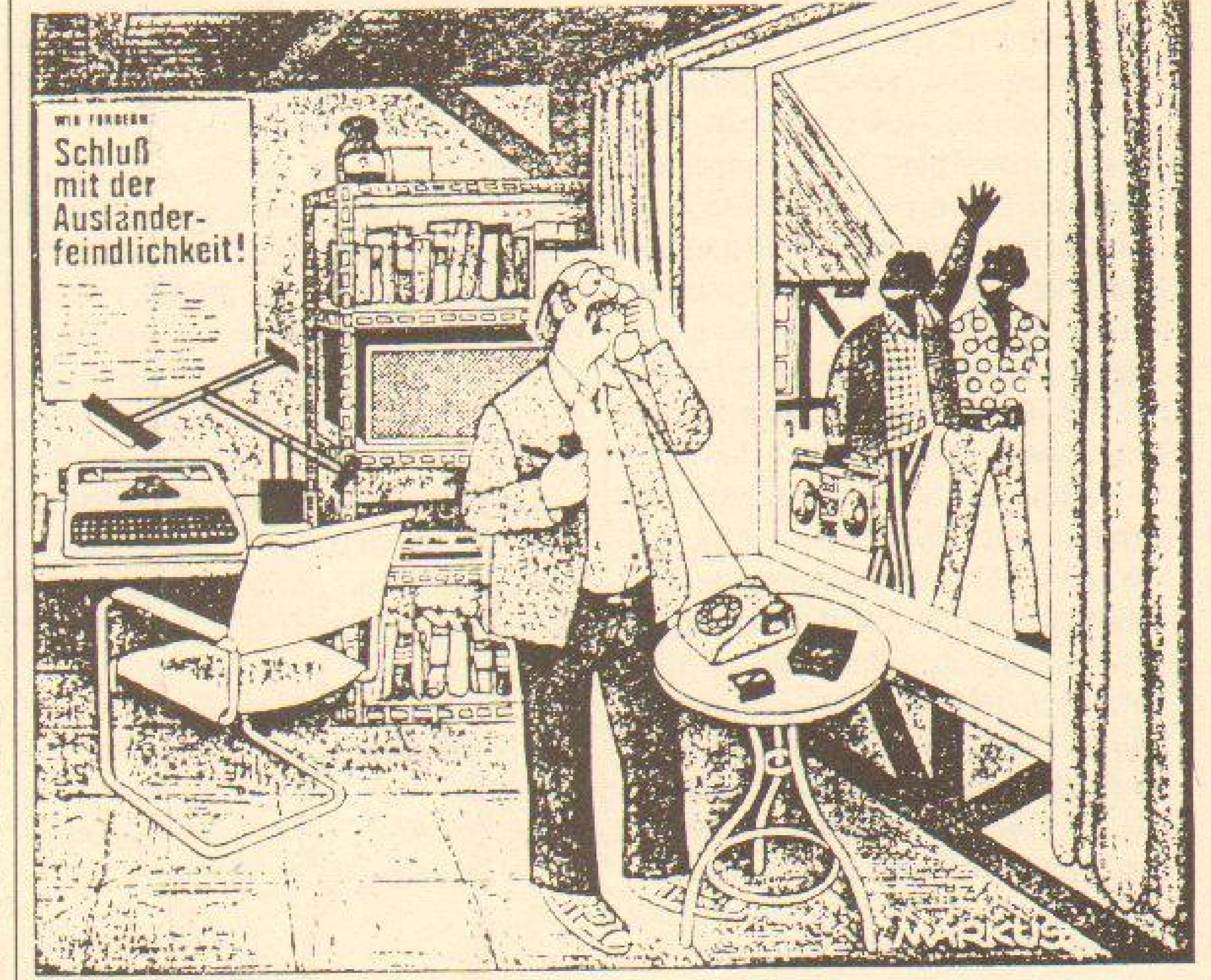


**Herbst 1980: Eine Bombe zerstört dieses Zimmer einer Flüchtlingsunterkunft in Lörrach. Faschisten bekennen sich zum Anschlag.**




**Selbst die liberale Öffentlichkeit mobilisierte im Frühjahr und Sommer 1980 Aversionen gegen Asylbewerber. Diese Karrikatur von Sepp Buchegger veröffentlichte das „Schwäbische Tagblatt" in Tübingen am 17. April 1980.**

## Und die „Progressiven"?




**„Als ich euren Aufruf unterschrieb, habe ich doch nicht geahnt, daß die Bimbos in das Bauernhaus nebenan einziehen würden."**

**„zum thema", die Beilage im „Roten Morgen" — Zeitung der KPD.**
Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.
Die Zeitung „Roter Morgen" erscheint 14täglich zum Einzelpreis von 1,50 Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

# Weiter so, Deutschland?

**„Leitsätze zur Sozial- und Gesellschaftspolitik" hat die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) veröffentlicht. Der Untertitel präzisiert: „Schwerpunkte unternehmerischen Handelns und Forderungen an die Politik". Rechtzeitig vor der Bundestagswahl faßt das organisierte Unternehmertum seine wichtigsten gesellschaftspolitischen Forderungen zusammen.**

von HORST DIETER KOCH

Die BDA-Autoren stellen ihren Leitsätzen eine ausgesprochen rosige Einschätzung der Lage voran. Der Regierungspolitik der letzten Jahre werden große Erfolge bescheinigt (Zitat: „Im Ausland spricht man vom zweiten deutschen Wirtschaftswunder.").

Diese extrem positive Lagebeurteilung verfolgt zum einen sicher das Ziel, die gegenwärtigen Koalitionsparteien ins rechte Licht zu rücken und ihre Wahlchancen nicht durch kritische Töne zu mindern. In der Behauptung, die Politik der Regierung Kohl sei von gewaltigen Erfolgen gekrönt, liegt aber auch zugleich die Begründung für den nachfolgenden Forderungskatalog der BDA; denn der läßt sich unter der Überschrift zusammenfassen: den Kurs der Wende konsequenter fortsetzen, weiter so, Deutschland!

Daß die Politik der Wende erfolgreich war hinsichtlich der Steigerung der Unternehmergewinne, läßt sich mit Zahlen reichlich belegen und soll keineswegs bestritten werden. Bestritten werden soll dagegen die den BDA-leitsätzen zugrundeliegende Behauptung, es habe sich gezeigt, daß diese Politik auch erfolgreich im Sinne der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, der Frauen und Jugendlichen usw. gewesen sei.

Das Parade-Argument ist dabei die Entwicklung der Teuerungsrate. Das BDA-Papier hebt hervor, daß die Bonner Rotstiftpolitik und die Politik des „knappen Geldes" der Bundesbank zur „Wiedergewinnung der Geldwertstabilität" geführt habe, was als „eine der größten sozialen Errungenschaften seit den 60er Jahren" bezeichnet wird. Lang und breit wird dargelegt, daß der beachtliche Rückgang der Preissteigerungsrate auch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter und aller Einkommen gestärkt habe.

Die Folgerung, die das BDA-Papier uns nahelegen will, daß die Politik der sozialen Demontage sich nachträglich als „sozial" herausgestellt habe, ist dennoch abwegig. Weil diese Argumentation im Wahlkampf vermutlich eine große Rolle spielen wird, lohnt es sich aber, sich näher damit auseinanderzusetzen.

Die Argumentation unterstellt, daß der Rückgang der Teuerungsrate direktes Ergebnis konservativer Haushalts- und Geldpolitik ist. Das ist durch nichts bewiesen. Im Gegenteil: Auch wenn man, wie der Autor dieses Artikels, sich keineswegs in der Lage sieht, die tatsächliche Bewegung der Preise vollständig theoretisch zu begründen, darf man sich zu der Behauptung aufschwingen, daß sie offensichtlich von sehr verschiedenen Faktoren und teilweise gegenläufigen Tendenzen abhängig ist. Relativ unbestritten ist, daß der Verfall des Ölpreises auf dem Weltmarkt sich dämpfend auf die Preisentwicklung ausgewirkt hat. In die gleiche Richtung wirkt der anhaltend hohe Wechselkurs der D-Mark und die damit verbundene Verbilligung der Importe. Der erhebliche Kaufkraftrückgang der vergangenen Jahre hat dazu geführt, daß Preiserhöhungen wegen der Nachfrageschwäche gar nicht durchsetzbar waren usw. Die angeführten Faktoren mögen genügen, um zu verdeutlichen, daß es absurd ist, den Rückgang der Teuerungsrate direkt aus der Haushaltspolitik der Bundesregierung oder den Beschlüssen der Bundesbank abzuleiten.

Aber unterstellen wir einmal, die BDA-Autoren und die Regierungspropaganda hätten mit ihrer Behauptung recht, der Rückgang der Teuerungsrate sei Ergebnis der sogenannten Haushaltskonsolidierungs-Politik. Dann müßten die Ergebnisse des Sozialabbaus und des gedämpften Preisauftriebs aufgerechnet werden, um zu entscheiden, ob unter dem Strich für die Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Rentner usw. tatsächlich eine „soziale Errungenschaft" bilanziert werden kann.

Mit den Sparoperationen seit 1982 wurden den Arbeitern und Angestellten und den sogenannten sozial schwachen Bevölkerungsschichten ca. 200 Milliarden genommen. Die gefaßten Sparbeschlüsse wirken natürlich Jahr für Jahr weiter. Wenn die BDA-Autoren für 1986 eine Steigerung des privaten Verbrauchs (einschließlich des privaten Verbrauchs der Milliardäre) um 40 Milliarden erwarten, ist der reale Kaufkraftzuwachs in diesem Jahr — nach Jahren sinkender Realeinkommen — in erster Linie den gewerkschaftlich durchgesetzten Einkommenserhöhungen zu danken. Schon bei überschlägiger Schätzung ergibt sich, daß für die Masse der Arbeiter, Angestellten, Rentner, Arbeitslosen usw. auch 1986 der finanzielle Aderlaß durch die Sparbeschlüsse vergangener Jahre größer ist als der Kaufkraftgewinn durch den Rückgang der Teuerungsrate. Hinzu kommt: Die Verluste durch die Rotstiftbeschlüsse der vergangenen Jahre bleiben, wenn keine anderen politischen Entscheidungen in Bonn gefaßt werden, den Betroffenen Jahr für Jahr treu. Daß gleiches auch für den Kaufkraftgewinn aus dem Rückgang der Teuerungsrate gilt, ist sehr unwahrscheinlich.

Im Rahmen der sogenannten Konsolidierungspolitik wurde aber nicht nur den Armen genommen, es wurde auch den Reichen, den Konzernen gegeben. Es ging und geht nicht nur um Sparpolitik, sondern um eine gigantische Umverteilung zugunsten der Bourgeoisie. Die Vertiefung der sozialen Ungerechtigkeit, wie sie sich in der gesunkenen Lohnquote niederschlägt oder in der Ausbreitung der Armut, hat Lebensbedingungen einer ungeheuren Zahl von Menschen so qualitativ verschlechtert, daß ein verglichen damit geringfügiger Rückgang der Teuerungsrate überhaupt nicht korrigierend wirkt.

Zu der von der BDA hochgelobten Politik der Haushaltskonsolidierung à la Kohl, Stoltenberg, Bangemann gehört die Ablehnung jeglicher aktiver Beschäftigungspolitik, also die Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit. Da ist der Hinweis darauf, daß die Arbeitslosen sich aber von ihrem Arbeitslosengeld bzw. -hilfe nun ein Pfund Margarine mehr im Monat kaufen können, offenkundig reichlich zynisch. Das gleiche gilt für den Etikettenschwindel, den Regierung und BDA betreiben, indem sie behaupten, ausgerechnet diese Politik habe den rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit Anfang der 80er Jahre „inzwischen gestoppt". Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Das BDA-Papier fordert die konsequentere Fortsetzung der Haushaltskonsolidierungspolitik: „Die Dynamik der sozialen Marktwirtschaft ist in den 70er Jahren durch staatliche Interventionen gedrosselt worden. Noch heute erweisen sich solche Eingriffe als Störfaktoren und Hindernisse."

Konkret fordert das BDA-Papier weitere Steuerentlastungen, „damit sich private Initiative und Leistungsbereitschaft noch stärker entfalten". Für die „Modernisierung der Volkswirtschaft" sei ein Gesamtkonzept für die Sozial-, Steuer- und Strukturpolitik notwendig. Die Forderung nach dem Gesmatkonzept wird zwar nicht konkreter entwickelt, zu einigen Punkten aber werden konkretere Forderungen erhoben.

Für die Rentenversicherung wird festgestellt, daß durch die Kürzungen der Vergangenheit ein kurzfristiger Zusammenbruch verhindert wurde, jedoch: „Auf längere Sicht aber steht die gesetzliche Altersversorgung besonders wegen der ungünstigen Bevölkerungsstruktur vor neuen Problemen ... Deshalb ist eine baldige Anpassung des gesetzlichen Rentenversicherungssystems an die veränderten Verhältnisse unausweichlich."

Die BDA fordert die Beibehaltung des Prinzips der Beitrags- und Leistungsbezogenheit. Die BDA spricht sich damit also gegen eine allgemeine Grundrente aus, wie sie auch in konservativen Kreisen (Biedenkopf) diskutiert wird. Die Rede ist aber davon, daß die Eigenvorsorge und die betriebliche Altersvorsorge an Gewicht gewinnen, schließlich sei dem Prinzip der Subsidiarität Beachtung zu schenken. Aus diesen Andeutungen ergibt sich ungefähr folgende Konzeption: Bei Beibehaltung des Systems im Grundsatz Absenken der Renten auf das Niveau, das künftig noch finanzierbar ist. Das wird in der Regel zum Leben nicht mehr reichen. Also sollen die Beschäftigten selbst sehen, daß sie von ihrem Lohn eine Zusatzversicherung abschließen. Ansonsten müssen Oma und Opa eben künftig nach dem Subsidiaritätsprinzip bei den Kindern wohnen — dann wird es billiger. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die BDA die Einsetzung einer Enquete-Kommission fordert, die u.a. untersuchen soll, wie sich „die verschiedenen Formen der Lebensgestaltung auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte auswirken".

Schließlich bieten die Unternehmer den Ausbau der betrieblichen Altersversorgung an, freilich nur, wenn sie dabei Kasse machen können: „Die Arbeitgeber brauchen vielmehr auch Anreize, um diese freiwillige Sozialeinrichtung durch neue Versorgungszusagen weiter ausbauen zu können."

Auf schnelle grundsätzliche Änderungen drängt die Kapitalistenorganisation bei der Krankenversicherung: „Hier muß eine Reform her, die die erheblichen Strukturschwächen bereinigt und die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität neu gewichtet. „Konkret wird u.a. gefordert: „mehr Eigenverantwortung für die Versicherten durch steuernde Selbstbeteiligung, mehr marktwirtschaftliche Elemente für die Leistungserbringer und eine Vergütungsgestaltung, die maßvolles Verhalten fördert."

Also: Kranksein muß so teuer werden, daß die Selbstbeteiligung „steuernd" wirkt, also vom Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt abhält. Die liebevolle Pflege in der Familie darf an die Stelle einer ordentlichen medizinischen Versorgung treten.

Ein wenig rätselhaft bleibt, um welche „marktwirtschaftlichen Elemente für die Leistungserbringer" es sich handeln soll. Wegen der Herkunft des Textes gehen wir einmal von der Annahme aus, daß es nicht darum geht, Monopol und Preisdiktat der Pharmakonzerne zu brechen. Dann ließe sich ein Wirken marktwirtschaftlicher Elemente vorstellen mit folgendem Ergebnis: Es entsteht eine Discount-Medizin für die Masse. Für die Behandlung des sozialen Sicherungssystems in den BDA-Leitsätzen läßt sich feststellen: Die Kapitalisten forcieren nicht die Diskussion im konservativen Lager über eine „Systemveränderung". Sie setzen vielmehr auf das Prinzip, daß quantitative Beschränkungen und Veränderungen in Qualität umschlagen. Wenn Renten- und Krankenversicherung auf dem von der BDA skizzierten Weg „konsolidiert" werden, werden es qualitativ andere Systeme sein.

Die skizzierte „Konsolidierung der Sozialfinanzen" steht aus der Sicht des BDA-Papiers in direktem Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik, denn selbstverständlich stellt der Unternehmerverband den angeblich zu hohen Preis der Ware Arbeitskraft als wesentliches Beschäftigungshemmnis hin. Das Bestreben zur Verbilligung der Arbeitskraft konzentriert sich in den Leitsätzen neben der Forderung nach „maßvoller Lohnpolitik" besonders auf die sogenannten Personalzusatzkosten, wobei der gesetzliche Unternehmeranteil zur Sozialversicherung besonders hervorgehoben wird: „Die gesetzlichen Personalzusatzkosten haben sich in jüngster Zeit als besonders kostentreibend erwiesen."

So wie hier angebliche beschäftigungspolitische Notwendigkeiten herhalten müssen zu Begründung von Angriffen auf die sozialen Sicherungssysteme, dienen sie an anderer Stelle der Leitsätze zur Begründung der Unternehmerforderungen nach Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitszeit und nach Untergrabungen der Verbindlichkeit von Tarifverträgen. Obwohl der Leitsatz 2 überschrieben ist „beschäftigungspolitische Erfolge verstärken" gibt es keinen einzigen beschäftigungspolitischen Vorschlag.

Dem Blüm'schen Beschäftigungsförderungsgesetz wird zugeschrieben, daß es die „Einstellungschancen der Arbeitsuchenden verbessert (hätte), ohne die Position der Arbeitsplatzbesitzer zu schwächen". Den Ergebnissen gewerkschaftlicher Untersuchungen, denen zufolge befristete Einstellungen vor allem dort erfolgten, wo eigentlich die Einrichtung eines Dauerarbeitsplatzes angezeigt wäre bzw. Dauerarbeitsplätze direkt in befristete Arbeitsplätze umgewandelt wurden, wird ohne jede Begründung widersprochen. Diese BDA-Stellungnahme läßt erwarten, daß die Unternehmerorganisationen nach der Wahl Forderungen zur weiteren Ausdehnung befristeter Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit stellen werden.

Besonderes Gewicht legen die BDA-Leitsätze auf die weitere Trennung von Betriebszeit und individueller Arbeitszeit sowie auf die Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall. Ausdrücklich wendet sich die BDA gegen gesetzliche Maßnahmen zum Abbau von Überstunden, gegen eine pauschale Wochenarbeitszeitverkürzung und gegen die Ausweitung der Mitbestimmung. Die Ausweitung der Mitbestimmung wird übrigens ausdrücklich auch im Hinblick auf die Einführung neuer Techniken abgelehnt: „Das Letztentscheidungsrecht muß bei den Unternehmensleitungen bleiben. Sie tragen das investitionspolitische Risiko." Denkt man an die Massenentlassungen der letzten Jahre als Folge des „Letztentscheidungsrechts der Unternehmensleitungen" erscheint der Verweis auf das „investitionspolitische Risiko" als wirklich bodenlose Frechheit.

Bodenlos dreist auch, wie entgegen allen statistischen Erhebungen, die mittlerweile vorliegen, behauptet wird: Pauschale Wochenarbeitszeitverkürzungen fördern nicht die Beschäftigung, sondern erschweren sie."

Zur künftigen Gestaltung von Tarifverträgen fordert die BDA „genügend Spielraum für betriebliche Differenzierung der Effektivlöhne", Ausbau der vorhandenen Differenzierung bei den Löhnen entsprechend der Qualifikation und Schaffung eines „Einstiegtarifs für neue Beschäftigungsverhältnisse".

Der achte und letzte Leitsatz ist überschrieben: „Sozialpartnerschaft bewahren und aktivieren." Inhaltlich aber rüttelt dieses BDA-Papier an wesentlichen Säulen, auf denen das sozialpartnerschaftliche Regelungssystem beruht. Man muß bedenken: Es ist ein Papier vor der Wahl und bemüht sich um einen vergleichsweise moderaten Ton. Wenn nach der Wahl die konservative-liberale Regierung wieder fest im Amt ist, liegen zu diesen Leitsätzen sicher noch Ergänzungen in der Schublade.

# Probleme mit dem „Forum" zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung

**Wie im RM berichtet, hatte eine Konferenz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern am 24. Mai in Köln beschlossen, die begonnenen Aktivitäten zum Verbot der Aussperrung in Form eines Forums „Zukunft des Streiks — Streik der Zukunft" fortzusetzen. Zufrieden kann man mit dem Verlauf der Dinge keineswegs sein.**

Das Forum ist inzwischen für den 15./16. November geplant und soll in mehreren Arbeitsgruppen Fragen diskutieren wie „Gewerkschaftliche Strategien im internationalen Vergleich" — „Wird das Streikrecht wegrationalisiert" „Flexiprogramm der Unternehmer und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenwehr" — „Streik als soziale Bewegung — zur Politisierung des Arbeitskampfes, Erfahrungen und Ausblick" und „Die Bedeutung des gesetzlichen Verbots der Aussperrung – welche Erfahrungen sind aus dem Kampf gegen die Änderung des § 116 zu ziehen". In einer Podiumsdiskussion zu Beginn soll unter Beteiligung namhafter Gewerkschafter die „Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vor dem Hintergrund des geänderten § 116 AFG" diskutiert werden.

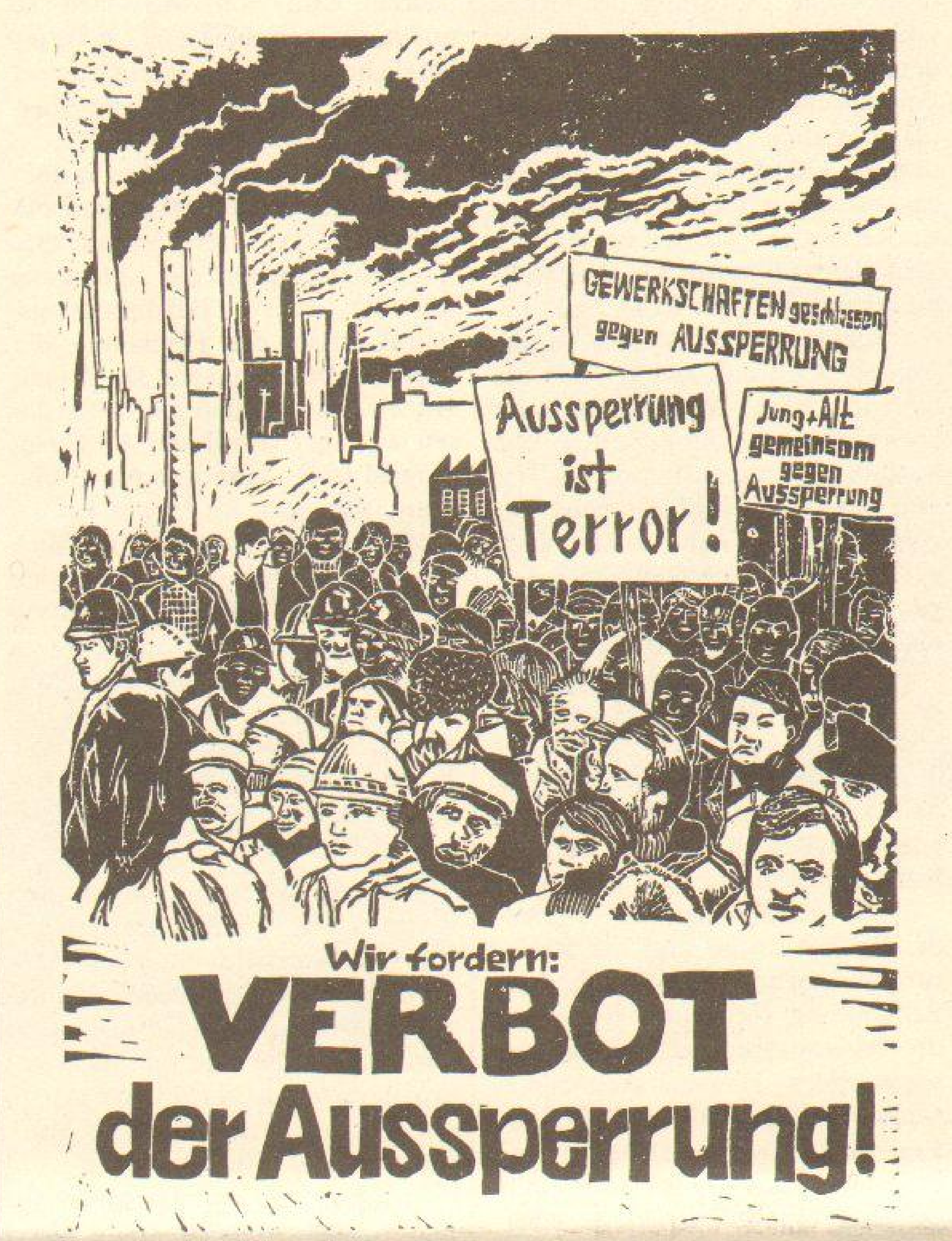
So weit, so gut. Wir waren und sind daran interessiert, daß es zu einer Initiative für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung und für die Verteidigung des Streikrechts kommt, die über unterschiedliche parteipolitische Zugehörigkeiten und Orientierungen hinweg eine Basis in den Betrieben und Gewerkschaften und den politischen Willen hat, über den Zeitpunkt der Behandlung des grünen Gesetzentwurfs im Bundestag hinaus eine Kampagne für diese Forderungen zu führen. Insofern war bereits das Ergebnis der Kölner Konferenz aus unserer Sicht unbefriedigend, weil man sich nur auf die Durchführung des Forums, aber nicht auf weitergehende Aktivitäten verständigen konnte. Positiv war am Ergebnis der Kölner Konferenz aber, daß man sich nach längerer Diskussion einigte, den Grundsatz der Parteiunabhängigkeit zu verwirklichen und ein Personenkomitee mit der Koordination zu beauftragen. Dieser Beschluß wurde nun von dem Koordinationskomitee mehrheitlich wieder umgestoßen zugunsten des von den GRÜNEN schon in Köln eingebrachten Vorschlages, das Forum als Veranstaltung der GRÜNEN und der Initiative durchzuführen. Hier eine kurze Darstellung, mit welchen Argumenten dieses Problem diskutiert wurde.

1. Eine Weigerung, die Grünen mit als Träger zu akzeptieren, kommt einer Ausgrenzung der Grünen gleich und schlägt in eine Kerbe mit Versuchen, im DGB und in der SPD eine Anti-Grünen-Stimmung zu fördern.

2. Die Grünen seien schließlich mit dem Gesetzentwurf faktisch Initiatoren, was man zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen habe.

3. Ein Forum, das von den Grünen mit veranstaltet werde, hätte überhaupt nur die Anziehungskraft und die öffentliche Wirkung, die für die Sache — für eine breitere Diskussion für das Verbot der Aussperrung so dringend benötigt werde. Auch hätten die Grünen die Erfahrungen und die Mittel, um ein solches Forum mit der entsprechenden Wirkung vorzubereiten.

4. Dagegen wäre der Aufruf von einem Personenbündnis eines linken Spektrums von Gewerkschaftern nicht annähernd so attraktiv und würde unweigerlich zu einem Forum führen, was nichts weiter als die Neuauflage der Kölner Konferenz wäre.




Wir meinen dagegen, daß der Vorwurf, es ginge um die Ausgrenzung der Grünen, schlicht unsinnig ist. Wir haben auf dem Treffen deshalb auch vorgeschlagen, daß dieses Personenbündnis neben gewerkschaftlichen Trägern auch Personen aus dem Spektrum grüner Mandatsträger enthalten könne.

Wir haben betont, daß wir eins nicht wollen und als schädlich für eine Verbreiterung der Kräfte für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung betrachten — daß dieses Personenbündnis als ein Parteiladen der Grünen identifiziert wird. Nicht wegen der Angriffe aus dem DGB, sondern wegen der zwangsläufigen Abnahme der Integrationsfähigkeit dieses Personenbündnisses auf die verschiedenen gewerkschaftlichen Kräfte, die wir aber gewinnen müssen, wenn es zu einer breiteren Bewegung für das gesetzliche Verbot der Aussperrung kommen soll. Außerdem könne man ein bestehendes Personenbündnis, das ja schließlich in der ersten Hälfte dieses Jahres entsprechende Aktivitäten begonnen hat, so einfach nicht vereinnahmen.

Die Attraktivität des Forums, vom Personenbündnis veranstaltet, erscheint auf den ersten Blick einleuchtend — nun stellt sich die Frage, warum die Grünen dann nicht bereit wären, Erfahrungen und Mittel zur Verfügung zu stellen, vor allem aber ist doch sehr fraglich, ob ein Personenbündnis nicht ebenso attraktive Sprecher bekommen könnte, wie es ein grünes Forum — realistisch betrachtet — kann. Hinzu kommt allerdings, daß ein Forum ohnehin nicht als der „große Wurf", sondern als ein Teil in der wichtigen Aktivität betrachtet werden sollte, deren Ziel doch vor allem ist, den Druck in den DGB-Gewerkschaften für praktisches Handeln für diese Frage zu erhöhen und nicht nur, ob die FR oder sonstige Zeitungen mit Berichten ein solches Forum begleiten (was doch auch im Falle des Personenbündnisses realistisch ist).

Aber nun ist die Lage so, wie sie ist, und wir werden daran nichts mehr ändern können — für die Grünen ist dies ein wichtiger Teil des Wahlkampfes, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Dennoch wird dieses Forum auch in der gegebenen Form eine Möglichkeit bieten, wichtige und aktuelle gewerkschaftliche Fragen zu diskutieren und auch die Diskussion um die weiteren Aktivitäten für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung fortzusetzen.

(th)

# Die Zukunft des Streiks – der Streik der Zukunft

## Forum am 14. und 15. November 1986 in Köln

Im September, wenn die IG Metall die Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen kündigen wird, steht eine neue Runde im Kampf für die 35-Stunden-Woche an.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht erst eine durchgreifende Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle und ist ein wichtiger Schritt zum Abbau der Massenerwerbslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung ist eine Voraussetzung zur Durchsetzung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Demgegenüber steht die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Kräfte für die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, um je nach Lage „heuern und feuern" zu können, Einschränkungen des Arbeitnehmer/innenschutzes, Sozialabbau und den Versuch der Zerschlagung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften.

Gleichzeitig fördern die Bundesregierung und die sie tragenden Kräfte hochtechnologisierte, mit hohem Kapitalvolumen ausgestattete Industriebranchen, die in der Regel weltmarktabhängig sind. Das Ergebnis dieser Politik ist kurz zusammengefaßt: **Der derzeit feststellbare konjunkturelle Aufschwung hat keinerlei Verbesserung für die Lage der abhängig Beschäftigten gebracht, die Massenerwerbslosigkeit konnte nicht zurückgedrängt werden, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat weiter zugenommen.**

Der zu erwartende kunjunkturelle Einbruch wird die Situation weiter verschärfen. Die Einschränkung des Streikrechts durch die Neuregelung des § 116 AFG verschlechtert erheblich die Bedingungen, unter denen der Politik der Vereinzelung, der Entsolidarisierung und der Abwälzung der Kosten der Krise auf den „kleinen Mann" und die „kleine Frau" entgegengewirkt werden muß.

Insbesondere werden durch die Neufassung des § 116 AFG die Bedingungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, erheblich verschlechtert.

Als 1984 die Metaller und Drucker streikten, wurden mehrere 100000 Kolleginnen und Kollegen außerhalb der Kampfgebiete ausgesperrt. Die meisten außerhalb der direkten Kampfgebiete wurden Opfer der sogenannten „kalten Aussperrung", d.h. Zulieferbetriebe oder Abnehmerbetriebe bestreikter Unternehmer machten dicht und entließen die Belegschaften in die Arbeitslosigkeit. Auf einen Streikenden kamen so drei Ausgesperrte. Das ist für sich schon ein Skandal. Mit dem neuen Paragraphen 116 AFG soll nun aber zusätzlich noch sichergestellt werden, daß die „kalt" Ausgesperrten nicht einmal Arbeitslosengeld erhalten. Damit soll die Aussperrung zu einer tödlichen Waffe gegen jede gewerkschaftliche Streikbewegung werden.

Gegen diesen Zentralangriff auf das Streikrecht darf nicht nur defensiv reagiert werden. Es geht hier nicht um die Herstellung von Waffengleichheit oder die Wahrung des sozialen Friednes. Denn in einer Zeit, wo jedes Jahr Hunderttausende entlassen werden, ist das Wort von der Waffengleichheit reinster Hohn. Und wer angesichts von 2,3 Millionen registrierten und 1,5 Millionen nicht registrierten Erwerbslosen für den sozialen Frieden wirbt, hat offenkundig seinen Frieden mit dieser Geißel des heutigen Kapitalismus gemacht.

Ebenso sollte Mensch sich nicht auf das Argument von der „Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) einlassen. Denn diese BfA wird mit Lohnanteilen, also mit Beiträgen der Arbeitnehmer finanziert. Und deshalb hat sie in allen Fällen von Erwerbslosigkeit die Pflicht, Lohnersatzleistungen zu zahlen — nicht im Namen irgendeiner Neutralität, sondern im Namen berechtigter Interessen von Beitragszahlern. Weil es gerade in Zeiten verschärfter Massenerwerbslosigkeit nicht um sozialen Frieden, um Waffengleichheit und Neutralität gehen kann, fordern wir ein umfassendes **gesetzliches Verbot der Aussperrung.** Wir unterstützen den von der Fraktion der Grünen vorgelegten Gesetzesentwurf als einen konkreten Vorschlag, mit dem den Unternehmern das Mittel der heißen und kalten Aussperrung genommen werden könnte.

Uns ist bewußt, daß ein Parlament, das einen § 116 AFG in dieser Form durchpeitscht, nicht gleichzeitig ein Verbot der Aussperrung beschließen wird. Es ist eine historische Binsenweisheit, daß zur Durchsetzung einer solchen gesetzlichen Regelung eine starke gesellschaftliche Auseinandersetzung notwendig ist, um im Parlament die Einsicht zu schaffen, daß es unvermeidbar ist, ein solches Gesetz zu beschließen.

Gleichzeitig besteht zwischen dem Kampf um die Erhaltung und den Ausbau des Streikrechts und den Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten ein enger Zusammenhang.

Wir rufen auf zur Teilnahme am Forum

**„Zukunft des Streiks — Streik der Zukunft"**

weil wir es für notwendig halten, über die Perspektiven gewerkschaftlicher Kämpfe unter den aktuellen politischen, ökonomischen und innergewerkschaftlichen Rahmenbedingungen zu diskutieren.

Welche Forderungen und Ziele, welche Durchsetzungsstrategien und Kampfformen müssen entwickelt werden angesichts zunehmender politischer Repression, anhaltender Massenerwerbslosigkeit, Flexiprogrammen der Unternehmen, Einführung neuer Technologien etc.?

Wie kann die Einbeziehung einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit in die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen konkret erreicht werden?

Welche Erfahrungen haben Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Ländern in ihren Kämpfen gewonnen und wie können wir davon profitieren?

Das Forum soll die Möglichkeit bieten, mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben, mit Arbeitsrechtler/innen und Wissenschaftler/innen, mit Politikern/innen und Menschen aus verschiedenen sozialen Bewegungen in einen Diskussionsprozeß zu treten, von dem wir alle nicht erst in ferner Zukunft profitieren können.

Auch unsere Eingriffsmöglichkeiten bei den anstehenden Tarifauseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche sollen in die Diskussion miteinbezogen werden.

# Einstieg in den Ausstieg aus dem zivilen Schiffbau?

## Massenentlassungen in der Werftindustrie

**Werften, Stahl, Kohle — in diesen drei Industriezweigen vollzieht sich, was gemeinhin als Strukturkrise bezeichnet wird. Die Werftbesetzungen von HDW-Hamburg und Weser-AG (Bremen) bildeten bislang einen Höhepunkt im Kampf der betroffenen Belegschaften gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Jetzt stehen in der Werftindustrie neue Massenentlassungen und Konkurse an. Auf dieser Seite kommentiert ein Genosse aus Kiel die Lage. Der „Rote Morgen" wird sich bemühen, in der nächsten oder übernächsten Ausgabe über die Bestrebungen zur Entwicklung einer gewerkschaftlichen Kampfperspektive gegen die Arbeitsplatzvernichtung im Schiffbau zu berichten.**

Die weltweite Krise im Schiffbau — die Überkapazitäten betragen bei Tankern 25 - 30 Prozent, Massengutfrachtern 15 - 20 Prozent und Containerschiffen 10 - 15 Prozent — versuchen die Kapitalisten und Regierungen in den meisten Schiffbauländern u. a. durch die Vernichtung von Werftkapazitäten zu überwinden. Ehemals führende Schiffbaunationen haben sich ganz — wie Schweden — oder bis auf kümmerliche Reste — wie England, Frankreich usw. — vom zivilen Schiffbau verabschiedet. Wie in den USA haben auch in West-Europa die entsprechenden Banken und (Stahl-) Konzerne fast jegliches Interesse am Schiffbau verloren. Sie sehen in anderen Produktionszweigen ihre Zukunft oder besser: Profite. Doch auch in Japan werden Werftkapazitäten vernichtet. Und selbst in Süd-Korea, wo in den letzten zehn Jahren die Kapazitäten um 240 Prozent ausgeweitet wurden (s. Tab. 1), finden auf den Werften Massenentlassungen statt.

In der BRD sank die Zahl der im Handelsschiffneubau Beschäftigten sowie die Neubaukapazitäten seit 1975 um mehr als 50 Prozent auf 22300 Beschäftigte. Zur Zeit sind auf den BRD-Werften noch 40600 Beschäftigte (ohne Fremdfirmen usw.). Mit knapp über 3 Prozent Marktanteil steht die BRD auf dem 3. Platz der Weltrangliste hinter Japan (52,3 Prozent) und Süd-Korea (14,4 Prozent) vor Brasilien, Spanien, Dänemark, Taiwan usw. Doch die Auftragsbestände sind total zusammengeschrumpft und die Nachfrage bewegt sich auf Null zu. Die meisten Werften stehen ab Ende 86/Anfang 87 ohne zivile Aufträge da und bei den im Schiffbau langen Vorlaufzeiten.

### Schiffbau aus „nationalem Interesse"?

Der Verband der deutschen Schiffbauindustrie (VDS) fordert jetzt eine „schnelle und geordnete Kapazitätsanpassung". Was Kapital und Staat mit den Werften in Zukunft vorhaben, was von dem Gerede um „Werfthilfe" zur angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze zu halten ist, dazu steht in der Betriebszeitung der KPD für HDW-Kiel „Das Bollwerk" unter der Überschrift Schiffbau aus nationalem Interesse bedeutet: **Aufrüstung für den Krieg?! — Nicht mit uns!:**

„Der Verband der deutschen Schiffbauindustrie (VDS) und die vier Küstenländer in ihrem Gutachten, alle fordern für die BRD die Stillegung ganzer Werftbetriebe und die Vernichtung von 10000 Werftarbeitsplätzen. Zusammen mit der Zulieferindustrie macht das letztendlich 30000 bis 40000 vernichtete Arbeitsplätze.

In Schleswig-Holstein soll nun — nachdem bisher in Hamburg und Bremen die meisten Kollegen entlassen wurden — am härtesten zugeschlagen werden. 4400 der 12000 Arbeitsplätze auf den Werften sollen vernichtet werden. Das fordert der Landesbank-Chef Lausen im Auftrag der Banken und der CDU-Landesregierung in einem Konzept für Schleswig-Holstein. Bis auf einige kleinere Werften erhielten letztendlich nur Rüstungswerften das Prädikat „erhaltenswert".

**Rüstungswerften soll der Handelsschiffbau zugeschoben werden!**

Das fordert der Banken-Boß Lausen. Zu HDW schreibt er: „Wegen der in diesen Bereichen (gemeint ist der Kriegsschiffbau und die Reparatur, d. Verf.) stark schwankenden Auslastung ist HDW ohne Handelsschiffbau nicht zu führen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch künftig Handelsschiffneubau zu kontrahieren." Ähnlich äußert er sich zur Rendsburger Kröger-Werft, auf der die Schnellen Minenkampfboote SM 343 und später auch ein Teil der Schnellen Minenjagdboote 332 gebaut werden sollen. In den 90er Jahren sollen neue Generationen von U-Booten, Fregatten, Schnellbooten usw. gebaut werden. Und bis dahin sollen die verbleibenden Werften als Kriegsschiffwerften stabilisiert werden.

### Der sichere Tod

für andere Werften und die dortigen Arbeitsplätze. Nicht umsonst droht der VDS mit einem „totalen Kollaps" in der Werftindustrie, der „verhängnisvolle Auswirkungen auf die deutsche Marine hätte". Und dementsprechend fordert auch das Gutachten der vier Küstenländer: „Je größer der Kreis der von der Bundesmarine genutzten Werften ist, desto größer muß auch die diesen Werften zuzuordnende Handelsschiffneubau-Kapazität sein".

Wer jetzt einfach Parolen vom Schiffbau als nationaler Aufgabe und Interesse in die Welt setzt, **der läßt sich vor den Karren von Großkapital, Militaristen und Rüstungsindustrie spannen.** Die schönsten Programme und Forderungen richten nichts aus, wenn sie sich nicht eindeutig gegen die Militarisierung der Werftindustrie richten! Das Programm der IG Metall zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist in vielen Punkten — wie alternative Energieversorgung, Umweltschutz, Verkehr, Abfallwirtschaft, Stadt- und Dorferneuerung — unterstützenswert. Doch hat die IGM in den Betrieben bisher sehr wenig unternommen, die Belegschaften dazu zu bringen, gemeinsam diese Forderungen gegen Kapital und Kabinett durchzusetzen.

**Gegen die Interessen von Banken, Rüstungsindustrie und Regierungen!**

müssen wir uns durchsetzen. Ansonsten betreiben die Werftkapitalisten auch Diversifikation, ob sie nun Rauchgasentschwefelungsanlagen, Gartenbänke oder Kernkraftwerke bauen lassen, wenn nur der schnelle Profit winkt. Wer Hilfen für die Werften im Interesse der Beschäftigten und Arbeitslosen fordert, der muß auch dafür kämpfen, **daß dieses Geld nicht für die Alibi-Diversifikation und Rüstungsproduktion verbraucht wird!** Und wird dieses Geld, wie beim schleswig-holsteinischen Sparhaushalt, in anderen Haushaltstiteln rigoros zusammengekürzt, dann werden oder bleiben andere arbeitslos. Z. B. soll das neue Programm für Denkmalschutz zurückgeschnitten werden: Betroffen sind dann die Kolleginnen und Kollegen vom Bau- und Baunebengewerbe.

Und die restlichen Werftarbeiter sollen aus Dank für solche „staatlichen Hilfen" auch noch niedrige Tariflöhne hinnehmen! Die Werftkapitalisten setzen mit Hilfe der Regierungen zum Lohnraub an. Tagtägliche Unterdrückung und Leistungssteigerung — und dafür noch weniger Lohn, alles im Interesse der Banken. Die haben trotz Krise ihren Schnitt gemacht, wie jeder aus den Zeitungen (außer „BILD") entnehmen kann.

Wenn wir für Arbeitsplätze kämpfen, dann:

- **gegen die Banken, Kapitalisten und Regierungen!**
- **gegen die Rüstungsproduktion!**
- **für sinnvolle Produkte, die den Menschen nützen!**
- **für volle Lohnerhöhung auch in der Krisenbranche!**
- **für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **für menschenwürdige Arbeitsbedingungen!"**

### Die IGM muß die Belegschaften mobilisieren

Unter den Werftbelegschaften, denen jahrelang Opfer abgepreßt worden sind, ist die Resignation groß. Es regt sich zur Zeit kein nennenswerter Widerstand gegen die drohenden Massenentlassungen. Durch eine Politik, wie sie die SPD betreibt, wird dies auch noch gefördert. In einem in Schleswig-Holstein verteilten Flugblatt klagt sie nur flach und flau die Kieler CDU-Landesregierung und die Bundesregierung an und meint, die Erhaltung des Schiffbaus „ist eine nationale Aufgabe. Wir können auf eigenen Schiffbau und eine eigene Handelsflotte nicht verzichten. Deswegen fordern wir die Hilfe des Bundes." Und nicht weil die Leute möglichst sinnvolle Arbeit und Geld gebrauchen oder was? Übrigens macht man sich auch schon in der NATO Gedanken darüber, daß aufgrund der zunehmenden Ausflaggung und Containerisierung der Handelsflotte nicht schnell genug die geeigneten Handelsschiffe in ausreichender Anzahl mit nationaler Besatzung für den Transport von schwerem Kriegsgerät bereitgestellt werden können.

Die SPD trägt die nationale Werftenpolitik voll mit, auch wenn sie sich allemal hinter die Forderungsprogramme von DGB und IGM stellt. Das hat auch die Konferenz der vier Küstenländer (die SPD regiert in Hamburg und Bremen) am 28. 8. wieder gezeigt: Die Wirtschaftsminister und Senatoren haben sich — für die bürgerliche Presse überraschend schnell — auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Sie fordern „daß der Bund für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen (wo?) und die Stützung eines geordneten Kapazitätsabbaus in den nächsten drei Jahren rund 850 Mio. DM bereitstellt." Sie bedauern, daß die Werftkapitalisten sich bisher noch nicht einigen konnten, wo die Kapazitäten konkret abgebaut werden sollen. Das wird sicherlich auch erst nach der Bundestagswahl meist zwangsweise durch Konkurse, Vergleiche und schrittweise Entlassungswellen geschehen.

Und wenn die IG Metall sich wie bisher nur auf das Anklagen und Warnen beschränkt und keine konkreten Kämpfe zumindest versucht zu organisieren, dann werden die Entlassungen auch ohne großen Widerstand über die Bühne gehen. Allein ein „Umdenken" zu fordern und am Beispiel Schwedens — wo tatsächlich Ersatzarbeitsplätze an den Werftstandorten geschaffen wurden — zu sagen „Es geht auch anders", bringt noch keine Massen auf die Beine.

(ka - Kiel)

**Verfügbare Weltschiffbaukapazität nach wichtigsten Regionen 1975 - 1985 — in Mio GBRT —**

| Region | 1975/1976 GBRT | 1975/1976 Prozent | 1985/1986 GBRT | 1985/1986 Prozent | Veränderung 1975/1985 (in %) |
|---|---|---|---|---|---|
| Westeuropa | 8.7 | 36.86 | 4.2 | 22.83 | -51.72 |
| davon EG | 5.9 | 25.00 | 3.2 | 17.39 | -45.76 |
| Japan | 9.9 | 41.95 | 7.2 | 39.13 | -27.27 |
| Südkorea | 0.5 | 2.12 | 1.7 | 9.24 | 240.00 |
| Osteuropa/UdSSR | 2.5 | 10.59 | 2.3 | 12.50 | -6.00 |
| übrige Länder | 2.0 | 8.47 | 3.0 | 16.30 | 50.00 |
| gesamt | 23.6 | 100.00 | 18.4 | 100.00 | -22.03 |

Quelle: ISL, Bremen — Tabelle 1

**Auslastung der Handelsschiffneubaukapazität in den wichtigsten Schiffbauregionen 1975 - 1985 in %**

| Region | 1975 - 1978 | 1980 - 1982 | 1983 - 1985 |
|---|---|---|---|
| Japan | 89.0 | 77.0 | 84.0 |
| Westeuropa | 89.0 | 75.0 | 74.0 |
| davon EG | 69.0 | 75.0 | 77.0 |
| Südkorea | 34.0 | 59.0 | 73.0 |

Quelle: ISL, Bremen — Tabelle 2

# Was tun am Roten Morgen?

## Zur Diskussion über den Namen der Zeitung der vereinigten Organisation von GIM und KPD

**Der Name der vereinigten Organisation steht noch nicht fest. Aber nicht nur dieser Taufakt wird diskutiert. Auch die Zeitungen von GIM und KPD, der „Rote Morgen" und die „was tun", werden durch die Vereingung ein. Ab Mitte Oktober erscheint eine neue Zeitung. Gesucht: der Name. Im folgenden stellen wir die Vorschläge vor, die hierzu in der bisherigen Diskussion genannt wurden. Dies erfolgt ohne größere Gewichtung, da wir die Leserschaft unserer Zeitung selbst dazu bringen wollen, Stellung zu beziehen.**

von MANUEL KELLNER, WINFRIED WOLF

Ein Genosse brachte den Namen „Anders leben" ins Gespräch. In der Tat: So, wie die bestehende Gesellschafts(un-)ordnung dies vorschreibt, wollen wir nicht weiterleben. Schon, um zu überleben, müßten alle anders leben. So eine Visitenkarte spricht vielleicht auch eine Menge Leute an, die nicht auf die ehrwürdigen sozialistischen Selbstbezeichnungen anspringen. Andererseits: Schon Adorno sagte „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen". Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, die einzelnen könnten wirklich grundlegend anders leben, bevor sie sich zusammengetan haben, um alles zu ändern.

Wenn das getan ist, haben wir die „Neue Zeit", bzw. einen zweiten Vorschlag für die neue Zeitung. Ein Name, der bei vielen wohl nicht mehr die historische Assoziation weckt, die er sollte. Die „Neue Zeit" war das theoretische Organ der Sozialdemokratie in ihrer revolutionären Periode. Sie wurde 1885 gegründet; ihr Chefredakteur war Karl Kautzky, Autoren u.a. Friedrich Engels und Rosa Luxemburg. Der eine mag daher diese Bezeichnung zu anspruchsvoll finden, die andere davon ausgehen, daß der Anbruch einer „Neuen Zeit" ohnehin nötig ist, damit die Zeit für die Menschheit überhaupt weitergeht und es daher richtig ist, sich einem so hohen Anspruch zu stellen.

### „Gegenwehr" & „Gegenstimme"

Mehr in den Bereich der heute und absehbar laufenden Auseinandersetzungen führt uns der Vorschlag „Gegenwehr". Der Angriff auf die Errungenschaften und Rechte der Lohnabhängigen und Besitzlosen kennzeichnet die Lage. Das kapitalistische System bereitet unumkehrbare Katastrophen vor, um seine Krise zu meistern. In der gemeinsamen Gegenwehr der Betroffenen liegt die einzige Chance. Man kann einwenden: Der Name ist zu defensiv. Allerdings ist die Arbeiterbewegung, sind die Bestrebungen für eine umfassende Emanzipation heute in der Defensive. Wenn wir erst einmal da raus sind und zum letzten Gefecht blasen können, wäre eine Namensänderung die einfachste Übung. Ein anderer Einwand befaßte sich mit der Frage, ob „Gegenwehr" nicht ein verkürztes Politikverständnis zum Ausdruck bringe. Der Untertitel „Sozialistische Zeitung" — der auch zu den anderen bisher genannten Vorschlägen passen könnte — dürfte diesen Einwand relativieren.

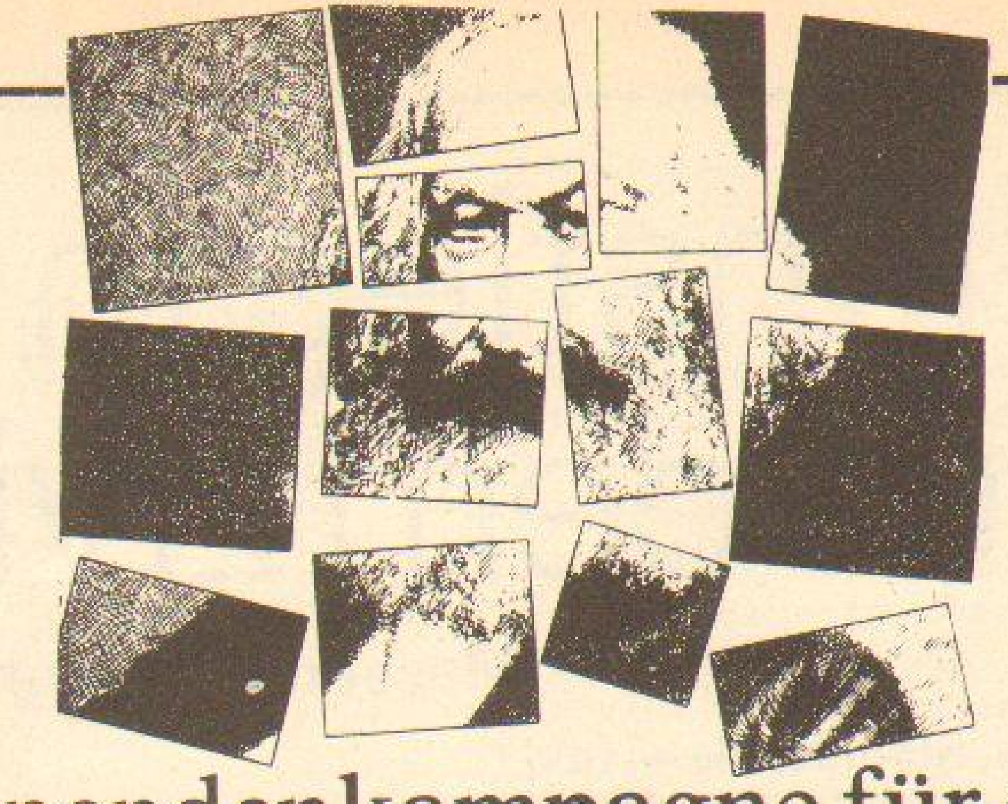
Ein weiterer Vorschlag bringt auch das Gegen-den-Strom-Schwimmen zum Ausdruck, wenn auch stärker als Bezeichnung für eine Zeitung akzentuiert: „Gegenstimme — sozialistische Zeitung". In einer Presselandschaft, die nicht nur ökonomisch, sondern politisch rechts konzentriert ist, wird jede sozialistische Zeitung ein Blatt sein, das die Stimme gegen die vorherrschende — veröffentlichte — Meinung erhebt — zumal in einer Situation, in der es selbst kleine, sich auf den Sozialismus und die sozialistische Demokratie berufende Zeitungen kaum mehr gibt.

### „Sozialistische Zeitung" & „Sozialistische Rundschau"

Als „Sozialistische Rundschau" solle die Zeitung der vereinigten Organisation erscheinen, so ein fünfter Vorschlag. Dabei handelt es sich sicher um einen ebenso einfachen, einleuchtenden wie wenig ehrgeizigen oder originellen Vorschlag. Auch ein Zusatz, der bei manchen der oben genannten Namen zur Kennzeichnug als Zeitung erforderlich oder sinnvoll erscheint, erübrigt sich hier. Das „Rundschau" mag allgemeinen Überblick und eine Offenheit signalisieren. Kritiker führen an, das sei ein allzu biederer und mit veralteten, eher bürgerlichen Zeitungskonzepten verbundener Begriff.

Bleibt der simpelste und letzte Vorschlag, bisher öfter als Untertitel vorgetragen: die neue Zeitung schlicht „Sozialistische Zeitung" zu nennen. Alle, auch diejenigen, die diesen Vorschlag propagieren, sind sich einig, daß das gewissermaßen ein sehr kleiner gemeinsamer Nenner ist. Der wichtigste Vorteil mag darin liegen, daß man schwerlich Gewichtiges gegen solch einen Namensvorschlag einwenden kann.

Worin sich allerdings auch alle einig sind: Das Profil der neuen Zeitung wird letzten Endes von der Qualität der Redaktion, den Ressourcen, die dieser zur Verfügung stehen (siehe übrigens auch unsere Spendenkampagne!), der Zahl und Qualität von Korrespondenzen und festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängen. Und hierauf konzentrieren die Redaktionen von „was tun" und dem „Roten Morgen" ihre Kräfte: daß die neue Zeitung die besten Erfahrungen aus beiden Zeitungen zusammenfaßt und sich in der bundesdeutschen Presselandschaft einen Platz als ernstzunehmendes, seriöses und eindeutig Partei ergreifendes sozialistisches Blatt erobert.



# Spendenkampagne für die vereinigte Organisation

Der countdown für die Vereinigung GIM/KPD läuft. Die Schatzmeister beider Organisationen gingen bereits in Klausur. Ausgefeilte Modelle für Steuerwaschanlagen wurden entwickelt. Zwei Briefkästen in Lichtenstein und einer auf den Bermudas (von Genossinnen und Genossen via Urlaubsreise) eingerichtet. Tausende Zahnärzte, Notare, Studiendirektoren und Handelsvertreter erhalten in diesen Tagen von uns Briefe, in denen wir aufklären, wie sich Privatknete steuerlich begünstigt in Parteiknete verwandeln läßt. Das Karlsruher Urteil wg. Flick/Parteispenden hat schließlich unsere Vorbereitung zur Bildung einer Parteistiftung beflügelt.

Nur: schlecht Ding will Weile haben. Bis wir die Steuerwaschanlagen auf Schleudergang stellen, die Briefkastenfirmen die Scheinberater-Umsätze registrieren und die angeschriebenen Yuppies reagiert haben — brauchen wir profane Spenden. Gelder aus dem Strumpf. Sozusagen Überbrückungsgeld.

Denn die Vereinigung kommt uns gleich zu Anfang teuer zu stehen. Da ist nicht nur der Vereinigungsparteitag zu bezahlen, sondern vor allem die Auflösung der jetzigen Parteizentralen in Frankfurt und Dortmund, die Einrichtung eines neuen zentralen Büros an „neutralem" Ort und die dazugehörigen Umzüge von totem und lebendem Inventar. Das kostet. Nach unserer Schätzung zwischen 30000 und 40000 DM.

Außerdem: Wenn wir ab Oktober die neue Partei endlich haben, dann ja nicht, um in Winterschlaf zu fallen, weil das am billigsten und am bequemsten ist, sondern um etwas auf die Beine zu stellen. Von Anfang an. Dafür braucht es aber etwas Startgeld.

Das gleich gilt für die neue Zeitung. Mit größeren Einnahmen für die Zeitung kann die neue Partei erst Anfang 1987 wieder rechnen (wenn die jetzigen Abonnenten von „was tun" und „Roter Morgen" ihre Abos verlängern). Redaktionelle und technische Erstellung kosten aber von Anfang an.

Deshalb bitten wir euch: Unterstützt die Vereinigung von GIM und KPD! Leistet finanzielle Starthilfe!

**GIM/KPD-Spendenkampagne**
**Konto: Winfried Wolf, Postgiroamt Frankfurt/M.**
**Kto-Nr.: 296759 - 608**

# Spendenliste

Nach langer Zeit veröffentlichen wir im „Roten Morgen" wieder eine Spendenliste. Für das Versäumnis bitten wir um Nachsicht. Die folgenden Aufstellungen umfassen den Zeitraum 1986 bis Ende August.

**Spenden an die KPD**

| | |
|---|---|
| Gen. aus Bochum | 5300,— |
| H.K. Bielefeld | 2350,— |
| U. T. Bielefeled | 1000,— |
| A. u. G.E. Dortmund | 10000,— |
| LBL Westfalen | 500,— |
| KPD Bochum | 1000'— |
| KPD Hessen | 2000,— |
| KPD Krefeld | 2000,— |
| KPD Bremen | 1625,— |
| N.R. Bielefeld | 190,— |
| U.B. Köln | 128,— |
| T.H. Lübeck | 20,— |
| KPD Dortmund | 60,— |
| KPD Dortmund | 600,— |
| Gen. aus Bielefeld | 400,— |
| J. u. J.R. Köln | 1300,— |
| K.K. Bielefeld | 1000,— |
| KPD Gelsenkirchen, Recklinghausen | 1035,— |
| T.H. Lübeck | 100,— |
| KPD Rheinland | 76,— |
| W.R. Ludwigshafen | 1200,— |
| KPD Duisburg | 600,— |
| N.R. Bielefeld | 1000,— |
| | 33484,— |

**Spenden an den Verlag Roter Morgen**

| | |
|---|---|
| W.E. Hannover | 5,— |
| M. Sch. Berlin | 4,— |
| B.S. Karlsruhe | 135,— |
| J. Sch. Karlsruhe | 3,— |
| W.M. Heide | 5,— |
| W.H. Bruchköbel | 15,— |
| M.R. Köln | 200,— |
| R.K. Berlin | 35,— |
| W.H. Schefflenz | 300,— |
| W.K. Lübeck | 5,— |
| B.S. Bremen | 500,— |
| R. Sch. Mannheim | 5,80 |
| W.F. Heilbronn | 600,— |
| J.R. Duisburg | 10,— |
| E.H. Frankfurt | 240,— |
| T.M. Weingarten | 20,— |
| M.Z. Berlin | 5,80 |
| T.H. Lübeck | 15,— |
| L.G. Frankfurt | 2,50 |
| Ch.M. Hamburg | 5,— |
| W.F. Hamburg | 5,— |
| H.B. Kiel | 4,— |
| R.K. Berlin | 30,— |
| Ch.V. München | 5880,— |
| B.S. Karlsruhe | 30,— |
| M.Sch. Berlin | 5,— |
| OG Frankfurt | 6,— |
| W.J. Stuttgart | 600,— |
| | *8671,10* |

**Spenden zur Weiterleitung**

| | |
|---|---|
| KPD Hessen für Nicaragua | 300,— |
| Zelle Nippes für „radikal" | 100,— |
| H.L. Köln für Volksbegehren NRW | 5,— |
| | 405,— |

Wir danken allen Genossinnen und Genossen für ihre Unterstützung. Unsere Partei ist, um ihre politische Arbeit leisten zu können, auf Spenden ihrer Mitglieder und Unterstützer/innen angewiesen. Wie der auf dieser Seite veröffentlichte Spendenaufruf zeigt, wird das auch in der künftigen vereinigten Partei der Fall sein — insbesondere zum Start. Wir müssen auch in Zukunft mit euch rechnen.

# Vereinigungsparteitag

Am 4./5. 10 findet der Vereinigungsparteitag von KPD und GIM statt. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" die Tagesordnung für den Parteitag. In einer Beilage zur nächsten Ausgabe des „Roten Morgen" werden wir die Anträge an den Vereinigungsparteitag abdrucken.

## Tagesordnung

1. Wahl des Präsidiums
2. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Parteitags
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Diskussion und Verabschiedung des Programms
5. Diskussion und Verabschiedung des Statuts
6. Diskussion und Veraschiedung der Resolution über die Rolle und das Selbstverständnis der Partei
7. Diskussion und Verabschiedung der Vereinbarung über die Haltung der Partei zur IV. Internationale
8. Beschlußfassung über die Vereinigung von GIM und KPD
9. Diskussion und Beschlußfassung über die nächsten Aufgaben der Partei
10. Diskussion und Beschlußfassung über die Politik der Partei zur Bundestagswahl '87
11. Diskussion und Beschlußfassung über den Namen der Partei
12. Diskussion und Beschlußfassung über das Publikationswesen und den Namen des Zentralorgans
13. Finanzen: a. Haushaltsplan b. Beitragsordnung
14. Wahl des ZK
15. Wahl der Schiedskommission
16. Verschiedenes




**Anläßlich der Frauendemonstration zum Katholikentag in Aachen erstellten KPD und GIM gemeinsam dieses Plakat. Wir fordern die Leser/innen des „Roten Morgen" auf, möglichst zahlreich an der Demo teilzunehmen.**

## Bundesweite Demo gegen das Atomprogramm

Im Juni beschloß die Anti-AKW-Bundeskonferenz, am 8. November in Hanau eine bundesweite Demo für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen durchzuführen. Am 16. August trafen sich in Hanau gut 130 Vertreter/innen von Anti-AKW- und Friedensgruppen zur Vorbereitung dieser Aktion.

**Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dem Aufruf zur Demonstration:**

„Tschernobyl hat endgültig bewiesen: Es gibt keine sichere Atomtechnik. Jede Atomanlage ist eine Zeitbombe, von der niemand weiß, wann sie hochgeht. (...)

Atomkraftwerke erzeugen selbst bei Normalbetrieb ewig strahlenden Atommüll und verseuchen schleichend die Umwelt mit Radioaktivität. Hanau aber ist mit fast 10 Atomanlagen und -firmen die größte Zusammenballung der Atomindustrie in Europa. Insbesondere sind hier die vier Brennelementefabriken NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG zu nennen.

NUKEM: Brennelementproduktion für Forschungs- und Materialtestreaktoren mit Urananreicherungsgraden bis zum waffenfähigen Uran (20 - 94%).

ALKEM: Plutoniumhaltige Brennelemente für den Schnellen Brüter und weitere Leichtwasserreaktoren, Verarbeitung waffenfähigen Plutoniums.

RBU: Brennelementeherstellung für kommerzielle Reaktoren, insbesondere für alle bundesdeutschen Reaktoren.

HOBEG: Thorium- und uranhaltige Brennelemente für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (...)

Eine Trennung von ziviler und militärischer Atomenergie ist nicht möglich. In jedem Reaktor wird täglich Plutonium erzeugt. In Hanau aber sind an einem Ort mehr Atombombenstoffe konzentriert, als in irgendeinem anderen Nicht-Atomwaffenstaat der Welt. Das Plutonium lagert dort in staatlicher Geheimverwahrung. In Hanau ist das gesamte technologische Know-How konzentriert, um die Bundesrepublik in kürzester Frist zur Atomwaffenmacht zu machen. (...) Schon heute wird im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus Hanau kommendes Plutonium zum Ausbau der französischen Atomstreitmacht verwendet. (...)

In Hanau ist bereits in der Vergangenheit im Zwielicht des illegalen Anlagebetriebes (gegen zahlreiche Geschäftsführer der Hanauer Atombetriebe wird z.Zt. staatsanwaltschaftlich ermittelt) spaltbares Material ‚verschwunden'. Hier werden bis heute angemessene internationale Kontrollen gegen einen militärischen Mißbrauch verhindert. Und: Hier wollen Bundesregierung und Atomfirmen ihre Plutoniumvorräte von 460 kg auf 6,7 Tonnen aufstocken. (...)

Über 40 Prozent des in Hanau verarbeiteten Urans wird in Namibia abgebaut, obwohl UN-Beschlüsse die Ausbeutung Namibias durch Südafrika (...) verbieten. (...)

Unsere Großdemonstration richtet sich gegen die Atomanlagen und ihre Betreiber, gegen die nukleare Unterdrückung der ‚3. Welt' und gegen die atomare Aufrüstung, die auf der Atomenergie basiert. (...)

Unsere Großdemonstration richtet sich aber auch gegen den Versuch der Bundesregierung, nach Tschernobyl den Widerstand gegen die Atomenergie mit Giftgas und Gummigeschossen, mit Schlägertrupps in Uniform und Massenfestnahmen einzuschüchtern und über Medienkampagnen in gut und schlecht, friedfertig und gewalttätig zu spalten. Wir betrachten es als Gipfel der Heuchelei, wenn ausgerechnet diejenigen, die das Rassistenregime in Südafrika stützen, die die nukleare Aufrüstung forcieren und die WAA und AKWs mit Bürgerkriegseinsätzen von Polizei und BGS durchpeitschen, davon reden, daß der Widerstand gegen das mörderische Atomprogramm unmoralisch und kriminell sei. (...)

Für die Großdemonstration in Hanau am 8.11.86 stellen wir klar: Wir wollen von uns aus keinerlei Konfrontation mit der Polizei und ebensowenig wollen wir eine Auseinandersetzung am Gelände der Hanauer Atomanlagen, einem radioaktiven Pulverfaß, das sich nicht mehr so einfach zur Wiese machen läßt.

**Unser Ziel ist eine gewaltige und phantasievolle Großdemonstration**

- **für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit**
- **gegen die Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche des Atomstaats**
- **gegen die atomare Waffenschmiede in Hanau, ihre internationale Verflechtung und ihre militärische Funktion."**

# pinwand

## Verteidigt das Grundrecht auf Asyl

Für den 13. September ruft das tübinger „Aktionskomitee gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" zu einem bundesweiten Koordinationstreffen in Frankfurt auf. Ziel des Treffens ist es, die Lage zu besprechen, die nach der von der Bundesregierung initiierten „Asylantenhetze" entstanden ist und weitere bundesweite Protestaktionen vorzubereiten. Das Koordinationstreffen soll am 13. September um 14.00 Uhr in Frankfurt, Mainzer Landstraße 147 stattfinden.

**In dem Aufruf zu diesem Treffen heißt es unter anderem:**

„Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst des ‚Asylantentums'. Im Vorfeld des Wahlkampfes zur Bundestagswahl vergreifen sich Politiker aller etablierten Parteien an den Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik Schutz vor politischer Verfolgung in ihren Heimatländern suchen. Damit werden diese Flüchtlinge zum Volksfeind Nr. 1 gemacht. (...)

Diese konzentrierte Hetze hat bereits eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen, die rechtsradikale Gruppierungen geradezu ermutigt, zu gewalttätigen Überfällen auf wehrlose Flüchtlinge überzugehen. Das Regierungslager und all diejenigen Kräfte, die sich an der Hetze beteiligen, tragen die volle Verantwortung für die Gewalttaten und ihre Folgen.

Was sind die Gründe für diese psychologische Kriegsführung gegen die Flüchtlinge, die tagtäglich die Medien inmitten des Sommerlochs füllt?

Erstens soll sie die öffentliche Meinung auf die bevorstehende drastische Verschärfung der Asylhetze vorbereiten, die unmittelbar nach der Sommerpause im Bundestag ansteht. Danach sollen ganze Volksgruppen aus dem Asylverfahren ausgeschlossen und das Recht auf Asyl de facto abgeschafft werden.

Zweitens steht die Bundestagswahl bevor, und die Bundesregierung hat es nötig, die öffentliche Meinung von der Regierungspolitik samt ihren Folgen abzulenken: Die drohende atomare Katastrophe, die in der Bevölkerung große Ängste ausgelöst hat (siehe Tschernobyl); die Massenarbeitslosigkeit, die Millionen von Menschen in die Armut treibt; die Verschärfung des Streikrechts (§116) und die Einschränkungen der demokratischen Rechte insgesamt. **Um eine mögliche Wahlniederlage der herrschenden Parteien zu verhindern, soll die Bevölkerung u. a. gegen die Ausländer und die Flüchtlinge aufgehetzt werden.**

Drittens reiht sich die asylfeindliche Politik der Bundesregierung in ihre generelle diskriminierende Haltung gegenüber der Einwandererbevölkerung und den nicht-deutschen Minderheiten in der BRD ein. Diese drückt sich u.a. darin aus, daß Emigranten aus der DDR und andere „deutschstämmige" Einwanderer hierzulande geradezu mit Freude und Jubel aufgenommen und privilegiert werden, während die anderen benachteiligt, abgeschreckt und abgeschoben werden. So soll der deutschnationale Charakter der BRD „bewahrt" und eine angebliche „Überfremdung", von der die extreme Rechte seit langem faselt, verhindert werden.

**Wir warnen:** Der Angriff auf das Asylrecht ist nur der Auftakt zu einem Generalangriff auf die Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik. Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl bringt alle Grundrechte in Gefahr.

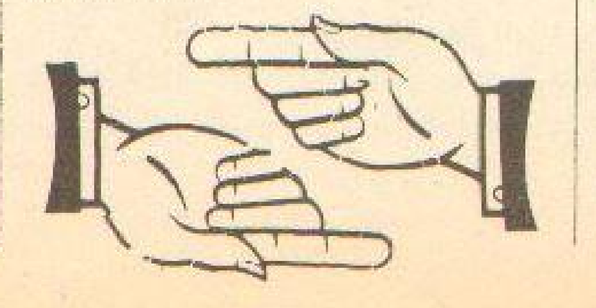
- Wir rufen alle demokratisch gesinnten Bürger und Bürgerinnen auf, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte zu verteidigen, und zwar für **alle** Flüchtlinge, ohne jegliche Diskriminierung.
- Wir fordern die Abschaffung aller Abschreckungsmaßnahmen gegen die Flüchtlinge wie Zwangseinweisung in Sammellager, Stadtarrest, Arbeits- und Studienverbot usw.
- Wir fordern die sofortige Einstellung aller Abschiebungen und Auslieferungen von Ausländern.

**Es liegt an uns allen, diesen Anschlag auf die Grund- und Menschenrechte zu verhindern. Nur der massive Widerstand der breiten Öffentlichkeit und die aktive Solidarität mit den Flüchtlingen kann dem Treiben der Regierenden Einhalt gebieten.**

## Vereinigungskonferenz von KJD und RSJ-Roter Maulwurf

Am 20./21. September findet die Vereinigungskonferenz der KJD und der RSJ Roter Maulwurf statt. Zur Vorbereitung der Konferenz ist ein gemeinsames Kongreßinfo erschienen, in dem der Programm- und Satzungsentwurf sowie ein Papier zum Selbstverständnis des neuen unabhängigen Jugendverbandes enthalten ist.

Weitere Informationen sowie Anmeldungen zu der Konferenz laufen über folgende Adressen: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691 und RSJ-Roter Maulwurf, c/o Rosa Luxemburg Buchhandlung, Margarethenstr. 58, 2000 Hamburg 6, Tel.: (040) 3430709



## Protestaktionen zum 6. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei

„In der Türkei und in Türkisch-Kurdistan wird seit dem 12. September 1980 insbesondere eine Staatspolitik fortgesetzt, infolge derer Hunderte von demokratischen, fortschrittlichen und patriotischen Menschen ums Leben kamen und massenweise Folterungen, Verhaftungen, Angriffe auf Dörfer und Vertreibungen stattgefunden haben.

Die faschistische Diktatur und ihre Freunde in Europa propagieren für die angebliche „Rückkehr zur Demokratie" und „konkrete Schritte in diese Richtung", was eine glatte Lüge ist.

In Wirklichkeit gibt es auch heute noch keine Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheiten. Die gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte sind ebenfalls abgeschafft. Die Unterdrückungs- und Terrorpolitik gegen das kurdische Volk wird ununterbrochen weiter betrieben. Die Verfassung der Generäle und andere reaktionäre Gesetze, die die Grundlage dieser undemokratischen Maßnahmen bilden, sind weiterhin in Kraft.

Wir, die demokratischen Organisationen aus der Türkei und aus Türkisch-Kurdistan führen anläßlich des 6. Jahrestages des faschistischen Putsches vom 12. September 1980 zwischen dem 7. und 12. September 1986 in verschiedenen Städten Aktionen und am 13. September in Duisburg eine zentrale Demonstration durch.

AVRUPA 'DA DEV-GENC, BIRLIK YOLU, DIBAF, DEVRIMCI KURTULUS, FIDEF, GERCEK ADK, ISCI GERCEGI, KKDK, KOMKAR, KURDKOM






Friedenserklärung

Ich will eine neue Politik

Macht mit! Unterschreibt auch!

## 20. September — Aktionstag der Friedensbewegung

Am 20. September führt die Friedensbewegung bundesweit einen Aktionstag durch. Er dient der Mobilisierung gegen die friedensfeindliche Politik der Bundesregierung und soll gleichzeitig für die Teilnahme an der Demonstration am 11.10. in Hasselbach werben.




**„Eine Woche vor der Wahl in Bayern müssen wir alle zeigen, daß die Anti-AKW-Bewegung eine von Parteien und Parlamenten unabhängige, starke Bewegung ist und sich nicht von diesen vereinnahmen läßt." Mit diesem Satz endet der Aufruf zur Großdemonstration gegen Atomanlagen und den Polizeistaat am 4. Oktober in München. Die Demonstration wird inzwischen von einem breiten Aktionsbündnis getragen.**

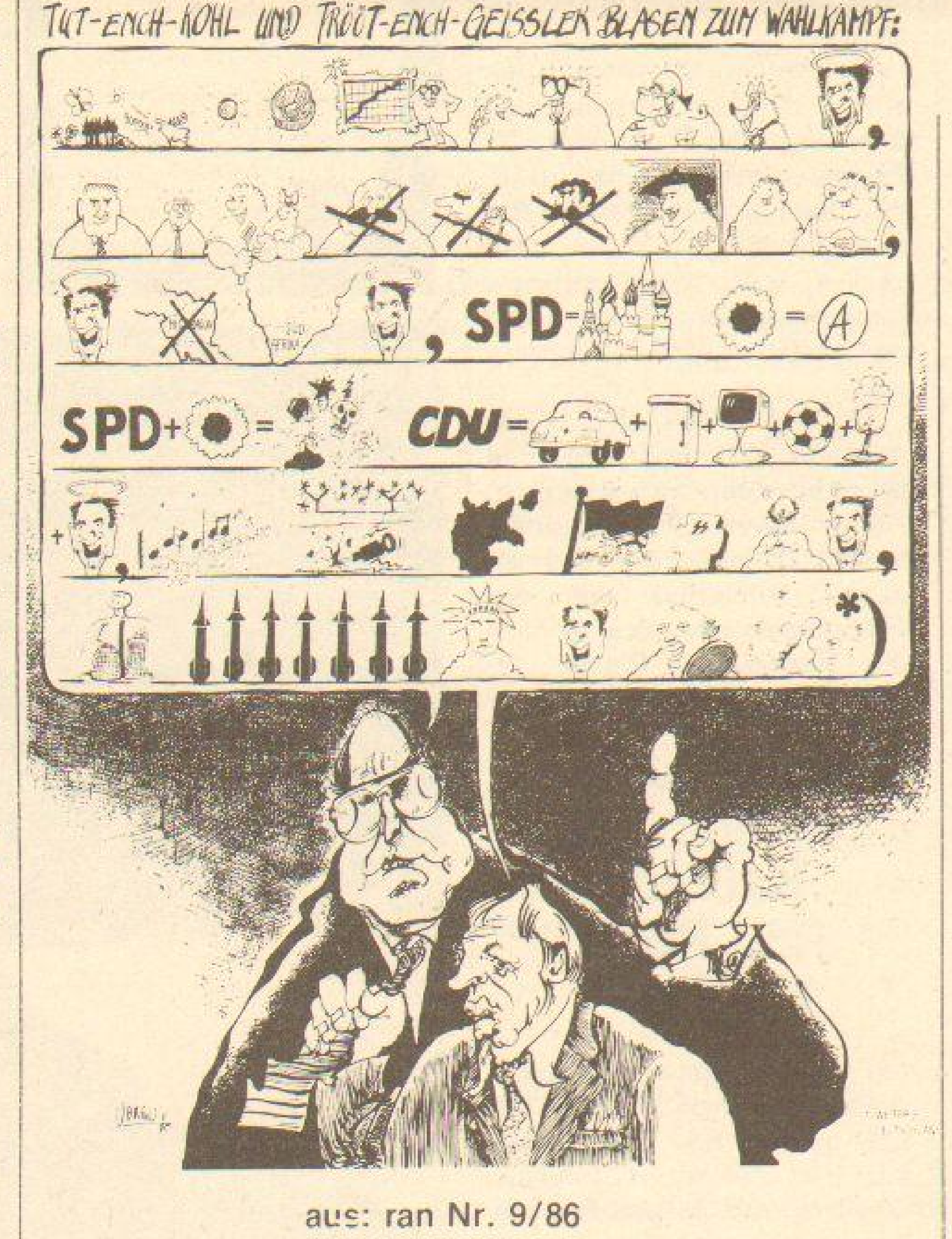
# Siemens vorn, doch von Daimler längst überholt

| '85 | '75 | Firma | Branche | Umsatz '85 in Mrd DM |
|---|---|---|---|---|
| 1. | 6. | Siemens AG, München | Elektrotechnik | 54,6 |
| 2. | 7. | VW, Wolfsburg | Auto | 52,5 |
| 3. | 3. | Daimler-Benz AG, Stuttgart | Auto | 52,4 |
| 4. | 1. | VEBA AG, Düsseldorf | Energie/Chemie | 48,6 |
| 5. | 5. | BASF, Ludwigshafen | Chemie | 47,7 |
| 6. | 8. | Bayer, Leverkusen | Chemie | 45,9 |
| 7. | 2. | Thyssen AG, Duisburg | Stahl/Maschinen/Handel | 44,3 |
| 8. | 4. | Hoechst, Frankfurt | Chemie | 42,7 |
| 9. | 9. | RWE, Essen | Energie | 28,4 |
| 10. | 12. | Ruhrkohle, Essen | Bergbau | 25,9 |
| 11. | 15. | Deutsche Shell, Hamburg | Mineralöl | 24,4 |
| 12. | 22. | Bosch, Stuttgart | Elektrotechnik | 21,2 |
| 13. | 43. | VEBA-OEL, Gelsenkirchen | Mineralöl/Chemie | 20,7 |
| 14. | 14. | ESSO, Hamburg | Mineralöl | 20,3 |
| 15. | 17. | Krupp GmbH, Essen | Stahl/Maschinen/Handel | 18,5 |
| 16. | 10. | Mannesmann, Düsseldorf | Röhren/Maschinenbau | 18,2 |
| 17. | 69. | BMW, München | Auto | 18,1 |
| 18. | 28. | Thyssen Handelsunion, Düsseldorf | Handel | 17,9 |
| 19. | 38. | Deutsche BP, Hamburg | Mineralöl | 17,5 |
| 20. | 45. | Aldi GmbH | Nahrungsmittel | 17,5 |
| 21. | 76. | Ruhrgas, Essen | Energieversorgung | 16,7 |
| 22. | 31. | Opel, Rüsselsheim | Auto | 14,8 |
| 23. | 35. | Metallgesellschaft, Frankfurt | Metallwirtschaft | 14,8 |
| 24. | 13. | GHH-Gruppe, Oberhausen | Maschinenbau | 14,6 |
| 25. | 30. | Ford, Köln | Auto | 14,4 |
| 26. | 19. | Stinnes, Mülheim | Handel | 13,9 |
| 27. | 20. | Aral, Bochum | Mineralöl | 13,8 |
| 28. | 46. | IBM, Stuttgart | Büromaschinen | 13,2 |
| 29. | 37. | Klöckner & Co., Duisburg | Handel | 13,1 |
| 30. | 54. | REWE-Zentrale, Köln | Nahrungsmittel | 13,0 |

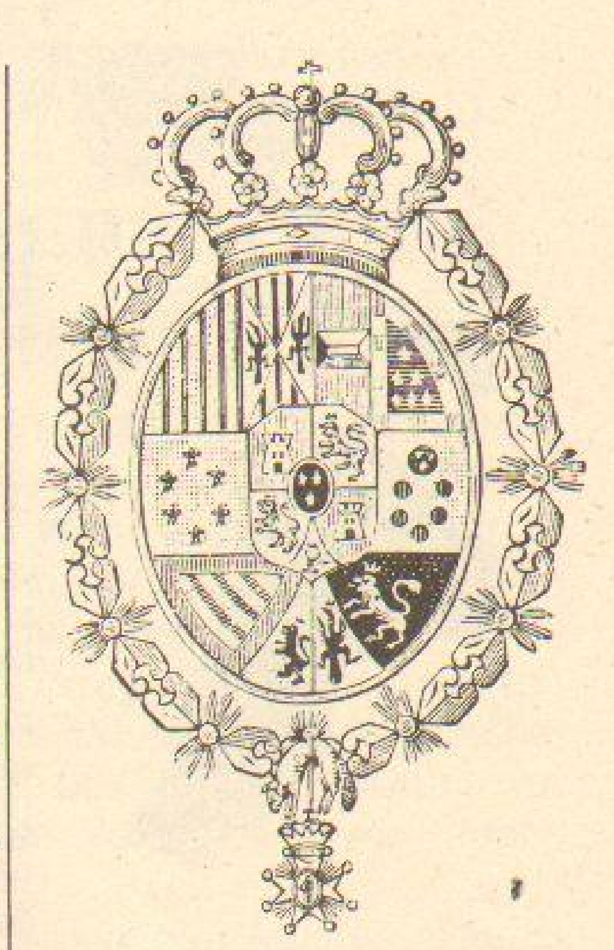
Pünktlich zum Beginn der Bundesliga-Saison veröffentlicht der Luchterhand-Verlag die neue Tabelle bundesdeutscher Großunternehmen. Gegenüber 1974 hat Siemens die VEBA von Platz 1 der Tabelle verdrängt. Doch Daimler-Benz — auf Tabellenplatz 3 — ist in Wirklichkeit bereits neuer Spitzenreiter. Beim heimlichen Ersten sind in der Tabelle lediglich das Ankaufen von MTU und Dornier berücksichtigt. Da Daimler inzwischen aber auch den AEG-Konzern geschluckt hat, wird er im kommenden Jahr mit einem Jahresumsatz von über 60 Milliarden DM die Spitze übernehmen.

In der 2. Liga (unterhalb Platz 30) verbesserte sich KWU-Mühlheim von Rang 62 auf Rang 40, BBC landete von 93 auf 58, Dornier von 260 auf 194 und Krupp Popysius übersprang gleich 100 Plätze von Rang 322 auf 207.

In den Top-Ten hat sich im 11-Jahres-Vergleich wenig geändert. Alles in allem erwartet uns auch 86 eine langweilige Saison.




aus: ran Nr. 9/86



### Der Weg zur Basis-Monarchie

FRANKFURT A. M., 2. September (FR). Die Anregung in der Mitgliederzeitung der niedersächsischen CDU, in Deutschland über die Wiedereinführung der Monarchie nachzudenken, ist in den Reihen der Alternativen Liste in West-Berlin „auf lebhafte Zustimmung" gestoßen. In einer Presseerklärung der AL heißt es weiter: „Besonders begrüßt wurde dabei die subversive Idee, die notwendige Verfassungsänderung über den basisdemokratischen Weg der Volksabstimmung durchzusetzen." Gleichzeitig bemängelt die AL jedoch, daß die CDU den Weg zur Basis-Monarchie nur halbherzig beschreite. Die AL bestehe darauf, die „Rotation royal" für die zukünftigen königlichen Würdenträger vorzuschreiben. Als Kandidaten für das Würdenamt schlägt die AL den Schlagersänger Rio Reiser vor, der mit seinem Erfolgsschlager soviel zur Popularisierung der monarchistischen Idee beigetragen hat und dessen angekündigte Maßnahmen als König von Deutschland von uns mit Begeisterung aufgenommen wurden". Als „seine Gemahlin und zukünftige Königin" favorisiert die AL die aus der DDR stammende Sängerin Nina Hagen, „da sie nicht nur Chancen hätte, als gesamtdeutsche Königin Anerkennung zu finden, sondern nach eigenen Angaben auch Beziehungen zur außerirdischen Galaxis unterhält, ein Umstand, der im Zeitalter drohender Sternenkriege berücksichtigt werden sollte".

Frankfurter Rundschau

# Männer-sprache

„Männer werden *immer* richtig eingeordnet, Frauen fast nie, denn in unserer Sprache gilt die Regel: 99 Sängerinnen und ein Sänger sind zusammen 100 Sänger (merke aber: 99 Birnen und 1 Apfel zusammen *nicht* 100 Äpfel, höchstens 100 Früchte!) Futsch sind die 99 Frauen, nicht mehr auffindbar, verschwunden in der Männer-Schublade. Die Metapher bewirkt, daß in unseren Köpfen nur *Manns-Bilder* auftauchen, wenn von „Arbeitern", „Studenten", „Ärzten", „Dichtern" oder „Rentnern" die Rede ist. Eine Bekannte von mir erzählte neulich von dem neuen Lehrling in ihrem Geschäft. Obwohl ich seit Jahren gegen den perfiden Einfluß der Metapher in meinem eigenen Kopf andenke, habe ich mir *natürlich* ganz automatisch einen Jüngling vorgestellt. „Der" Lehrling war aber — eine junge Frau! Undenkbar ist es in unserer Kultur auch, daß ein Buch etwa über „Die Anatomie des Menschen" auf dem Umschlag einfach eine Frau darstellt. Eine Frau kann in unserem Denken nicht „den Menschen" symbolisieren — dieses Privileg bleibt dem Mann vorbehalten, nicht zuletzt dank einer nur scheinbar harmlosen Grammatikregel, die aus beliebig vielen Frauen Männer macht, sowie ein einziger Mann hinzukommt. Auf die Spitze getrieben: Die gesamte Erdbevölkerung könnte aus Milliarden von Frauen und einem Mann bestehen — diese Regel würde die Frauen noch immer als „Erdbewohner" statt „Erdbewohnerinnen" zählen, und spätere Generationen hätten einige Mühe, sich unter diesen „Erdbewohnern" überhaupt Frauen vorzustellen."

Aus: „Radikalkur für die Männersprache" von Luise F. Pusch, Aufsatz in der taz vom 30.8.86 S. 15

# Auf-gegeben ...

Aus der deutschsprachigen „Dienstvorschrift 5-1-G" der US-Armee in Europa: „Zu Beginn muß eine ausgewählte Aufgabe analysiert werden, um festzustellen, ob die Aufgabe wichtig ist, d.h. eine Aufgabe, die den Krieg aufhält. Eine Aufgabe, die den Krieg aufhält, ist eine Aufgabe, die, wenn es sie nicht gäbe, eine Dienststelle davon abhalten würde, ihre Aufgabe im Kriegsfall zu erfüllen. Für diese Aufgaben kann kein Vertrag abgeschlossen werden." (aus:

(aus: Spiegel Nr. 36/86)

# Selber Schuld

Dieser Text kursiert seit einiger Zeit in der Frauenbewegung. Wir entnehmen ihn der Kieler Uni-Frauen-Zeitschrift: „Als der Bankräuber aussagte, die Bank habe ihn durch ihr Geld zum Bankraub gereizt, wurde seine Strafe selbstverständlich von den beantragten 6 auf 4 Jahre vermindert. Als er dann noch behauptete, die Bankangestellten hätten sich nicht gewehrt, setzte man die Strafe von 4 auf 2 Jahre herab (er konnte schließlich das stillschweigende Einverständnis der Angestellten voraussetzen). Schließlich gab er noch an, er habe vor der Tat, früher, mehrmals mit der Bank verkehrt. Da sprachen ihn die Richter frei. Warum sollten sie hier auch anders verfahren als bei Vergewaltigungen?"
aus: emma, Nr. 9/86

# Lourdes auf der Mattscheibe

Eine Massenveranstaltung, wie sie sonst nur unter der Obhut der katholischen Kirche in Lourdes und ähnlichen Orten stattfindet, kann man demnächst im heimischen Wohnzimmer auf der Mattscheibe miterleben — live, versteht sich. 45 Minuten lang will der Mainzer Redaktionsleiter Karl Schnelting am 9. Oktober „testen", wie er sagt, ob Geisteskraft Kranke heilen kann. Testobjekt: 4000 Kranke, die in der Eilenriedhalle in Hannover versammelt werden sollen. Schnelting: „Der bekannte Schweizer Geistheiler Freddy Wallimann und dessen Frau werden die Hallengäste einstimmen. Sie sollen sich entspannen und ganz auf ihre Gesundheit konzentrieren." Um den pseudowissenschaftlichen Anstrich des Ganzen perfekt zu machen, dürfen natürlich auch ein paar Ärzte unter den Gästen nicht fehlen. Und selbstverständlich fehlt auch die Warnung vor zu festem Glauben an den Heilerfolg nicht: „Wir wollen im Voraus niemandem Hoffnung machen."

Die Hoffnung, die Schnelting mit dieser gespenstischen Veranstaltung verbindet, wird sich in jedem Fall erfüllen. Hohe Einschaltquoten sind ihm sicher.



Neulich am Wolfgangsee. Hannelore: „Guck mal, Helmut, Pinguine, davon will ich einen Pelzmantel". — Helmut: „Ach, Unsinn, das sind Pelikane, und da werden Füller draus gemacht."